

# Die Politische Meinung

## PREISE

—  
Wenn es teuer wird

**ZUM SCHWERPUNKT** Eva Maria Welskop-Deffaa, Familien und Preissteigerung; Michael Hüther, Zum Risiko der Stagflation in der Eurozone; Gunther Schnabl, Weltweiter Drang zu Preiskontrollen; Christian Haase, Antworten auf die Preisverteuerung; Dietrich Holler, Von Datteln und Discountern; Elke Hannack, Die Inflation aus Sicht der Gewerkschaften

**INTERVIEW** Greenflation? Veronika Grimm über die Inflationsbekämpfung und ein klimaneutrales Energiesystem

**PERSÖNLICHER BLICK** Kateryna Rietz-Rakul, Warum der Westen die ukrainische Kultur, Wissenschaft und Geschichte nicht berücksichtigt

**IMPULSE** Josef Braml, Transatlantische Illusion



# Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur



Eine große Teuerung als Auslöser. Hänsel und Gretel folgen den Eltern in den Wald. © akg-images

„Und einmal kam eine große Teuerung ins Land“ – im Märchen von „Hänsel und Gretel“ ist ein plötzlicher Preisanstieg Auslöser einer ganzen Serie von Katastrophen: Zwei Kinder aus prekären Holzfällerverhältnissen werden für ihre Eltern zum existenziellen Risiko und sind in der Folge unsäglichen Grausamkeiten ausgesetzt. Auf sich allein gestellt, überwinden sie – in Grimms Märchen am Ende glücklich und zufrieden – alle Gefährdungen.

Märchen gehen meist gut aus, reflektieren aber tief sitzende Krisenerfahrungen. Ängste vor steigenden Preisen und Versorgungsmängeln gehören fraglos dazu, selbst wenn sie weitgehend aus unserem Bewusstsein verdrängt waren. Noch im Herbst des vergangenen Jahres hielt das Gros der Experten den Anstieg der Verbraucherpreise für ein temporäres Problem.

Inzwischen schlägt die Wahrnehmung um. Nicht nur in Deutschland ist „Hänsel und Gretel“ wieder mehr als eine bloße Phantasie. Weltweit drohen sich die Volkswirtschaften in einem Wald wildwüchsiger Krisen zu verlieren. Es fehlt an Orientierung, wie der Düsternis aus explodierenden Energie- und Lebensmittelkosten, Konjunkturschwäche, wachsenden sozialen Spannungen und fiskalischen Notwendigkeiten zu enttrinnen ist. Manch Irrweg staatsdirigistischer Preiskontrolle und -verzerrung wird bereits beschritten. Populistisches Subventionsgebaren bezirzt die Zurückgelassenen.

Die deutsche Ampel-Regierung hat es mit „Brotkrumen“ wie dem Tankrabbat probiert und streitet nun intern darüber, wer Schuld daran trägt, dass der milliardenschwere Entlastungsversuch nach kurzer Frist weggefressen war. Koalitionswahrend diffus erscheinen die Ansätze. Will die Regierung überhaupt einen gemeinsamen Plan? Lieber delegiert sie die Frage der Inflationsbekämpfung an „runde Tische“ und Kommissionen – Prozess statt Aktion!

Die „Hänsel und Gretel“ von heute sind so wie ihre Vorbilder ziemlich allein unterwegs. Nacktes Elend droht Menschen im globalen Süden, fehlt es ihnen doch zunehmend sogar an Nahrung. Die Nöte bei uns sind weit weniger existenziell, doch spitzt sich auch hier die soziale und wirtschaftliche Lage in kaum gekanntem Maße zu. Für viele geht es ans Eingemachte, wenn Essen, Wohnen und Heizen extrem viel teurer werden. Mittelfristig birgt die weitere Schädigung der Altersvorsorge gesellschaftliche Sprengkraft. Auch politisch, nicht zuletzt zur Abwehr Putins, ist das Scheusal Inflation eine Katastrophe. Nicht Zögerlichkeit, sondern gretelsche Wachheit und Entschlossenheit sind gefragt, um es wieder loszuwerden.

*Bernd Löhmann*

## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## Preise – wenn es teuer wird

### 18 AUF DER WIPPE

Eva Maria Welskop-Deffaa  
Familien mit niedrigem Einkommen  
balancieren mit erhöhtem Risiko

### 24 TEUERUNG AUF BREITER FRONT

Michael Hüther  
Das Risiko der Stagflation in  
der Eurozone

### 29 VERSTECKTE INFLATION

Gunther Schnabl  
Der weltweite Drang zu Preiskontrollen

### 38 ABSOLUTE PRIORITÄT

Christian Haase  
Antworten auf die Preisverteuerung

### 43 DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT?

Felicitas Schikora  
Über die Entwicklung von Miet- und  
Kaufpreisen in Deutschland

### 48 PREISTREIBER-PROFILE

Jan Cernicky  
Rohstoffe und Wertschöpfungsketten

### 56 VON DATTELN UND DISCOUNTERN

Dietrich Holler  
Wie viel Lebensmittel kosten und  
was sie wert sind

### 62 INTERVIEW: GREENFLATION?

Veronika Grimm über die  
Inflationsbekämpfung und ein  
klimaneutrales Energiesystem

### 68 (K)EIN PROBLEM?

Thomas Straubhaar  
Ökonomik der Inflation im Euroraum

### 74 GELDPOLITIK UND INFLATION

Timo Wollmershäuser  
Handlungsspielräume der Europäischen  
Zentralbank

### 83 HÖHERE PREISE – HÖHERE LÖHNE!

Elke Hannack  
Die Inflation aus Sicht der  
Gewerkschaften

### 87 ANGST VOR DER LOHN- PREIS-SPIRALE

Sarna Röser  
Lösungsansätze aus Unternehmersicht

### 91 DIE GRENZEN DER PREISMESSUNG

Thomas Köster  
Über den Warenkorb in digitalen Zeiten

### 99 DER FREIE MARKT UND SEINE FEINDE

Wolfgang Tischner  
Preisbildung in der Sozialen  
Marktwirtschaft

## Spotlights

### 34 „SOZIALE EXPLOSION“

Thomas Volk  
Steigende Preise und sinkende Stabilität  
im nördlichen Afrika

### 53 „PERFECT STORM“

Gunter Rieck Moncayo  
Die Folgen steigender Preise in  
Subsahara-Afrika

### 80 KOSTE ES, WAS ES WOLLE?

Annette Schwarzbauer  
Erfahrungen in Venezuela

### 96 QUADRATUR DES KREISES

Viktor Frank  
Proteste und Inflationsbekämpfung  
in der Mongolei

## Persönlicher Blick

### 106 KULTURELLE ANEIGNUNG

Kateryna Rietz-Rakul  
Warum der Westen die ukrainische  
Kultur, Wissenschaft und Geschichte  
nicht berücksichtigt

## Lebenswelten

### 111 AUF DER WALZ

Markus Römer  
Gesellenwanderung – Vergangenheits-  
relikt oder Hochschule des Handwerks?

## Impulse

### 116 TRANSATLANTISCHE ILLUSION

Josef Braml  
Warum Europa politisch, wirtschaft-  
lich und militärisch selbstständiger  
werden muss

## Gelesen

### 121 WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT – INTERNATIONAL

Stefan Donth  
Zu den Hintergründen und Wirkungen  
bis heute

### 126 AUS DER STIFTUNG

### 128 FUNDSTÜCK



## Herrlich dekorierte Teller

Mahlzeitstillleben haben in der Kunstgeschichte eine lange Tradition. Seit ihren Anfängen um 1600 zielen sie auf den Zwiespalt von Luxus und Moral. Die ostentative Präsentation von Nahrungsmitteln und Geschirr evozierte die Frage, wo bei so viel Reichtum die geistige Nahrung bleibt.

Die Künstlerin Marloes Haarmans inszeniert gemeinsam mit der Bühnenbildnerin Imogen Frost moderne Mahlzeitstillleben ohne erhobenen moralischen Zeigefinger. Vielmehr wollten sie mit der Fotoserie „Canteen Cuisine“ etwas „Lustiges und Unbeschwertes schaffen, das hoffentlich ein Lächeln auf die Gesichter der Menschen zaubert“. Die Komik resultiert aus der Umkehrung des gewohnten Blicks: Einfachste Gerichte werden wie kunstvoll reduzierte Luxusspeisen neuerer kulinarischer Trends dekoriert.

Freilich hat diese ironische Brechung dennoch einen moralischen Haken. Überdeutlich lassen die Stillleben erkennen, dass „low cost luxury“ eine Illusion bleibt. Gutes Essen ist nicht nur eine Frage der Inszenierung und hat seinen Preis.

© Photographer: Marloes Haarmans, Set Design: Imogen Frost

# Preise

---

## Wenn es teuer wird

Redaktionsschluss für die Schwerpunkt-Beiträge  
war Mitte Mai 2022.





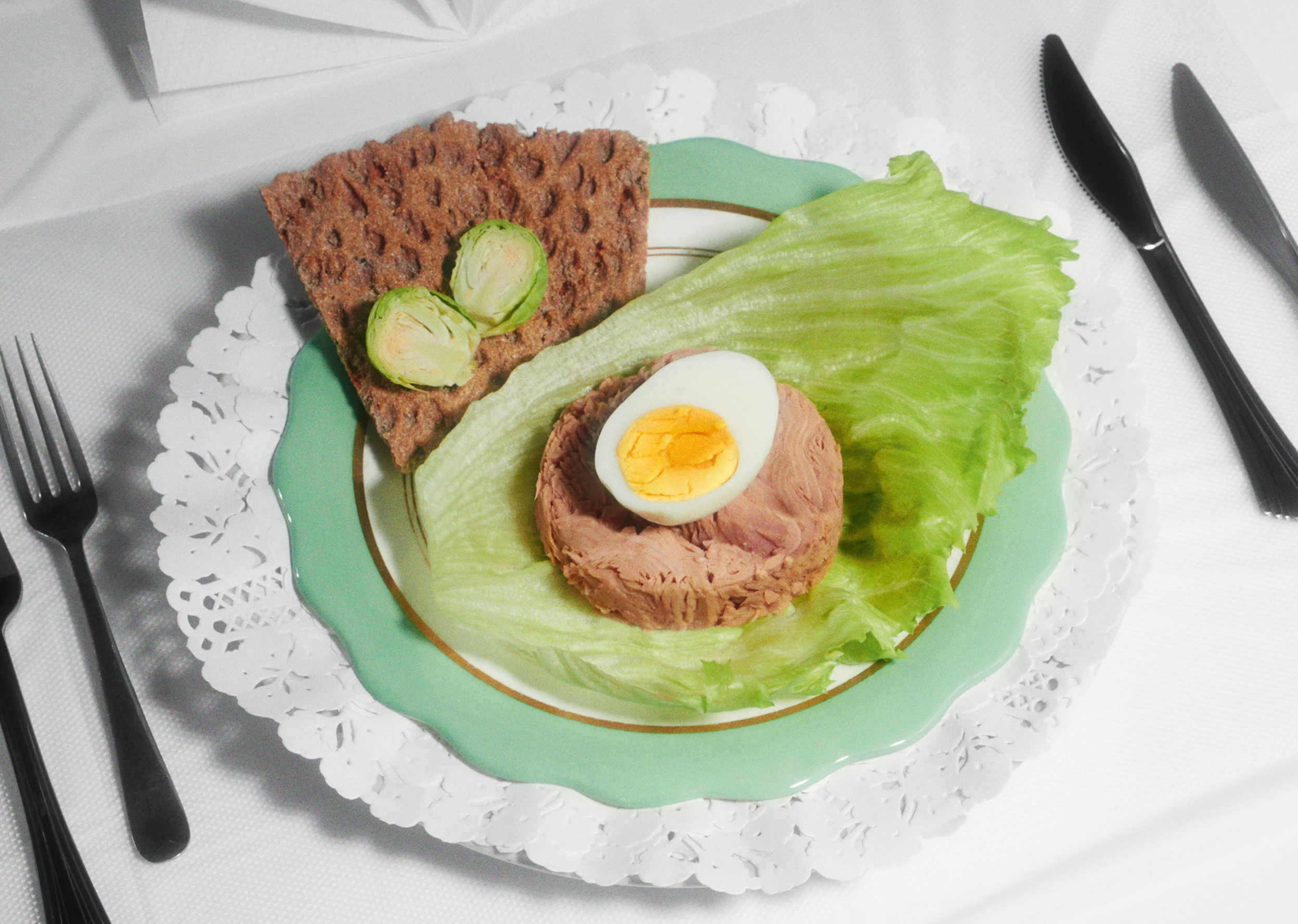






















# Auf der Wippe

Familien mit niedrigem Einkommen balancieren mit erhöhtem Risiko

## EVA MARIA WELSKOP-DEFFAA

Geboren 1959 in Duisburg, Diplom-Volkswirtin, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg/Berlin.

Manchmal ist Mathematik der kürzeste Weg zur Sozialpolitik. Man benötigt nur Grundkenntnisse in den Grundrechenarten, um die unterschiedlichen Effekte der Steigerung

nachzuvollziehen, je nachdem, ob der Ausgabenanteil für Grundbedürfnisse am Einkommen des Haushalts bislang dreißig, fünfzig oder siebzig Prozent ausmacht.<sup>1</sup> Ökonomisch lässt sich Armut als Relation von verfügbarem Einkommen zu existenznotwendigen Gütern und deren Preis beschreiben. Wer seit jeher nur Sonderangebote im Supermarkt kauft, um mit dem Familieneinkommen bis zum Monatsende auszukommen, hat nicht mehr viele Möglichkeiten, um die Preissprünge zu kompensieren, die sich aktuell bei den Grundnahrungsmitteln, beim Sprit und bei Mieten in der amtlichen Statistik abbilden: Allein im April 2022 lag das Plus bei den Nahrungsmittelpreisen bei fast neun, bei den Energiepreisen bei 35 Prozent.

In die Schuldnerberatungsstellen der Caritas kommen immer mehr von einer Stromsperre bedrohte Frauen und Männer, weil sie Energieschulden haben auflaufen lassen. In den Tafeln sind die Lebensmittelregale mittags leer, weil immer mehr Menschen morgens vor den Läden Schlange stehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Caritas-Sozialberatung wissen, wie sich die Preisschilder der Gemüsetheke in Albträume verwandeln können. „Stellen Sie sich vor“, sagte mir letztes ein Schuldnerberater, „Sie sind auf einer Wippe auf dem Spielplatz. Sie sitzen nicht am einen oder anderen Ende, sondern stehen in der Mitte und balancieren das Gleichgewicht beider Enden aus. Genau so geht es den Familien, deren Einkommen kurz über dem Hartz-IV-Satz liegt und die jetzt gucken müssen, wie sie die verfügbaren Mittel zwischen gesundem Essen für die Kinder und den Kosten für die Fahrt zur Arbeit austarieren.“ Er selbst habe das mit der Wippe als Halbstarker immer wieder ausprobiert. „Um das Gleichgewicht zu halten, muss man viel Energie investieren. Die Muskeln des ganzen Körpers werden beansprucht, es braucht ausgestreckte Arme und eine starke Anspannung. Wenn man das lange macht und die Wippe dann kippt, ist man zu erschöpft, um sich gegen den Sturz zu schützen. So ergeht es gerade unseren Ratsuchenden nach zwei Corona-Jahren beim plötzlichen Anstieg der Inflation.“

## DROHENDE SCHULDENFALLE

Vielen Familien fehlen die Rücklagen, die ein Sicherheitspolster verschaffen und die Möglichkeit geben, etwas zu wagen oder auch nur sich und die eigene Familie in Krisenmomenten gut versorgt zu wissen. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben muss von ihnen täglich neu ausbalanciert und im Blick gehalten werden. Sobald eine außergewöhnliche Ausgabe hinzukommt, wenn die Waschmaschine kaputtgeht oder das Handy, muss an anderer Stelle gespart werden. Und die Einsparungen sind oft mit existenziellen Einschnitten verbunden: Es wird nur noch das Kinderzimmer richtig geheizt. Oder die Einladung zum Geburtstag wird abgesagt, weil man nicht ohne Geschenk kommen möchte. Das gefährdet die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, führt in die Isolation, lähmt die Lebensenergie. Außerdem wächst die Gefahr, in die Schuldenfalle zu geraten, weil Kredite nicht mehr bedient werden können. Diese Zusammenhänge entstehen nicht erst durch die Corona-Pandemie und die Inflation bei Lebensmittel- und Energiepreisen. Aber sie werden dringlicher und sichtbarer. Eine im Dezember 2021 durchgeführte Umfrage unter knapp 300 Beraterinnen und Beratern aus der Schuldnerberatung, der Allgemeinen Sozialberatung und der Migrationsberatung in der Caritas hat die Problemlagen bereits deutlich beschrieben: Es bestätigten 88 Prozent der Befragten, dass die SGB-II-Leistungsempfänger,



die die Beratungsstellen konsultieren, Energieschulden haben, 77 Prozent, dass Energieschulden auch andere Ratsuchende (Wohngeld- oder Kinderzuschlagsberechtigte) betreffen.

Die Energieschulden sind die Spitze des Eisberges. Viele Familien waren in zwei Pandemie-Jahren im Dauerstress – Homeoffice und Homeschooling und auch die furchtbare Erfahrung, die Oma im Altenheim über Wochen nicht mehr besuchen zu dürfen, verdichteten sich zu einem Problemberg. Das alles zehrte an den Kräften. Oftmals waren Frauen besonders betroffen; sie steckten beruflich zurück, um das Wippe-Management für die Familie zu bewältigen.

## HEIMLICHE KOSTENTREIBER

Die Studienergebnisse von Jutta Allmendinger und anderen<sup>2</sup> werden in unserer Beratungspraxis bestätigt. Eine Familie mit drei Kindern war über die Corona-Zeit viel zu Hause; beide Eltern im Homeoffice, alle Kinder im Homeschooling. Neue Laptops wurden von den Großeltern als Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke finanziert, der Internetvertrag aber schlug mit monatlichen Mehrkosten von dreißig Euro zu Buche. Dazu kamen die Nachzahlungen: für den Strom 600 Euro, für die Heizung sind 300 Euro fällig. Die Abschlagszahlungen erhöhten sich gleichzeitig. Wenn nun auch die Ausgaben für Lebensmittel der fünfköpfigen Familie steigen, kann man sich die Sorgen vorstellen. Und wir wissen, dass Menschen mit niedrigen Einkommen häufiger in unsanierten Wohnungen leben und teurere Heizanlagen wie Nachspeicheröfen, Öl- und Gasheizungen sowie ältere Geräte mit hohem Stromverbrauch nutzen. All das katapultiert die Kosten auf schwindelerregende Höhen.

Eine Belastung kommt zur anderen. Wer sich um die schulische Zukunft seines Kindes sorgt, wem im Lockdown die Aufträge wegbrechen, die in der Solo-Selbstständigkeit fest eingeplant waren, wer hört, dass etwa der Arbeitgeber wegen Lieferengpässen bei wichtigen Vorprodukten aus China mit der Insolvenz kämpft, wird es noch schwerer haben, auf der Wippe in Balance zu bleiben. Besonders belastet sind momentan Familien mit einem relativ niedrigen Familieneinkommen, die Kredite bedienen müssen und zum Teil mit großen Nachforderungen bei den Mietnebenkosten rechnen. Auch Rentnerinnen und Rentner mit Altersbezügen an der Grundsicherungsgrenze sind stark betroffen.

Bisher betragen die Ausgaben für Wärme im unteren Einkommensdezil sechs Prozent; bei einer Verdoppelung der Kosten würde der Anteil auf zwölf Prozent des Einkommens anwachsen – Ausgabensteigerungen, die für diese Haushalte nicht zu bewältigen sind. Bereits im Jahr 2020 gab es nach Angaben der Bundesnetzagentur 230.000 Stromsperrungen. 24.000 Haushalten

wurde das Gas abgestellt. Wir gehen davon aus, dass sich die Zahl der Familien und Haushalte, die ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, gegenüber 2020 um mindestens dreißig Prozent erhöht hat. Die Corona-bedingte Aussetzung der Sperren muss aus Sicht des Caritasverbandes mindestens für Schwangere und Familien unbedingt weitergeführt werden.

## HILFSPROGRAMME SCHEITERN IM PRAXISCHECK

„In 28 Jahren in der Schwangerschaftsberatung habe ich noch nie so viele Familien gleichzeitig erlebt, die vom sozialen Netz zu spät aufgefangen werden“, berichtete eine Mitarbeiterin. Es sind die üblichen Rückmeldefristen, die aufgrund der vielen Belastungen nicht eingehalten werden könnten. Die schlechte Erreichbarkeit zahlreicher Ämter, gerade der Jobcenter, über die lange Pandemiezeit ist ein großes Thema. Gesetzlich auf den Weg gebrachte Hilfeleistungen blieben so unausgeschöpft.

Wer politisch wirksam helfen will, muss beim Schnüren von Hilfspaketen darauf achten, dass die Maßnahmen umsetzbar sind. Die jüngsten Entlastungspakete, die die Bundesregierung kürzlich beschlossen hat, bestehen den Praxisccheck nur ungenügend. Zu viele Ad-hoc-Maßnahmen, kaum überschaubar. Zwar könnte das Neun-Euro-Ticket Familien helfen, auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Doch wenn es keinen Bus gibt, der nachmittags zum Sportzentrum fährt, muss das Mama-Taxi genutzt werden, um die Kinder zum Fußballtraining zu fahren. Auch die Laufzeit von drei Monaten über die Sommerferienzeit führt dazu, dass ein nachhaltiger Umstieg vom spritfressenden Auto auf den Nahverkehr nicht gelingt. In Verbindung mit den anderen Elementen der Entlastungspakete ergibt sich eine wilde Zusammenstellung mit unterschiedlicher Geltungszeit – vom Einmalbonus zum Kindergeld über den Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher bis hin zur Energiepauschale. Hier fehlen die innere Logik und Niedrigschwelligkeit, die soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz vereinen könnten. Auch die in Aussicht gestellten zinsgünstigen Kredite helfen nicht. Weitere Schulden würden nur den Balanceakt auf der Wippe verlängern. Zusammen mit anderen Wohlfahrtsverbänden fordert die Caritas eine zielgenaue Gestaltung der Programme, die auf einkommensarme Haushalte verstärkt ausgerichtet werden müssen.

Für Empfängerinnen und Empfänger von SGB-II-Leistungen werden Miete und Heizkosten weitgehend vom Jobcenter getragen. Der Anteil für Strom im Regelbedarf der Grundsicherung ist jedoch deutlich zu niedrig bemessen und müsste sich am tatsächlichen Verbrauch der Grundsicherungsempfänger orientieren. Die geplante Erhöhung des Regelbedarfs zum 1. Januar 2023 kommt zu spät. Und die Verdopplung der Einmalzahlung auf insgesamt



200 Euro im Rahmen des zweiten Entlastungspakets des Bundes ändert nichts an der grundsätzlichen Kritik, dass eine Einmalzahlung bei nachhaltig steigenden Kosten nicht wirklich hilft und eine zeitnahe Anpassung der Regelbedarfe nicht ersetzen kann.<sup>3</sup>

Familien und Menschen mit besonderem Hilfebedarf sind durch die Kostensteigerungen bei Lebensmitteln und Energie nicht nur direkt, sondern auch indirekt betroffen, denn auch die Dienste und Einrichtungen, auf deren Angebot Pflegebedürftige, Alte und Kranke angewiesen sind, müssen mit den steigenden Kosten zurechtkommen, die perspektivisch mindestens teilweise an die Klientinnen und Klienten weitergegeben werden.

## FEUERWEHR DES SOZIALEN

Die ambulante Pflege leidet besonders unter den gestiegenen Spritpreisen. In Münster beispielsweise lagen die Ausgaben für Treibstoffe in der ambulanten Pflege der Caritas 2021 bei 25.000 Euro, bei einem Durchschnittspreis von 1,58 Euro pro Liter. Wenn der Liter Benzin jetzt 2,20 Euro kostet, steigen die Ausgaben auf 37.000 Euro. Pro Fahrzeug und Monat bedeutet das Mehrkosten von 110 Euro aufwärts. Besonders in den ländlichen Gegenden, wo die privaten Anbieter längst die nicht lukrativen Touren den gemeinnützigen Anbietern überlassen, müssen wir darauf achten, dass das soziale Netz durch die Inflation nicht Schaden nimmt.

Die soziale Infrastruktur, das ist in der Corona-Zeit deutlich geworden, ist die Feuerwehr des Sozialen. Es bedarf in einem resilienten Sozialstaat nicht nur der Transferzahlungen für vulnerable Gruppen, die auskömmlich bemessen sein müssen, sondern es bedarf der Unterstützung, der *Empowerment*-Strukturen, die beim Balanceakt auf der Wippe wirksam helfen. Für viele Menschen, die mit Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust und dramatischen Einkommensverlusten zu kämpfen haben, sind das die Angebote der Schuldnerberatung. Damit deren unterstützende Wirkung auch präventiv ankommen kann, fordern Caritas und Diakonie, den bisher begrenzten Zugang zur kostenlosen, gemeinnützigen Schuldnerberatung auszuweiten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass es einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Schuldnerberatung erst dann gibt, wenn Menschen keinen Job mehr haben. Im Bereich der Energiepreise gibt es die kostenlose Energie- und Wassersparberatung „Stromspar-Check“ des Deutschen Caritasverbandes<sup>4</sup> für Bezieher von Sozialleistungen. Die „Stromspar-Check“-Mitarbeitenden, selbst Sozialleistungsempfänger, sind besonders glaubwürdige Ratgeber, wenn sie in den Wohnungen der Ratsuchenden die Stromfresser aufspüren.

Jeder beratene Haushalt spart durchschnittlich jährlich 188 Euro, indem er den Kühlschrank aus der Sonne in die Schattenecke der Küche rückt, LED-Lampen einsetzt oder bezuschusst eine energiesparende Waschmaschine

erwirbt. Aber auch für die Kostenträger der Einkommenstransfers, für Bund und Kommune liegen die Einsparungen pro Stromsparcheck bei 146 respektive 110 Euro pro Jahr. Es hat zur langjährig fortgesetzten Förderung dieses Programms wesentlich beigetragen, dass die Gewinne der Check-Tipps auf individuelle und öffentliche Einsparungen klug verteilt wurden, sodass eine echte Win-win-Situation entstand. Dennoch ist bis heute die nachhaltige Finanzierung des Programms nicht sichergestellt.

Es sind mehr solcher nachhaltiger, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit versöhnender Angebote notwendig, um auf die Herausforderungen zu reagieren, die sich aktuell in den steigenden Preisen von Lebensmitteln und Energie widerspiegeln. Und es lohnt die Anstrengung, denn es ist nicht damit zu rechnen, dass die Entwicklung der Preise bald gestoppt wird. „Putin setzt auf Hunger“<sup>5</sup> – die gezielte Verknappung von Weizen- und Gaslieferungen ist Teil einer geopolitisch ausgerichteten Kriegsführung, die am Ende die Armen in den Ländern des Südens noch unvergleichlich härter trifft als die Armen in Deutschland und Europa.

Not sehen und handeln: *#DasMachenWirGemeinsam* – dieser Anspruch gilt heute mehr denn je der Verschränkung von nationaler und internationaler Solidarität. Dem Balancieren mit erhöhtem Risiko, das den vulnerablen Gruppen zugemutet wird, können wir nicht einfach zuschauen. Die auf der Wippe brauchen die ausgestreckte Hand. Als Sturzprophylaxe.

<sup>1</sup> Einkommensärmere Haushalte wenden einen höheren Anteil ihres Einkommens für Wohnkosten wie auch für andere Bestandteile des Grundbedarfs auf: „Im Jahr 2018 wandte das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen 35,4 Prozent seines verfügbaren Einkommens, und damit deutlich mehr als der Durchschnitt, für Wohnkosten auf.“, vgl. 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2021, S. 316, [www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html) [letzter Zugriff: 24.05.2022].

<sup>2</sup> Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Die Auswirkungen von COVID-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin, Studie für den Zeitraum 01.11.2020 bis 31.10.2021, <https://wzb.eu/de/forschung/dynamiken-sozialer-ungleichheiten/arbeits-und-fuersorge/projekte/die-auswirkungen-von-covid-19-auf-die-wirtschaftliche-und-soziale-situation-von-frauen-in-berlin> [letzter Zugriff: 24.05.2022].

<sup>3</sup> Die Vorschläge der Caritas für Maßnahmenpakete zur Linderung von Energiearmut können unserer Stellungnahme vom 07.06.2022 entnommen werden, [www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/06-07-2022-energiearmut-verhindern-aber-wie-zehn-vorschlaege](http://www.caritas.de/fuerprofis/stellungnahmen/06-07-2022-energiearmut-verhindern-aber-wie-zehn-vorschlaege) [letzter Zugriff: 09.06.2022].

<sup>4</sup> Stromspar-Check – ein Verbundprojekt von Caritas und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e.V., [www.stromspar-check.de](http://www.stromspar-check.de) [letzter Zugriff: 24.05.2022].

<sup>5</sup> Friedrich Schmidt: „Putin setzt auf Hunger“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.05.2022, [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-wie-russland-die-getreidekrise-fuer-seine-zwecke-nutzt-18047690.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-wie-russland-die-getreidekrise-fuer-seine-zwecke-nutzt-18047690.html) [letzter Zugriff: 24.05.2022].



# Teuerung auf breiter Front

Das Risiko der Stagflation in der Eurozone

## MICHAEL HÜTHER

Geboren 1962 in Düsseldorf, seit 2001 Honorarprofessor, EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Oestrich-Winkel, seit Juli 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat in Deutschland und in der Eurozone die Konsumentenpreis-inflation historische Höhen erklommen. Diese Entwicklung gründete auf einen bereits seit dem Jahresanfang 2021 zu beobachtenden Prozess der Reflationierung, der nach einer längeren Phase sehr geringer Steigerung der Inflation

durchaus überraschend einsetzte und zunächst vor allem durch die global infolge der Pandemiepolitik gestörten Lieferketten von den Erzeugerpreisen ausging. Ab Mai 2021 lag der deutsche Verbraucherpreisindex über zwei Prozent, im Juli – durch den zusätzlichen Anstieg der Energiepreise – bei 3,8 Prozent und im Dezember bei 5,3 Prozent. Der leichte Rückgang im Januar 2022

auf 4,9 Prozent war nicht von Dauer; verursacht durch die politisch bedingten Reaktionen auf den Weltenergiemärkten, wurden im April 7,4 Prozent erreicht. Gut die Hälfte des Anstiegs ging, wie bereits in den Vormonaten, auf die Preise für Energie zurück.

Die Beschreibung dieser Situation trägt bereits eine besondere politische Herausforderung in sich. Denn es handelt sich in der Eurozone – anders als in den USA – nicht um eine Inflation, die durch eine überschäumende Nachfrage in einer Boomphase zustande kam, sondern um angebotsseitige Störungen und Kostensteigerungen. Wir sprechen daher passenderweise von Teuerung, während Inflation letztlich immer ein monetäres Phänomen ist. Das bedeutet indes nicht, dass die Geldpolitik von der Aufgabe befreit ist, zeitlich und sachlich angemessen zu reagieren. Doch die genannten Teuerungseffekte entziehen sich der Kontrolle und der Verantwortung der Notenbank; anders sieht dies bei den Immobilienpreisen (Mieten) aus, die durch die Geldpolitik mitgetrieben sind und rund ein Fünftel des Warenkorb besetzen. Ein zu frühes Handeln – wie es im vergangenen Jahr bei transitorisch erscheinender Inflation der Fall gewesen wäre – kann erhebliche rezessive Wirkungen entfalten, ein zu spätes Handeln – wie es nun angesichts des Zögerns der Europäischen Zentralbank (EZB) droht – läuft Gefahr, die Risiken einer Überwälzung in die Binnenwirtschaft zu unterschätzen.

## GELDPOLITISCHES DILEMMA

In Zeiten massiver Teuerung muss die Notenbank darauf achten, dass die aufgeblähten Zentralbankbilanzen nicht dazu führen, eine – technisch jederzeit mögliche – Umsteuerung auf eine restriktive Geldpolitik an ihrer politischen Durchsetzbarkeit scheitern zu lassen. Die hohe Liquidität war in der Vergangenheit kein Problem, da sich der Euroraum in einem Schuldenabbau befand. Angesichts der für Transformation und Zeitenwende notwendigen Investitionen und Staatsausgaben können die günstigen Finanzierungsbedingungen nun inflationär wirken, zumal die Investitionen in die Transformation den Realzins ansteigen lassen und allein dadurch die Geldpolitik expansiv wird. Die kommunikative Umsteuerung seitens der EZB in den Monaten seit Kriegsbeginn kann man als vorsichtiges Freischwimmen aus diesem Dilemma begreifen.

Druck erfährt die europäische Geldpolitik dadurch, dass sich die US-Notenbank *Federal Reserve (Fed)* bereits in einem Zinserhöhungszyklus befindet und so der Inflationsdruck in der Eurozone über Wechselkurs sowie Importpreise erhöht wird. Seit dem Beginn des Krieges ist der Wechselkurs von 1,12 US-Dollar für einen Euro bis zum Zinsschritt der *Fed* am 4. Mai 2022 auf 1,05 US-Dollar gesunken. Die Zinserhöhung um fünfzig Basispunkte in einer Spanne zwischen 0,75 Prozent bis ein Prozent war die stärkste Anhebung



seit 22 Jahren; lediglich die im ersten Quartal schwächelnde US-Konjunktur hat die *Fed* von einem – von den Märkten durchaus erwarteten – noch drastischeren Schritt abgehalten. Bereits Ende Januar 2022 hatte die *Fed* bestätigt, dass sie in diesem Jahr die Zinsen auf bis zu drei Prozent erhöhen und die aufgeblähte Bilanz durch verringerte Markttransaktionen reduzieren will.

## KONFLIKTE ZWISCHEN LOHN- UND FINANZPOLITIK

Die Lage in den Vereinigten Staaten ist allerdings nicht mit der in der Eurozone zu vergleichen. Bereits vor Pandemieausbruch im Frühjahr 2020 lag das geldpolitische Zinsniveau mit 1,75 Prozent deutlich über dem der EZB; das heißt, die Ausgangssituation für das geldpolitische Krisenhandeln war unterschiedlich. Das gilt – wie angedeutet – auch für den gegenwärtigen Antriebs der Inflation.

Die Gesamtinflation lag in den USA im April 2022 mit 8,5 Prozent zwar nur gut einen Prozentpunkt höher als in der Eurozone, allerdings war die Kerninflation (ohne Energie und Nahrung) mit über sechs Prozent fast doppelt so hoch. Insofern musste die *Fed* schneller und kräftiger reagieren. Die EZB wird im Jahr 2022 so weit gehen, die Negativzinsphase zu beenden und damit zu einer wirksamen Restriktionsandrohung zu kommen.

Die Teuerung stellt jedoch nicht nur Fragen an die Geldpolitik, sondern ebenso an die anderen makroökonomischen Akteure: die Lohnpolitik und die Finanzpolitik. Denn anders als in der „goldenen Dekade“ von der Finanzkrise bis zur Pandemie, deren stetiger Beschäftigungsaufbau keine Konfliktsituation zwischen (deutscher) Lohnpolitik und (europäischer) Geldpolitik begründete, ist nunmehr das Konfliktpotenzial angesichts der hohen Teuerungsraten unverkennbar. Das erinnert an die 1970er-Jahre, als die erste Ölpreiskrise 1973 ähnliche Teuerungs- und Inflationsfolgen hatte, sodass die Bundesbank sich seinerzeit genötigt sah, mit einem restriktiven Kurs die Volkswirtschaft in eine Stabilisierungskrise zu führen (Bruno/Sachs, 1985).

Seinerzeit waren die Gewerkschaften aufgrund des Organisationsgrades verteilungspolitisch wirkungsmächtiger als heute; dafür prägt jetzt der Fachkräftemangel den Arbeitsmarkt und begründet knappheitsbedingten Lohndruck. Dabei hatten sich die Lohnstückkosten (je Erwerbstätigenstunde) in Deutschland bereits seit den frühen 1970er-Jahren dynamisch entwickelt, und zwar im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974 um fast acht Prozent. In den Jahren seit der Finanzkrise lag der jahresdurchschnittliche Anstieg bei gut 1,9 Prozent (2011 bis 2021). Die hohen Inflationsraten der 1970er-Jahre waren nicht nur vom epochalen Einschnitt der Ölkrise geprägt, sondern ebenso von der Inflationsgewöhnung seit den 1960er-Jahren und einem geringeren Stabilitätsinteresse der Politik.

Der Rückblick auf die 1970er-Jahre ermahnt die Makropolitik, die Zuordnung der Verantwortungsbereiche ernst zu nehmen (Hüther, 2018). Dazu gehört, dass die Lohnpolitik ihre Stabilisierungsverantwortung mit Blick auf das Preisniveau annimmt und sich kontinuierlich an der Preisnorm der EZB orientiert. Das wird ihr erleichtert, wenn die Finanzpolitik verteilungspolitisch angemessen die Kaufkraftverluste der einkommensschwachen Haushalte abfedert und für die einkommensstärkeren Haushalte eine Überforderung durch die kalte Progression vermeidet. Zudem sollte der Staat verlässlich die Infrastruktur entwickeln, um damit das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft zu stärken.

## STAGFLATIONSRISEN

Doch auch wenn das gelingt, bleibt unabhängig von den kurzfristigen Folgen des Ukraine-Krieges die Frage, wie groß das Risiko einer Stagflation – eine Kombination von höherer Inflation und schwächerem Wachstum – ist. Dafür sprechen in der Tat eine Reihe von Faktoren. Einerseits droht aus den aktuellen Preissteigerungen, nicht zuletzt bei traditionell eher weniger volatilen Preisen, eine Gewöhnung an eine trendmäßig höhere Inflation; jedenfalls eine oberhalb der Inflationsnorm der EZB von zwei Prozent, und eine damit durch die Wahrnehmung der Marktakteure veränderte Lage für die Notenbank. Unterstützend für diese Neujustierung der Inflationserwartungen wirken verschiedene Faktoren (Demary/Hüther, 2022; Demary et al., 2022).

Andererseits begründen die Dekarbonisierung von Produktion und Konsum wie auch die demografische Alterung ein veritables Stagflationsrisiko. Alterung schwächt die Produktivität und kostet Wachstum, gleichzeitig aber hat sich damit die strukturelle Arbeitslosigkeit, die sich vor 45 Jahren erstmals und dann für lange Zeit bildete, weitgehend vermindert. Der Fachkräftemangel manifestiert sich zunehmend als volkswirtschaftliches und nicht mehr nur als branchen- respektive qualifikationsspezifisches Phänomen – er verschärft über Lohnprämien den Inflationsdruck.

Der CO<sub>2</sub>-Preis wird in den kommenden Jahren beschleunigt ansteigen, verzögert wird die Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen planmäßig abnehmen; inwieweit sich das gesamtwirtschaftlich niederschlägt, hängt auch von den Kollateraleffekten entlang der Wertschöpfungskette ab. Der Umbau zur Klimaneutralität erfordert – nicht zuletzt wegen der Versäumnisse früherer Jahre – massive Preissignale, um die gewünschten Anpassungen auszulösen. Mit fortschreitender Anpassung verlieren die Preiseffekte gesamtwirtschaftlich an Bedeutung, allerdings dürfte das für einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren noch nicht der Fall sein. In dieser Zeit kann eine Schwächung des Wachstums nur vermieden werden, wenn – anders als während der Automatisierung in den 1970er-Jahren – die Unternehmen sich nicht im vielfältigen Strukturwandel



(digitale Transformation) überfordert sehen und auf stabile Rahmenbedingungen setzen können.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Desintegration in der Weltwirtschaft durch Protektionismus, durch Neuordnung der Lieferketten infolge eines *Reshoring*, aber auch durch steigende Kosten für Cybersecurity lässt erwarten, dass anders als in den Jahrzehnten seit 1990 die Globalisierung vorerst nicht mehr über günstige Importpreise und unternehmensinterne Verrechnungspreise Entlastung bei der Inflation gewährt. So bleibt als Hoffnungswert die Digitalisierung, die sich bisher zwar noch nicht in der Produktivitätsstatistik niederschlägt, durch sinkende Such-, Informations-, Durchsetzungs- und Kontrollkosten für private Transaktionen die Inflation jedoch gedämpft hat.

Die Geldpolitik steht nicht nur kurzfristig angesichts der Teuerungseffekte, sondern auch mittelfristig angesichts der Stagflationsrisiken vor einem Dilemma. Jede Veränderung des geldpolitischen Kurses greift angesichts des lange und robust gefahrenen Expansionskurses über die aktuelle Konstellation weit hinaus. Die Abkehr von einer solchen Geldpolitik ist angesichts der bei Wachstum und Inflation versteckten Risiken sowie ohnehin komplexeren Rahmenbedingungen nicht so straff und zügig zu vollziehen wie in den 1970er-Jahren.

Die Phase geldpolitischer Negativ- und Niedrigzinsen sowie expansiver Anleihekaufprogramme sollte aber in jedem Fall zu Ende gehen; die Argumente dafür bestehen nicht mehr, die Banken können wegen ihrer höheren Eigenkapitalquoten die Unternehmen mit Krediten versorgen. Damit muss die Finanzpolitik wachstumspolitisch umgehen, trotz der infolge von Pandemie und Ukraine-Krieg steigenden Schuldenstände. Damit der makroökonomische Konflikt konstruktiv gewendet werden kann, müssen Finanzpolitik, Geldpolitik und Lohnpolitik ihre Stabilisierungsverantwortung neu finden.

#### Literatur

Bruno, Michael / Sachs, Jeffrey: *Economics of Worldwide Stagflation*, Harvard University Press, Cambridge (Massachusetts) 1985.

Demary, Markus / Herforth, Anna-Lena / Zdrzalek, Jonas: „The new inflationary environment. How persistent are the current inflationary dynamics and how is monetary policy expected to respond?“, in: *IW-Report*, Nr. 16/2022, 13.04.2022, [www.iwkoeln.de/studien/how-persistent-are-the-current-inflationary-dynamics-and-how-is-monetary-policy-expected-to-respond.html](http://www.iwkoeln.de/studien/how-persistent-are-the-current-inflationary-dynamics-and-how-is-monetary-policy-expected-to-respond.html) [letzter Zugriff: 11.05.2022].

Demary, Markus / Hüther, Michael: „How Large Is the Risk of Stagflation in the Eurozone?“, in: *Intereconomics*, 57. Jg., Nr. 1, Januar/Februar 2022, S. 34–39, [www.intereconomics.eu/pdf-download/year/2022/number/1/article/how-large-is-the-risk-of-stagflation-in-the-eurozone.html](http://www.intereconomics.eu/pdf-download/year/2022/number/1/article/how-large-is-the-risk-of-stagflation-in-the-eurozone.html) [letzter Zugriff: 11.05.2022].

Hüther, Michael: „Überlegungen zur makroökonomischen Koordination im Lichte der deutschen Erfahrungen: Geldpolitik und Lohnpolitik im Konflikt?“, in: *List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, 44. Jg., 19.10.2018, S. 283–310, <https://link.springer.com/article/10.1007/s41025-018-0109-7> [letzter Zugriff: 11.05.2022].

# Versteckte Inflation

Der weltweite Drang zu Preiskontrollen

#### GUNTHER SCHNABL

Geboren 1966 in Starnberg, Professor für Wirtschaftspolitik und Internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik, Universität Leipzig.

Seit Mitte des Jahres 2021 sind die Inflationsraten weltweit deutlich angestiegen. Für den Mai 2022 wurde für Deutschland eine Inflationsrate von 8,7 Prozent gemessen, für den Euroraum 8,1 Prozent. In den USA wurden im Mai 2022 8,6 Prozent erreicht. Auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern haben die Konsumentenpreise

deutlich angezogen. Ägypten vermeldete im April 2022 einen Wert von 13,1 Prozent, Brasilien 12,1 Prozent und Sri Lanka sogar 33,8 Prozent. Dennoch gab es einige Länder mit niedrigen Inflationsraten: In Japan, China und der Schweiz lagen die Inflationsraten im April 2022 mit 2,5 Prozent, 2,1 Prozent und 2,5 Prozent auf weiterhin niedrigem Niveau. Woher kommt der globale Inflationsdruck, und woraus resultieren die Unterschiede?



Der jüngste globale Inflationsdruck wurde zuletzt vielfach aufgrund stark steigender Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise mit dem Ukraine-Krieg in Verbindung gebracht. Der amerikanische Präsident Joe Biden hat deshalb siebzig Prozent der Inflation in den USA im Monat März dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zugeschrieben. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Lichte des Krieges ausdrücklich auf die Bedeutung der stark steigenden Energiepreise für die hohe Inflation im Euroraum verwiesen. Dass die Inflationsrate schon deutlich vorher gestiegen ist, sieht EZB-Präsidentin Christine Lagarde in der Corona-Pandemie begründet.

Doch die Gründe für den Inflationsdruck auf breiter Front liegen tiefer. Dieser hat sich über einen Zeitraum von mehr als dreißig Jahren aufgebaut, da ausgehend von den USA in Krisen die Zinsen stark gesenkt, jedoch in den Erholungsphasen nach den Krisen nicht mehr in gleichem Ausmaß angehoben wurden. Da jede Abwertung des Dollars die anderen Währungen im Weltwährungssystem unter Aufwertungsdruck brachte, sind seit den 1990er-Jahren die meisten Zentralbanken dem geldpolitischen Expansionskurs der USA gefolgt. Die globale Geldschwemme schlägt sich nun in weltweit steigenden Produzentenpreisen und – nur teilweise! – in stark steigenden Konsumentenpreisen nieder.

Für viele Industrieländer gilt, dass der Inflationsdruck lange Zeit aufgrund der Art der Inflationsmessung in den offiziellen Konsumentenpreisindizes nicht sichtbar wurde. Seit den 1990er-Jahren wurde ausgehend von den USA die Qualitätsanpassung bei der Inflationsmessung forciert. Die statistischen Behörden haben vermehrt – beispielsweise bei Industrieprodukten wie Mobiltelefonen und Computern – Qualitätsverbesserungen zum Anlass genommen, die in den Läden gemessenen Preise in der Preisstatistik nach unten zu rechnen. Gleichzeitig fanden bei anderen Produktkategorien, wo Qualitätsverluste vermutet werden können, keine Qualitätsanpassungen in Form hochgerechneter Preise statt – so zum Beispiel bei Dienstleistungen, wo die Selbstbedienung deutlich zugenommen hat, oder bei Lebensmitteln, deren Produktionsmethoden weniger nachhaltig geworden sind.

Ebenso wurden die Gewichte der in den Konsumentenpreisindizes repräsentierten Güter den veränderten Konsumgewohnheiten angepasst. Das dürfte dazu geführt haben, dass in den Preisindizes schrittweise teure Güter mit hoher Preissteigerung – etwa Vollholzmöbel – durch billige Güter mit geringer Preissteigerung – beispielsweise Pressspanmöbel zum Selbstaufbau – ersetzt wurden. Wichtige Gütergruppen wie Immobilien, Aktien und öffentliche Güter (beispielsweise Straßen, Alterssicherung und Flughäfen) blieben von der Preismessung ganz ausgeschlossen. Im Euroraum werden im Gegensatz zu anderen Ländern wie der Schweiz oder den USA sogar selbstgenutzte Immobilien bei der Inflationsmessung ausgeklammert, obwohl die EZB mit anhaltend niedrigen Zinsen zu einem deutlichen Anstieg der Immobilienpreise beigetragen hat.

In vielen Ländern spielen Subventionen eine wichtige Rolle dafür, dass lange Zeit die Preise in den Läden stabil geblieben sind. Mit den anhaltenden Niedrig-, Null- und Negativzinspolitiken der Zentralbanken wurden weltweit die Unternehmen subventioniert, die die Zinsvergünstigungen in Form geringerer Preise weitergeben konnten. Ebenso haben zahlreiche Krisen in vielen Ländern die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften unterhöhlt, sodass mit den Lohnkosten auch der Preisdruck unter Kontrolle gehalten werden konnte. Fast alle Industrieländer subventionieren die Landwirtschaft, was die Preise von Lebensmitteln niedrig hält.

## OSTASIATISCHES MODELL ALS VORBILD?

Einen besonders großen Umfang haben die Subventionen in Japan erreicht, wo der Staat seit dem Platzen einer Aktien- und Immobilienpreisblase Anfang der 1990er-Jahre dank immenser Staatsanleihekäufe der Bank von Japan enorme zusätzliche Ausgabenspielräume gewonnen hat. Nach Schätzungen der *Washington International Trade Association* kommen über vierzig Prozent der Einkommen der japanischen Bauern vom Staat. Großzügige Hilfen für Reisbauern haben dazu beigetragen, dass der Reispreis in den letzten Jahren deutlich gefallen ist. Darüber hinaus werden Weizen, Sojabohnen, Buchweizen und Raps (auch als Futtermittel) bezuschusst.

Weitere Subventionen finden sich beim Bahnverkehr, der im dicht besiedelten Japan eine wichtige Rolle spielt. Staatliche Hilfen haben seit 2009 die Schul- und Hochschulgebühren gedrückt. Die Nachfrage nach Autos wurde immer wieder durch Subventionen – zuletzt für Elektrofahrzeuge – angekurbelt, sodass deren Preise seit 1990 weitgehend konstant geblieben sind. Schnell wachsende staatliche Zuzahlungen haben den Preisanstieg bei der Gesundheitsversorgung gedämpft. Auch die staatlich kontrollierten Preise für Wasser und Strom sind nur schwach gestiegen. In Reaktion auf den jüngsten steilen Anstieg der Rohölpreise wurde der Benzingroßhandel subventioniert.

China bewegt sich in eine ähnliche Richtung. Dort hatte zuletzt der deutliche Anstieg der Produzentenpreise im Gegensatz zu den USA keine spürbare Auswirkung auf die Konsumentenpreise. Das dürfte daran liegen, dass die *Peoples Bank of China* in Reaktion auf die Ukraine-Krise über den staatlich kontrollierten Bankensektor und die Lokalregierungen viel billige Liquidität in den Unternehmenssektor pumpt. Die Preise von öffentlichen Dienstleistungen – die die im Preisindex vertretenen Dienstleistungen dominieren – und die Preise von Industriegütern – die oft von staatlichen Unternehmen produziert werden – scheinen mit Blick auf die Inflationsziele der Zentralregierung gesetzt zu werden. Zuletzt dürften die vergleichsweise restriktive



Finanzpolitik sowie die Corona-Lockdowns den politisch gefährlichen Inflationsdruck gedämpft haben.

Mit dem letzten Preisschub, getrieben vor allem von den Energiepreisen, könnte das ostasiatische Modell nun auch in der Europäischen Union Schule machen. Die im europäischen Vergleich niedrige Inflation in Frankreich dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass dort bereits im letzten Herbst die Gas- und Strompreise gedeckelt wurden. Im Januar 2022 entschied die Regierung in Paris, den Preisanstieg bei Strom in diesem Jahr auf vier Prozent zu begrenzen. In Reaktion auf die stark steigenden Inflationsraten bringen viele Länder der Europäischen Union nun ebenfalls umfassende Subventionen auf den Weg. Diese umfassen einerseits direkte Zahlungen an die Bürgerinnen und Bürger – wie in Deutschland die einmalige 300-Euro-Zahlung für jeden Einkommensteuerpflichtigen – und andererseits Subventionen für Energie, was die Preise für die Verbraucher drückt.

Deutschland hat die Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate auf das europäische Mindestmaß abgesenkt und die Umlage für Erneuerbare-Energien-Anlagen (EEG-Umlage) ausgesetzt. Das Neun-Euro-Ticket senkt für drei Monate die Preise im öffentlichen Nahverkehr. Österreich will die Steuern auf Gas und Strom für Haushalte und Kleinunternehmen reduzieren. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat die Strom- und Gaspreise um 25 Prozent gesenkt sowie die Preise für Weizenmehl, Zucker und Milch gedeckelt.

Die Niederlande haben die Energiesteuer einmalig reduziert und werden ab Sommer die Mehrwertsteuer auf Energie von 21 Prozent auf neun Prozent absenken. Polen hat den Mehrwertsteuersatz für Benzin und Diesel von 23 Prozent auf acht Prozent reduziert. Tschechiens Regierung hat die Straßenverkehrssteuern gestrichen. Rumänien hat die Preise für Strom und Erdgas gedeckelt. In Italien entfallen Netzentgelte, und es werden 25 Cent für jeden Liter Kraftstoff erstattet. In Spanien liegt die Erstattung bei zwanzig Cent, während in Portugal die Regierung Benzingutscheine verschickt.

## SCHWEIZER SONDERWEG

Eine besondere Art und Weise, die Preise niedrig zu halten, hat die Schweiz gefunden, die in dem globalen inflationären Umfeld als sicherer Hafen für Kapitalzuflüsse gilt. Würden die großen Kapitalzuflüsse in der Schweiz verbleiben, würde dies sowohl die Aktien- und Immobilienpreise stark nach oben treiben als auch das Kreditwachstum und damit die Inflation befeuern. Doch dadurch, dass die Schweizer Nationalbank das Zinsniveau deutlich unter dem Zinsniveau der USA hält, begünstigt sie in großem Umfang Kapitalabflüsse, die den Inflationsdruck im Inland dämpfen. Wenn die Schweizer Nationalbank zudem wie in den letzten Monaten eine Aufwertung

des Franken zulässt, dann sinken die Preise importierter Güter. Der Druck auf die inländischen Unternehmen und den inländischen Handel wächst, die Preise niedrig zu halten. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben deshalb in der Vergangenheit von deutlich niedrigeren Inflationsraten als die Bürgerinnen und Bürger im Euroraum profitiert.

Während die Menge der subventionierten Güter in vielen Ländern über den Zeitverlauf zu wachsen scheint, bleibt die Finanzierung der wuchernden Staatsausgaben offen. Da die Kassen weithin leer und Kürzungen bei anderen Ausgabenbereichen unpopulär sind, scheinen sich viele Regierungen im Euroraum – ebenso wie im Falle Japans – auf zusätzliche Verschuldung und damit auf den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB zu verlassen. Dadurch wächst jedoch die Geldmenge weiter, was den Inflationsdruck längerfristig noch weiter nach oben treiben dürfte.

Um diesem Teufelskreis zu entkommen, gibt es nur einen Weg: Die Zentralbanken müssen die Zinsen erhöhen. Da dies mittelfristig die Ausgabenpielräume der hoch verschuldeten Euro-Staaten einschränkt und schlecht für die Konjunktur ist, scheint die EZB trotz erster angekündigter Zinsschritte vor entschlossenen Schritten noch zurückzuschrecken. Viele andere Zentralbanken haben sich hingegen bereits auf einen klaren Zinsanstiegskurs begeben.

In den USA hat die Notenbank *Federal Reserve* im Lichte hoher Inflationsraten die Anleihekäufe beendet und zahlreiche Zinsschritte für das Jahr 2022 signalisiert. Die Bank von England hat die Zinsen bereits mehrfach erhöht. Schwedens Reichsbank hat einen fundamentalen Kurswechsel vollzogen und die erste Zinserhöhung zeitlich vorgezogen. Auch reformerfahrene mittel- und osteuropäische Staaten wie Polen, Tschechien und Ungarn haben die Zinsen angehoben. Es bleibt abzuwarten, ob diese Zentralbanken im Lichte wachsender wirtschaftlicher und politischer Instabilitäten, die mit den Zinserhöhungen verbunden sein dürften, ihre geldpolitischen Straffungskurse durchhalten werden.

Unabhängig davon ist eines sicher: In der Vergangenheit waren zu hohe Staatsausgaben und anhaltend lockere Geldpolitiken immer wieder mit wirtschaftlicher und politischer Instabilität verbunden. Das Verstecken von Inflation mithilfe von Subventionen und Preiskontrollen mag kurzfristig anhaltend lockere Geld- und Finanzpolitiken rechtfertigen, löst allerdings das Problem zu hoher Ausgabenverpflichtungen nicht. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass die Ankündigung von Zinserhöhungen in den USA und vielen anderen Ländern den Beginn eines globalen geld- und finanzpolitischen Stabilisierungsprozesses einläutet.



# „Soziale Explosion“

Steigende Preise und sinkende Stabilität im nördlichen Afrika

## THOMAS VOLK

Geboren 1986 in Waldkirch, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog und Regionale Integration im Südlichen Mittelmeerraum der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tunis.

Das Wort für „Brot“ lautet im Ägyptischen „Aisch“, das bedeutet auch „Leben“. Dieses arabische Wort ist in dem bevölkerungsreichsten arabischen Land mit seinen mehr als 100 Millionen Einwohnern also Synonym für das Brot und das Leben.

Seit Jahrzehnten gilt in Ägypten ebenso wie andernorts in den südlichen Mittelmeeraanrainerstaaten: Steigt der Brotpreis, wird das Leben für Millionen Menschen härter. Russlands völkerrechtswidrige Invasion der Ukraine hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensmittelsicherheit in Europas südlicher Nachbarschaft. Die Tatsache, dass allein 2021 über siebenzig Prozent der russischen Weizenexporte in die Länder der Region Nahost und Nordafrika erfolgten, verdeutlicht die Tragweite der nunmehr ausbleibenden Importe dieses

Grundnahrungsmittels. Die zurückhaltende Positionierung arabischer Länder gegenüber der russischen Aggression lässt sich somit neben den sicherheitspolitischen auch durch starke wirtschaftliche Abhängigkeiten erklären. Da Russland und die Ukraine für zahlreiche Länder vom Maghreb bis zur Levante wichtige Lieferanten von Weizen, Speiseöl und Mais gewesen sind, verteuern sich nun die Preise für Hauptnahrungsmittel genau dort, wo noch nicht einmal die Folgen der Corona-Pandemie ökonomisch überwunden sind.

Die spürbaren Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel könnten insbesondere in den Ursprungsländern des sogenannten Arabischen Frühlings, in Tunesien und Ägypten, mittelfristig für neue Unruhen sorgen. Auch nach über einem Jahrzehnt seit Beginn der Aufstände in zahlreichen Ländern der arabischen Welt ist die Arbeitslosenquote und die Frustration der jungen Generation hoch, fehlen grundlegende Reformen und bleibt das Verhältnis zwischen Bürger und Staat äußerst angespannt. Vergegenwärtigt man sich die Parolen auf den Straßen von Tunis über Kairo bis Damaskus nach der Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 mit den Forderungen nach Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, so ist es nicht unwahrscheinlich, dass steigende Lebensmittelpreise erneut zu Protesten führen könnten.

Ägypten ist als weltgrößter Weizenimporteur direkt von dem Ukraine-Krieg und den Sanktionen gegen Russland betroffen. 2021 bezog das nordafrikanische Land über achtzig Prozent seiner Weizenimporte aus Russland und der Ukraine; seit Kriegsbeginn taumelt Ägypten einer

akuten Lebensmittelkrise entgegen. Mindestens die Hälfte der 102 Millionen Ägypter ist auf staatlich subventioniertes Brot angewiesen, das seit den 1980er-Jahren pro Laib unverändert fünf Piaster, umgerechnet etwa 0,6 Cent, kostet. Die im August 2021 von Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi angekündigte Streichung der jährlichen Brotsubventionen in Höhe von drei Milliarden US-Dollar dürfte vorerst ausgesetzt bleiben, da sonst der Preis für das wichtigste Grundnahrungsmittel für Millionen Ägypter bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von lediglich 220 Euro deutlich ansteigen würde.

Die Brotrevolten, die 1977 in Ägypten bei der Ankündigung des damaligen Machthabers Anwar al-Sadat, Subventionen für Brot und Reis streichen zu wollen, ausbrachen oder die von 1983 in Tunesien bei dem Versuch des damaligen Präsidenten Habib Bourguiba, staatliche Brotpreise auf Druck des Internationalen Währungsfonds (*International Monetary Fund*, IMF) zu liberalisieren, dürften den heutigen Herrschenden ebenso präsent sein wie die Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling.

Ägypten bezuschusst, um den nationalen Frieden nicht zu gefährden, weiter Weizen und Mehl, wobei die Preise für nicht subventioniertes Brot seit Februar um bis zu fünfzig Prozent angestiegen sind. Die Inflation, die laut Prognosen der Weltbank 2022 rund zehn Prozent betragen dürfte, verschärft die ökonomische Lage Ägyptens ebenso wie die ausbleibenden Touristen aus Russland und der Ukraine in der anstehenden Sommersaison. Sie machten in der Vergangenheit ein Drittel der Touristenzahlen des wichtigsten ägyptischen Wirtschaftssektors aus.



Die ägyptische Regierung sah sich infolge des Kriegausbruchs in der Ukraine zu besonderen Maßnahmen gezwungen. Im März wurde die Währung abgewertet und die Zinssätze wurden angehoben; beides dürfte die Kaufkraft des Mittelstands weiter beeinträchtigen und zu neuen Verstimmungen führen. Ferner wurde die Ausfuhr von Speiseöl, Mais und grünem Weizen für drei Monate unter Androhung von Haftstrafen verboten; einheimische Landwirte wurden zu Sonderabgaben von sechzig Prozent der Weizenträge an den Staat verpflichtet, wobei der ägyptische Agrarsektor nur die Hälfte der inländischen Nachfrage nach Getreide abdecken kann.

Es überrascht daher wenig, dass Präsident al-Sisi Anfang März nach Riad reiste, um sich finanzielle Unterstützung von Saudi-Arabien zu sichern. Bereits im April zahlte das Königreich fünf Milliarden US-Dollar an die ägyptische Zentralbank und sagte Investitionen in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar zu. Katar bot Investitionen in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar an, und die Vereinigten Arabischen Emirate kündigten den Kauf von inländischen börsennotierten Unternehmen im Wert von zwei Milliarden US-Dollar an.

Das starke Engagement der Golfstaaten für die Stabilität Ägyptens durch finanzielle Zuwendungen offenbart die fragile Lage des geostrategisch wichtigen Landes infolge ausbleibender Weizenimporte. Die Golfstaaten befürchten ebenso wie die Militärmachthaber in Ägypten selbst, dass die islamistische Muslimbruderschaft durch ihr weit verzweigtes karitatives Netzwerk die Preissteigerungen für sich instrumentalisieren und den damit einhergehenden zunehmenden Frust ähnlich wie 2012 als Vehikel für neue Mobilisierungsbestrebungen nutzen könnte.

Die Situation in Tunesien, dem Ursprungsland der arabischen Umbrüche des letzten Jahrzehnts, ist ebenfalls angespannt. Politisch befindet sich das Land spätestens seit dem 25. Juli 2021 in einem offenen Transformationsprozess, der zunehmend autoritäre Bestrebungen des 2019 gewählten Staatspräsidenten Kais Saied erkennen lässt. Wirtschaftlich wird das Land von einer enormen Staatsverschuldung von neunzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts, einem unregulierten informellen Sektor und einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit geprägt. Die Inflationsrate für 2022 liegt laut Prognosen des Internationalen Währungsfonds nach dem Stand von Juni 2022 bei 7,7 Prozent und bringt erhebliche Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs mit sich. Nicht subventioniertes Brot wurde im Schnitt dreißig Prozent teurer, Obst- und Gemüsepreise stiegen durchschnittlich um zehn Prozent.

Seit März ist Tunesien von einer Mehl- und Speiseölkrise betroffen, die vor dem Ramadan zu leeren Supermarktregalen und frühzeitig geschlossenen Bäckereien führte. Tunesien ist ebenso wie Ägypten besonders abhängig von Weizenimporten, vor allem aus der Ukraine. 2021 kamen 47,7 Prozent der tunesischen Weizenimporte von dort, 34,2 Prozent aus der Europäischen Union und vier Prozent aus Russland. Der tunesische Gewerkschaftsverband warnt bereits vor einer „sozialen Explosion“, sollten die Preise weiter ansteigen.

Das tunesische Sozialministerium veröffentlichte Anfang März Zahlen, wonach vier der zwölf Millionen Einwohner von Armut betroffen seien; eine Million Tunesier lebten bereits unterhalb der Armutsgrenze.

Russlands Krieg in der Ukraine hat dramatische Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung und die Preisentwicklung in Europas südlicher Nachbarschaft. Ägypten, Tunesien, Marokko und Libanon dürften dauerhaft große Teile ihrer bisherigen zuverlässigen Weizenimporte verlieren. Eine Diversifizierung der Importe oder die Steigerung der Selbstversorgungsquote wird Zeit in Anspruch nehmen. Die damit einhergehenden Preissteigerungen bergen für viele Länder der Region erhebliche soziale Sprengkraft.

Laut den Vereinten Nationen sind die Lebensmittelpreise im April 2022 in der Region bereits um 34 Prozent höher als im Vorjahr und dürften laut Internationalem Währungsfonds in diesem Jahr um weitere vierzehn Prozent ansteigen. Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit und Brot – als Synonym für ein menschenwürdiges Leben – könnte daher nur ein Jahrzehnt nach dem Arabischen Frühling in Nordafrika erneut lauter werden. Die Bäckereien in Kairo und Tunis sind dafür beunruhigende Gradmesser der öffentlichen Stimmung.



# Absolute Priorität

—  
Antworten auf die Preisverteuerung

## CHRISTIAN HAASE

Geboren 1966 in Höxter, Haushalts-politischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bundesvorsitzender der Kommunal-politischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV).

Inflation ist unsozial – dies ist eine alte Erkenntnis, die sich aktuell einmal mehr bestätigt. Ob an der Supermarktkasse, an der Tankstelle oder bei der Heizkostenabrechnung: Die gestiegenen Preise sind überall spürbar. Inflation trifft alle, aber Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen besonders hart.

Wie viele andere Länder weltweit erlebt Deutschland einen gewaltigen Teuerungsschub – den größten seit vierzig Jahren. Begleitet wird die Rekordinflation von einer anhaltenden Rekordniedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und einer Rekordverschuldung des Bundes. Im Ergebnis haben die Bürgerinnen und Bürger durch Inflation und Null- oder sogar Negativzinsen mit einer doppelten Entwertung ihrer Kaufkraft zu kämpfen: einer

Entwertung ihrer Einkommen und einer Entwertung ihres Ersparnen. Dies betrifft besonders auch die angesparte Altersvorsorge. Viele Bürgerinnen und Bürger müssen zusehen, wie ihr kleines Vermögen für das Alter dahinschmilzt. Dazu kommen die hohen Energiekosten und Spritpreise, die zu weiteren erheblichen Mehrbelastungen für Millionen Bürgerinnen und Bürger, Pendler und Unternehmen führen. Zusätzlich droht die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Inflation aufgrund anhaltend hoher Inflationserwartungen.

Es ist unstrittig, dass die Bekämpfung der Inflation absolute Priorität haben muss. Eine hohe Inflation zu bekämpfen, ist alles andere als trivial; dennoch steht die Politik der Herausforderung der Inflation nicht hilflos gegenüber. Jedenfalls darf sie sich nicht hinter der EZB-Politik verstecken. Die Unabhängigkeit der EZB ist zu Recht unantastbar. Wenn die EZB ihren Stabilitätsauftrag ernst nimmt, wird sie dem Beispiel anderer Notenbanken, etwa der US-amerikanischen *Federal Reserve (Fed)*, folgen müssen und die Leitzinsen erhöhen. Die EZB-Geldpolitik kann aber keine Entschuldigung für eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland sein. Kurzfristig muss die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger entlasten sowie mittel- und langfristig zu einer Ausweitung des Warenangebots beitragen, das die Nachfrage bedienen kann. Nur das sorgt für dauerhaft niedrigere Preise.

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung reichen weder kurz- noch mittelfristig aus. Das Steuerentlastungsgesetz sieht zwar durch Anhebung des Grundfreibetrags, des Arbeitnehmer-Pauschetrags und einer teilweisen Anpassung der Entfernungspauschale eine Entlastung von Einkommensteuerzahlerinnen und -zahlern vor. Auch die Auszahlung einer Energiepreispauschale an alle Beschäftigten in Höhe von 300 Euro und eines Kinderbonus in Höhe von 100 Euro sind grundsätzlich zu begrüßende Maßnahmen, die allerdings zu kurz greifen. Ob und wie die Bundesregierung nachlegt, steht derzeit noch in den Sternen.

## PROFITEUR DER INFLATION

Besonders für Menschen mit geringerem Einkommen sind die gestiegenen Preise ein großes Problem. Diesen Menschen muss gezielt geholfen werden. Die Maßnahmen der Ampelkoalition erreichen aber gerade diese Menschen oftmals nicht. Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten sowie junge Familien, die Elterngeld beziehen, und andere Empfänger von Lohnersatzleistungen erhalten die Energiepreispauschale nicht. Die Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Energiepreispauschale auch diesen Personen zu gewähren, hat die Ampelkoalition vorerst abgelehnt. Stattdessen wird die Pauschale nun ab September lediglich einem begrenzten Personenkreis ausgezahlt. Das ist zu wenig und zu spät.



Einkommensschwache Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie Minijobber in Privathaushalten und Solo-Selbstständige erhalten die Energiepreispauschale erst nach der nächsten Heizsaison und frühestens ein halbes Jahr später als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit höheren Einkommen. Darüber hinaus will die Bundesregierung die Energiepreispauschale über Lohn- und Verrechnungskonten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auszahlen, statt die Wirtschaft von bürokratischem Aufwand zu entlasten. Auch das Thema „kalte Progression“ geht die Bundesregierung nicht zielgerichtet an. Die Anhebung des Grundfreibetrags beseitigt die drohende kalte Progression nicht wirksam, sondern deckt nur knapp die Teuerungsrate des Jahres 2021 ab. Die prognostizierte Inflation für das Jahr 2022 bleibt unberücksichtigt.

Die Bundesregierung kann und muss mehr tun. Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, was längst erwartbar war: Der Staat ist ein Profiteur der Inflation. Steigende Preise bedeuten steigende Steuereinnahmen. Die 162. Steuerschätzung vom Mai 2022 zeigt im Vergleich zum November 2021 durchschnittlich jährlich um 44 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen an.

## NOTWENDIGE ENTLASTUNGEN

Es sind also ausreichend finanzielle Mittel für weitere Entlastungen vorhanden. Darüber hinaus gibt es die Rücklage des Bundes in Höhe von 48,2 Milliarden Euro. Wann, wenn nicht jetzt in dieser absoluten Ausnahmesituation – zwei Jahre Pandemie, Rekordinflation, Krieg in Europa –, sollte eine solche Rücklage mobilisiert werden? Denn ohne weitere Maßnahmen droht eine Stagflation: Inflation plus Niedrigwachstum.

Wie kann ein wirkungsvoller Schutzschirm gegen die Inflation aussehen? Der gesamte Einkommensteuertarif muss an die hohe Inflation angepasst werden, um die kalte Progression kurzfristig und vollständig abzubauen. Ein zusätzlicher Inflationsausgleich in Höhe von neun bis zehn Milliarden Euro ist laut Bund der Steuerzahler über den Grundfreibetrag hinaus notwendig. Höhere Nettolöhne wirken auch Lohnsteigerungen und den sogenannten Zweitrundeneffekten – Preiserhöhungen als Reaktion auf vorangegangene Kostensteigerungen – entgegen. Sonst würde eine solche Lohn-Preis-Spirale die Inflation weiter beschleunigen.

Der Preisdruck bei Energieprodukten muss passgenau gesenkt werden. Die Entlastungsmaßnahmen müssen dabei die besonders betroffenen Bürgerinnen und Bürger erreichen. Das heißt, insbesondere dafür zu sorgen, dass die Energiepauschale auch Studenten, Rentnern, jungen Familien und anderen Beziehern von Leistungserstattleistungen zugutekommt. Der Familienzuschuss der Bundesregierung sollte mit 200 Euro pro Kind doppelt so hoch ausfallen. Gleiches gilt für den Heizkostenzuschuss. So erreicht man passgenau die Menschen, die eine Entlastung in diesen Zeiten am dringendsten brauchen.

Die auf 38 Cent pro Kilometer erhöhte Pendlerpauschale sollte bereits ab dem ersten anstatt erst ab dem 21. Kilometer gelten. Noch besser wäre eine echte und dauerhafte Entlastung für Pendler, indem über die Anhebung der einkommensteuerrechtlichen Entfernungspauschale hinaus diese dynamisch in Abhängigkeit vom jeweils geltenden CO<sub>2</sub>-Preis nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz weiterentwickelt wird.

Daneben bedarf es befristeter Strom- und Energiesteuersenkungen für die Jahre 2022 und 2023. Eine Absenkung der Stromsteuer von derzeit 20,50 Euro pro Megawattstunde (MWh) auf den Mindeststeuersatz der Europäischen Union von einem Euro/MWh bei nicht gewerblicher Nutzung und fünfzig Cent/MWh bei gewerblicher Nutzung ist sinnvoll. Auch die Energiesteuer auf die Kraftstoffe Benzin, Super und Diesel kann für zwei Jahre befristet auf das unionsrechtliche Minimum abgesenkt werden.

Deutschland muss von russischen Gas-, Kohle- und Ölimporten unabhängiger werden. Zugleich muss es auch bestmöglich auf einen Lieferstopp durch Russland und mögliche Sanktionen vorbereitet sein. Deshalb muss sich die Bundesregierung anderen Handelspartnern und anderen Energieträgern zuwenden. Unsere bestehenden Gasspeicher sollten so weit wie möglich gefüllt werden. Es ist auch wichtig, dass die landgebundenen und schwimmenden Flüssiggas-Terminals in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade sowie in Hamburg, Rostock und Lubmin schneller gebaut werden können. Verflüssigtes Erdgas – etwa aus den USA, Kanada oder Australien – ist eine echte Alternative zu russischem Erdgas.

## ABBAU VON HANDELSHEMMNISSEN

Eine wirksame Strategie gegen Stagflation muss auch strukturelle Maßnahmen beinhalten, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und langfristiger Preisstabilität führen. Dazu zählen eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der konsequente Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen sowie Anreize für Innovation und Investition in der privaten Wirtschaft.

Der Preisdruck bei Verbrauchsgütern kann auch durch ein erweitertes Angebot gesenkt werden. Bereits verhandelte Freihandelsabkommen wie CETA (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*, Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada) müssen endlich ratifiziert werden. Es ist unerklärlich, dass die Grünen öffentlichkeitswirksam mit Katar verhandeln, aber bei einem Handelspartner wie Kanada blockieren. Mit Kanada teilt die Europäische Union (EU) so viele Standards und Normen wie mit kaum einem anderen Nicht-EU-Mitgliedstaat. Mit der Ratifizierung von CETA bis zum Sommer sollte Deutschland daher ein deutliches Signal an die Europäische Union und seine Handelspartner senden. Auch neue Handelsabkommen mit



den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien, Neuseeland und dem Gemeinsamen Südamerikanischen Markt (*Mercado Común del Sur*, MERCOSUR) müssen auf die Agenda gesetzt werden. Der Abbau von Handelshemmnissen ist der beste Weg, Preise zu senken. Dem weltweiten Trend zur Regionalisierung des Handels sollte sich Deutschland entgegenstellen.

Auf Ebene der Europäischen Union sollte es eine Einigung darüber geben, dass ihre Legislativvorhaben, die sich preistreibend auswirken, im Rahmen eines Belastungsmoratoriums unterbleiben beziehungsweise um zwei Jahre zurückgestellt werden. Weiter ist ein Verzicht auf die geplante Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 sinnvoll, um die Preisexplosion bei Lebensmitteln zu stoppen. Durch den russischen Angriffskrieg fällt mit der Ukraine eine Kornkammer der Welt teilweise aus. Wenn ökologische Vorrangflächen in Deutschland für den Anbau aller Feldfrüchte einschließlich des Einsatzes erforderlicher Pflanzenschutzmittel freigegeben werden, leistet das in dieser Phase einen wichtigen Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Teilen der Welt.

Ein derartig ausgestaltetes Entlastungspaket in Höhe von rund dreißig Milliarden Euro beinhaltet die Inflationskomponente für die arbeitende Bevölkerung, berücksichtigt die Unternehmen, die Pendler sowie Familien, Rentner und sozial Schwache. Die Hälfte der Kosten müsste der Bund tragen. Angesichts einer Rücklage des Bundes von 48,2 Milliarden Euro bliebe sogar Geld für eine Senkung der Nettokreditaufnahme übrig. Ab dem kommenden Jahr muss die grundgesetzliche Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Auf Ebene der Europäischen Union gehört der Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder in Kraft gesetzt. Auch eine solide Haushaltspolitik ist eine Maßnahme gegen die Inflation. Denn nur dann ist die Zentralbank in der Lage, Zinserhöhungen vorzunehmen, ohne die Staatshaushalte zu überfordern.

# Die soziale Frage unserer Zeit?

Über die Entwicklung von Miet- und Kaufpreisen in Deutschland

## FELICITAS SCHIKORA

Geboren 1991 in Augsburg,  
Promotion im Bereich Migrations-  
und Arbeitsmarktökonomik,  
Referentin Arbeitsmarkt und  
Sozialpolitik, Hauptabteilung  
Analyse und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Inflationsrate erreicht Höchststände. Kurzfristig ist kaum mit einer Entspannung zu rechnen: Die Bundesbank erwartet für das Jahr 2022 im Jahresdurchschnitt für Deutschland eine Inflationsrate von etwa sechs Prozent,<sup>1</sup> die Europäische Zentralbank geht für die Eurozone von einer Inflationsrate von etwa fünf Prozent aus.<sup>2</sup>

Damit nimmt die finanzielle Belastung, beispielsweise durch Wohnkosten, insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen weiter zu. 2019 gaben etwa zwei Drittel der Haushalte an, die monatlichen Wohnkosten als gewisse oder gar große Belastung zu empfinden.<sup>3</sup> Unter armutsgefährdeten Haushalten galt dies sogar für 75 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Wahrnehmung in den letzten Jahren deutlich verschärft hat. Wohnen gilt als *die* soziale Frage unserer Zeit. Doch trifft diese Einschätzung in Deutschland tatsächlich zu?



Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Land der Mieterinnen und Mieter. Nicht einmal die Hälfte aller deutschen Haushalte besitzt Wohneigentum (46,5 Prozent).<sup>4</sup> Infolgedessen ist die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger von steigenden Mietpreisen betroffen: Zwischen 2010 und 2019 stiegen die inserierten Mieten sowohl im Neubau als auch im Bestand um circa 34 Prozent.<sup>5</sup> In einigen Großstädten, beispielsweise in Berlin, München oder Stuttgart, war der Anstieg noch wesentlich höher und betrug rund fünfzig Prozent. Dies führte teilweise zu gravierenden Eingriffen in bestehende Mietmärkte, zum Beispiel zur – später durch das Bundesverfassungsgericht zurückgenommenen – Deckelung der Angebotsmieten im Rahmen des Berliner Mietendeckels.

## UNTERSCHIEDE ZWISCHEN STADT UND LAND

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Kaufpreisentwicklung von Wohnimmobilien. In den letzten zehn Jahren stieg der sogenannte Häuserpreisindex für Eigentumswohnungen sowie Ein- und Zweifamilienhäuser um 55 Prozent.<sup>6</sup> Wenngleich die Kaufpreise insbesondere in dicht besiedelten Großstädten gestiegen sind, verfestigt sich dieser Trend auch im ländlichen Raum. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise vergleichsweise moderat um lediglich vierzehn Prozent.

Diese Zahlen legen nahe, dass die finanzielle Belastung von Haushalten durch die aufzubringenden Wohnkosten in den letzten zehn Jahren nominal deutlich gestiegen ist. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Wiederholungsbefragung privater Haushalte zu Einkommen und Lebensbedingungen (*European Union Statistics on Income and Living Conditions*, EU-SILC-Befragung) aus dem Jahr 2018, dass die Anzahl von Personen, die durch Wohnkosten über die Maße belastet sind, seit 2013 leicht zurückgegangen ist. Mit anderen Worten: Der Anteil von Haushalten, die mehr als vierzig Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden, ist seit 2013 von 16,4 Prozent auf 14,2 Prozent gesunken.<sup>7</sup> Dies ist insbesondere auf die gute wirtschaftliche Entwicklung vor der Corona-Pandemie zurückzuführen. Inwiefern sich die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg auf die (subjektive) Wohnkostenbelastung von Haushalten auswirken werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht quantifizieren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Belastung zugenommen hat.

Dennoch sind nicht alle Haushalte in Deutschland gleichermaßen von dieser Entwicklung betroffen. Entscheidend für den Grad der finanziellen Belastung ist zunächst, ob die Menschen in der Stadt oder auf dem Land leben. Da die Wohneigentumsquote in Deutschland mit steigender Besiedlungsdichte sinkt, leben Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner besonders oft in

Mietwohnungen.<sup>8</sup> Gleichzeitig sind Personen in Miethaushalten häufiger von Wohnkostenüberlastung betroffen als Eigentümerinnen und Eigentümer. Die Mietbelastung ist somit in Städten in der Regel wesentlich höher. Ungeachtet der Lohnentwicklung sind Mieterinnen und Mieter somit verhältnismäßig am stärksten belastet, wenngleich die Miet- und Kaufpreise in ganz Deutschland gestiegen sind. Besonders betroffen sind aber auch Personengruppen mit bestimmten sozio-demografischen Charakteristika, beispielsweise Alleinerziehende, armutsgefährdete Personen sowie Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>9</sup>

## KNAPPES GUT WOHNIMMOBILIE

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig und lassen sich durch Veränderungen auf Miet- und Kaufmärkten erklären. Zum einen ist die Nachfrage nach Wohnimmobilien in den letzten Jahren stark gestiegen. Zu dieser Dynamik tragen insbesondere drei Faktoren bei: *Erstens* ist die Bevölkerung in Deutschland bis einschließlich 2018 um 2,5 Millionen Menschen gewachsen. Dies entspricht einem Zuwachs von 3,1 Prozent und ist vor allem auf eine hohe Nettozuwanderung zurückzuführen. *Zweitens* ist zugleich die durchschnittliche genutzte Wohnfläche in Quadratmetern gestiegen. Mehr Menschen benötigen also immer mehr Wohnraum, sodass die Nachfrage nach (Miet-)Wohnungen zuletzt stark gestiegen ist. *Drittens* werden Immobilien durch die wirtschaftlichen Entwicklungen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 mehr nachgefragt:<sup>10</sup> Die lange Niedrigzinsphase führte in den letzten Jahren dazu, dass private Haushalte und Unternehmen verstärkt in Immobilien investieren, „was das Preisniveau und den Druck auf die Mieten bei Rendite-Objekten erhöht“.<sup>11</sup>

Gleichzeitig konnte die Entwicklung des Angebots nicht mit der stetig wachsenden Nachfrage nach (Wohn-)Immobilien mithalten. Trotz zunehmender Wohnungsbautätigkeit seit den 2010er-Jahren<sup>12</sup> sind die Preise für das knappe Gut Wohnimmobilie daher deutlich gestiegen. Das zeigt sich insbesondere bei den Preisen für Bauland und Baukosten, die seit 2009 um 87 Prozent beziehungsweise 28 Prozent gestiegen sind.<sup>13</sup> Zuletzt hat sich dieser Prozess deutlich verschärft. Einerseits nehmen die Herausforderungen durch den Fachkräftemangel weiter zu, und der Anteil von Personen im Haupterwerbsalter (das heißt im Alter von 25 bis 64 Jahren) an der Gesamtbevölkerung wird infolge des demografischen Wandels weiter sinken.<sup>14</sup> Andererseits führen die zunehmenden Lieferengpässe bei Baustoffen seit Beginn der Corona-Pandemie zu weiter steigenden Erzeugerpreisen insbesondere für einzelne Materialien wie Holz oder Stahl.<sup>15</sup>

Hinzu kommt, dass die geringe Effizienz im Bereich der Wohnungsplanung zu langatmigen Planungsprozessen bei kommunalen Verwaltungen

führt: Vakante Stellen in Planungsämtern, die mangelnde Digitalisierung von Prozessen und eine Vielzahl an Regulierungen tragen zu einem stetig wachsenden Bauüberhang bei.

In jüngster Vergangenheit liegt der Fokus insbesondere auf Fragen der Immobilienfinanzierung. Dafür verantwortlich sind unter anderem neue und zusätzliche Anforderungen an die Eigenkapitalrücklagen von Banken, veränderte Fördermöglichkeiten für energieeffiziente Gebäude sowie zuletzt stark steigende Bauzinsen. Doch auch wenn sich viele Mieterinnen und Mieter den Wechsel in Wohneigentum wünschen, sollten ihre Bedürfnisse nicht unbeachtet bleiben – insbesondere, da sich ihre Vorstellungen über die eigene Wohnsituation während der Corona-Pandemie oftmals geändert haben.

Wie kann die Politik kurz- und mittelfristig auf die steigende Wohnkostenbelastung von Haushalten antworten? Um einen Beitrag zur Vermögensbildung von Haushalten zu leisten (insbesondere mit Blick auf die Altersvorsorge), gilt es *erstens*, zusätzliche Impulse zur Förderung von Wohneigentum zu setzen. Hierfür gibt es eine Reihe von möglichen Instrumenten, beispielsweise die Besserstellung von Eigentümerinnen und Eigentümern, die ihre Immobilie selbst nutzen, steuerpolitische Maßnahmen oder aber ein stärkerer Fokus auf die Förderung bei der Finanzierung eines Immobilienerwerbs.<sup>16</sup> *Zweitens* ist es wichtig, den Wohnungsbau voranzutreiben, vor allem durch die Harmonisierung und Dynamisierung von Prozessen sowie Investitionen in die strukturelle und digitale Infrastruktur.<sup>17</sup> Vor dem Hintergrund aktueller Preissteigerungen empfiehlt es sich *drittens*, die Mittelschicht gezielt steuerlich zu entlasten. Eine Verbindung dieser Ansätze, gepaart mit einer stärkeren Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen, könnte eine Antwort auf *die soziale Frage unserer Zeit* geben.

<sup>1</sup> „Sechs Prozent Inflation in diesem Jahr“. Interview mit Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, 06.04.2022, [www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/bundesbank-joachim-nagel-interview-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/bundesbank-joachim-nagel-interview-101.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>2</sup> Europäische Zentralbank: Von Experten der EZB erstellte gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet, März 2022, [www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/ecb.projections202203\\_ecbstaff-44f998dfd7.de.html](http://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/ecb.projections202203_ecbstaff-44f998dfd7.de.html) [letzter Zugriff: 29.04.2022].

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt: Finanzielle Belastung durch gesamte Wohnkosten, 08.02.2022, [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/belastung-wohnkosten-bevoelkerung-silc.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/belastung-wohnkosten-bevoelkerung-silc.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>4</sup> Pekka Sagner / Michael Voigtländer: Wohneigentumpolitik in Europa. Gutachten des Instituts der Deutschen Wirtschaft, erstellt im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, [www.iwkoeln.de/studien/pekka-sagner-michael-voigtlaender-wohneigentumpolitik-in-europa.html](http://www.iwkoeln.de/studien/pekka-sagner-michael-voigtlaender-wohneigentumpolitik-in-europa.html) [letzter Zugriff: 29.04.2022].

<sup>5</sup> Anja M. Hahn / Konstantin A. Kholodilin / Sofie R. Walt: Die unmittelbaren Auswirkungen des Berliner Mietendeckels: Wohnungen günstiger, aber schwieriger zu finden, DIW Wochenbericht 8/2021, S. 117–124, [www.diw.de/de/diw\\_01.c.811698.de/publikationen/wochenberichte/2021\\_08\\_3/die\\_unmittelbaren\\_auswirkungen\\_des\\_berliner\\_mietendeckels\\_\\_wohnungen\\_guenstiger\\_\\_aber\\_schwieriger\\_zu\\_finden.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.811698.de/publikationen/wochenberichte/2021_08_3/die_unmittelbaren_auswirkungen_des_berliner_mietendeckels__wohnungen_guenstiger__aber_schwieriger_zu_finden.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt: Datenreport 2021. Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Gesamtausgabe, 10.03.2021, [www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.html](http://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Felicitas Schikora: Bausteine für eine bessere Steuerung von Mietmärkten, Monitor Wohnen, Nr. 3/2022, Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2022, [www.kas.de/en/monitor/detail/-/content/bausteine-fuer-eine-bessere-steuerung-von-mietmaerkten](http://www.kas.de/en/monitor/detail/-/content/bausteine-fuer-eine-bessere-steuerung-von-mietmaerkten) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>9</sup> Statistisches Bundesamt, a. a. O., En. 6.

<sup>10</sup> Ralph Henger: „Mehr Wohnungsbau erfordert schnelles Handeln auf allen Ebenen, aber keinen Aktionismus“, in: Wirtschaftsdienst (Hrsg.): Wohnen in der Stadt: Wege zur Lösung des Knappheitsproblems, Nr. 9, September 2019, S. 603–624, [www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/9/beitrag/wohnen-in-der-stadt-wege-zur-loesung-eines-knappheitsproblems.html](http://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/9/beitrag/wohnen-in-der-stadt-wege-zur-loesung-eines-knappheitsproblems.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>11</sup> A. a. O., S. 604.

<sup>12</sup> Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: Faktenblätter zum deutschen Wohnungsmarkt, Februar 2021, S.11, [www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/faktenblaetter-zum-deutschen-wohnungsmarkt-2021.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/faktenblaetter-zum-deutschen-wohnungsmarkt-2021.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>13</sup> Felicitas Schikora: Planen, Bauen, Wohnen. Hürden der Wohneigentumsbildung, Monitor Wohnen, Nr. 1/2022, Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2022, [www.kas.de/en/monitor/detail/-/content/planen-bauen-wohnen-huerden-der-wohneigentumsbildung](http://www.kas.de/en/monitor/detail/-/content/planen-bauen-wohnen-huerden-der-wohneigentumsbildung) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>14</sup> Sachverständigenrat für Integration und Migration: Fakten zur Einwanderung in Deutschland, November 2021, S. 2, [www.svr-migration.de/publikationen/fakten-zur-einwanderung-in-deutschland/](http://www.svr-migration.de/publikationen/fakten-zur-einwanderung-in-deutschland/) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt: Baumaterialien im Jahr 2021 stark verteuert, Pressemitteilung Nr. N 006, 10.02.2022, [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/PD22\\_N006\\_61.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/PD22_N006_61.html) [letzter Zugriff: 25.04.2022].

<sup>16</sup> Vgl. Felicitas Schikora, a. a. O., En. 13.

<sup>17</sup> Vgl. Felicitas Schikora: Mit Modernisierung und Digitalisierung Wohnungsbau fördern. Drei Lösungsansätze, Monitor Wohnen, Nr. 2/2022, Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2022, [www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/mit-modernisierung-und-digitalisierung-wohnungsbau-foerdern](http://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/mit-modernisierung-und-digitalisierung-wohnungsbau-foerdern) [letzter Zugriff: 25.04.2022].



# Preistreiber-Profile

—  
Rohstoffe und Wertschöpfungsketten

## JAN CERNICKY

Geboren 1979 in Jülich, promovierter Politikwissenschaftler, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referent Internationaler Handel und Wirtschaft, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Verteuerte Importe über die Lieferketten tragen erheblich zur Inflation bei. Dies ist zwar unstrittig, doch wird oftmals übersehen, dass dieser Entwicklung divergierende Prozesse zugrunde liegen, die politisch nur unterschiedlich adressiert werden können. Die Vorstellung, das Problem durch Produktionsverlagerungen nach Deutschland zu lösen, ist naiv. Eine solche Verlagerung könnte im Gegenteil zu neuen Problemen führen.

Ein Produktionsvorgang, bei dem in mehreren separaten Schritten durch verschiedene Hersteller aus Rohstoffen Fertigprodukte hergestellt werden, wird als Wertschöpfungskette bezeichnet. Denn hier werden die zugelieferten Vorprodukte (zum Beispiel PET-Granulat, Stoffbahnen, Schrauben, Kabel et cetera) in einer Kette industrieller oder

handwerklicher Prozesse zu wertvolleren Gütern verarbeitet. In jedem Schritt findet also Wertschöpfung statt. Dies unterscheidet sich von Rohstoffimporten, die zwar auch in Lieferketten vom Hersteller über Zwischenhändler zum Endkunden gelangen, dabei jedoch über das Umverpacken und gegebenenfalls Konservieren hinaus nicht weiterverarbeitet werden.

Diese Unterscheidung erleichtert die Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation, in der sich zwei Krisen überlagern: Einerseits sind die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nicht ausgestanden. Der wochenlang andauernde Lockdown in Shanghai, dem wichtigsten Wirtschaftsstandort Chinas, unterstreicht das deutlich. Es kommt nach wie vor zu unvorhersehbaren Schließungen von Produktionsstätten. Auch die weltweite Logistik ist weiterhin aus dem Gleichgewicht: Verstärkte Kontrollen und Hygienemaßnahmen, (partielle) Hafenschließungen sowie ein ungleichmäßiges Wiederanlaufen der Weltwirtschaft haben die Handelsströme stark verändert. Der *Kiel Trade Indicator* des Kiel Instituts für Weltwirtschaft, der die Handelsströme (Im- und Exporte) von 75 Ländern und Regionen weltweit sowie des Welthandels insgesamt auf Grundlage der Auswertung von Schiffsbewegungsdaten in Echtzeit analysiert, gab für März 2022 beispielsweise an, dass etwa zwölf Prozent der Fracht, die derzeit weltweit unterwegs ist, feststecken.<sup>1</sup>

Diese erhöhte Unsicherheit wirkt sich vor allem auf die Wertschöpfungsketten aus und zwingt deutsche Unternehmen zu Produktionsstopps, deutlich ausgeweiteter Lagerhaltung und teilweise zur Umstellung von lange etablierten Lieferbeziehungen. Auch die hocheffiziente Just-in-time-Produktion funktioniert vielfach nicht mehr. So erhöhen sich die Preise in vielen Gliedern der Wertschöpfungskette und folglich auch die Preise für die Endprodukte. Darüber hinaus wirken sich der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen und Gegensanktionen in gravierendem Maße auf die Rohstoffpreise aus. Hiervon sind sowohl Agrarrohstoffe wie Weizen, Mais und Pflanzenöle als auch Energierohstoffe wie Rohöl, Erdgas und Steinkohle betroffen. Wie lässt sich auf derlei simultane Krisen reagieren, um die Inflation beherrschbar zu halten?

## REAKTIONEN AUF DIE KRISE

Steigende Rohstoffpreise, besonders von Energie- und mineralischen Rohstoffen, lassen sich kurz- und mittelfristig mit direkten Gegenmaßnahmen kaum absenken. Solange sich die Rohstoffe nicht durch andere Materialien oder Prozesse ersetzen lassen, etwa durch Investitionen in Erneuerbare Energien, ist ihr Import unumgänglich. Es ist zwar möglich, die Bezugsquellen zu verändern, wie es zurzeit für Energielieferungen aus Russland versucht wird. Das sollte auf mittlere Sicht auch die Versorgungssicherheit verbessern; den Preis senkt es jedoch nicht. Der Preis, für den deutsche Abnehmer Öl, Gas

oder Kohle importieren, setzt sich, vereinfacht gesagt, aus dem Weltmarktpreis plus den Transportkosten zusammen. Dabei ist der Transport von Öl und Gas über bestehende Pipelines, die größtenteils aus Russland kommen, die günstigste Lösung für Deutschland.

Allerdings sind Rohstoffimporte ein relativ einfaches Geschäft: Es geht um ein klar definiertes Gut, von dem große Mengen benötigt werden. In vielen Fällen sind die Anbieter staatliche oder halbstaatliche Organisationen. Politische Maßnahmen, etwa zur Erschließung neuer Bezugsquellen oder zur Bündelung der Nachfrage sowie Subventionen zur Preissenkung, können hier relativ effektiv sein.

Wertschöpfungsketten dagegen lassen sich flexibler handhaben als Rohstoffimporte. Bei externen Schocks können sie im Prinzip schnell umorganisiert werden. Viele Firmen tun dies zurzeit. So ergab eine Studie des Ifo-Instituts im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass aktuell etwa die Hälfte der deutschen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihre Beschaffungsstrategie ändern möchte. Die meistgenannten Strategien waren, auf globalem Niveau alternative Lieferanten zu suchen sowie die Lieferketten besser zu managen oder die Lagerhaltung zu verstärken. Eine Verlagerung nach Deutschland plante nur eine kleine Gruppe.<sup>2</sup>

## DIE STANDORTFRAGE

Eine umfassende Verlagerung der Wertschöpfungsketten nach Deutschland ist offenbar keine sinnvolle Lösung, weil sich dadurch in vielen Fällen deutlich größere Ineffizienzen ergeben würden. So kommt es etwa vor, dass sich an einem Ort der Welt spezialisiertes Know-how befindet oder die Produktion so kapitalintensiv ist, dass nur sehr große Standorte ökonomisch Sinn ergeben, wie etwa bei der Chipindustrie. Auch die Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien an einem bestimmten Standort wird etwa für die Batteriezellenproduktion immer wichtiger. Und auch die Frage, ob Arbeitskräfte an einem Ort bestimmte Arbeitsschritte günstiger oder besser durchführen, bedingt die Wahl des Standorts für bestimmte Vorprodukte. Diese Vorteile überkompensieren die Transportkosten der globalen Lieferketten. Denn anders als bei Rohstoffen werden sehr hochwertige und oft kleine Produkte transportiert, sodass die Transportkosten im Verhältnis zum Wert relativ gering sind.

Besonders für Hightech-Produkte entstehen aus der Addition der verschiedenen Standortvorteile lange und komplexe Lieferketten, deren Management einen hohen Grad an spezialisiertem Branchenwissen voraussetzt. Die deutsche Wirtschaft hat durch diese Produktionsweise einen großen Nutzen. In der genannten Studie wurde geschätzt, dass selbst ein moderates *Reshoring*, also die Rückverlagerung von Produktionsstätten aus Schwellenländern, die deutsche Wirtschaftsleistung um etwa zehn Prozent reduzieren würde.<sup>3</sup>

Als Reaktion auf die Inflation darauf hinzuwirken, Lieferketten in der Industrie zu verkürzen und durch politische Anreize möglichst viel Produktion nach Deutschland zu verlagern, ist also keine effektive Lösung. Zum einen entziehen sich die unterschiedlichen Wertschöpfungsketten aufgrund ihrer Diversität und Komplexität einer allgemeinen politischen Steuerung. Zum anderen würden die Vorprodukte, die bisher aus dem Ausland importiert werden, in der Regel teurer, wenn sie in Deutschland produziert würden. Denn die – nach Gewinn strebenden – Unternehmen kaufen die Vorprodukte deshalb im Ausland zu, weil dies effektiver (und nicht allein günstiger) ist.

## WEITER STEIGENDE IMPORTPREISE

Deutsche Firmen importieren für ihre Fertigung Vorprodukte im Wert von etwa zwanzig Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.<sup>4</sup> Das bedeutet, dass den Zulieferungen über die Lieferkette ein fünfmal so hoher Wert von Produktion in Deutschland gegenübersteht. Die Kosten, zu denen diese heimische Produktion stattfindet, werden nicht von Preisänderungen in den Wertschöpfungsketten beeinflusst. Diese Darstellung ist grob vereinfacht und betrifft verschiedene Sektoren unterschiedlich stark. Während bei Dienstleistungen kaum Vorprodukte genutzt werden, liegt deren Anteil in den Sektoren der Metallverarbeitung oder des Fahrzeugbaus dagegen über einem Drittel. Die Preissteigerungen haben in diesem Bereich bei der Beschaffung der Vorprodukte deutliche Effekte. Allerdings merkt das durchschnittliche Konsument nur begrenzt. Denn die in den industriellen Wertschöpfungsketten produzierten Industriegüter sind selten für die finale Konsumtion gedacht, sondern sind im Gegenteil meist selbst wieder spezialisierte Vorprodukte für den weltweiten Markt. Das Problem haben daher eher die Unternehmen, die im globalen Wettbewerb Preissteigerungen nicht leicht weitergeben können.

Im Hinblick auf die Inflation treten andere Faktoren in den Vordergrund – so etwa vor allem die stark steigenden Rohstoffkosten. Denn auch wenn der wertmäßige Anteil an den Importen der Energierohstoffe mit knapp drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt deutlich unter dem Anteil der Vorprodukte in den Wertschöpfungsketten liegt, trifft deren Preissteigerung den Konsumenten gleich zweifach: einmal direkt an Tankstelle und Gaszähler, zum zweiten Mal indirekt über teurere Produkte, für deren Herstellung Energie benötigt wird. Aber auch steigende Boden- und Immobilienpreise treiben die Inflation. Ebenso wird die von der Ampelkoalition beschlossene Anhebung des Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde bis Anfang 2023 (eine Steigerung um zwölf Prozent in zwei Jahren) zwangsläufig die Kosten für Dienstleistungen verteuern.



Wie sich gezeigt hat, setzen sich die Importe über Lieferketten aus zwei unterschiedlichen Prozessen zusammen: den Rohstoffimporten und den Wertschöpfungsketten. Rohstoffimporte wirken direkt auf die Preise und sind wenig komplex. Importe im Rahmen von Wertschöpfungsketten wirken sich nur indirekt auf die Preise aus und sind so komplex, dass ihre Steuerung eine hochgradige Spezialisierung voraussetzt.

Im Bereich der Rohstoffe könnten durch staatliche Programme die Versorgung gesichert und durch Subventionen die Preise stabilisiert werden. Bezüglich der Wertschöpfungsketten ist das nicht sinnvoll. Denn zum einen stammt die Inflation nur sehr begrenzt aus diesem Bereich, zum anderen sollte die Organisation der Wertschöpfungsketten aufgrund ihrer Komplexität den hierauf spezialisierten Unternehmen überlassen werden.

In der aktuellen geopolitischen Situation sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass sich das Ziel der Versorgungssicherheit – zumindest auf kurze bis mittlere Frist – konträr zum Ziel der Inflationsbekämpfung verhält. Das Ziel der Versorgungssicherheit verlangt eine Diversifizierung der Bezugsquellen, wodurch nicht der gesamte Bedarf an einem Produkt beim günstigsten Anbieter eingekauft wird. Und mit Blick auf die Energierohstoffe ist die Versorgungssicherheit sicherlich aktuell das drängendste Problem. Daher werden wir uns auf absehbare Zeit darauf einstellen müssen, dass die Preise für Importe höher sein werden, als wir es in den letzten Jahrzehnten gewöhnt waren.

<sup>1</sup> Vgl. Kiel Trade Indicator, Kiel Institut für Weltwirtschaft, [www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/internationaler-handel/kiel-trade-indicator/](http://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/internationaler-handel/kiel-trade-indicator/) [letzter Zugriff: 04.05.2022].

<sup>2</sup> Vgl. Lisandra Flach et al. (Hrsg.): Internationale Wertschöpfungsketten. Reformbedarf und Möglichkeiten. Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2021, S. 81, [www.ifo.de/DocDL/ifoStudie-2021-KAS-Wertschoepfungsketten.pdf](http://www.ifo.de/DocDL/ifoStudie-2021-KAS-Wertschoepfungsketten.pdf) [letzter Zugriff: 04.05.2022].

<sup>3</sup> Vgl. Lisandra Flach et al., a. a. O., S. 63 ff. Es wird hier ein Zollsatz von 25 Prozent und eine Verdoppelung der nicht tarifären Handelshemmnisse vorausgesetzt; der Import von Waren, die trotz der Zusatzkosten immer noch günstiger sind (etwa, weil sie gar nicht in Deutschland hergestellt werden), bleibt hier also weiterhin möglich.

<sup>4</sup> Vgl. Lisandra Flach et al., a. a. O., S. 20 ff.

# „Perfect Storm“

Die Folgen steigender Preise in Subsahara-Afrika

## GUNTER RIECK MONCAYO

Geboren 1985 in Bremen, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referent Wirtschaft und Handel in Subsahara-Afrika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Im Englischen gibt es eine Bezeichnung für eine maximale Katastrophe: *perfect storm*. Ein solcher scheint sich für viele Menschen in Subsahara-Afrika zusammenzubrauen: zuerst wegbrechende Einkommen während der Corona-Pandemie,

dann im Schlepptau der weltwirtschaftlichen Erholung steigende Preise auf breiter Front, die nun durch die Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine weiter befeuert werden. Als ob das nicht schon genug wäre, zeichnet sich am Horizont bereits die nächste Unwetterfront für die Volkswirtschaften auf unserem Nachbarbarkontinent ab: Die Zinswende, die in den USA bereits eingeleitet wurde und in der Eurozone längst überfällig ist, lenkt Investitionsströme um und macht Subsahara-Afrika weniger attraktiv für Anleger.

Insbesondere die steigenden Preise für Energie und Lebensmittel machen es einer wachsenden Zahl von Menschen schwierig bis unmöglich, ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen. So liegen überall in Afrika die Benzinpreise auf Rekordniveau. Bereits im vergangenen Jahr hatten sie sich beispielsweise in Südafrika um knapp vierzig Prozent erhöht. Nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine stieg der Weltmarktpreis für Rohöl erstmals seit 2014 wieder auf über 100 US-Dollar je Barrel, was die Preisentwicklung weiter hochtrieb. Noch stärkere Preissprünge sind beim Gas zu verzeichnen. Das trifft besonders die vielen Haushalte, die Gas zum Kochen benötigen. In Kenia etwa haben sich die Kosten für die Befüllung eines typischen Sechs-Kilogramm-Gaszylinders innerhalb weniger Monate verdoppelt, was aber auch an Steuererhöhungen liegt, mit denen der Staat seine notorisch klammen Kassen aufbessern wollte.

Die gestiegenen Energiepreise treiben die Kosten für Verbraucher bei Lebensmitteln in die Höhe. Dies trifft auf ein Marktumfeld, das aufgrund der Dürre in Ostafrika, wo die Regensaison bereits im vierten Jahr in Folge praktisch ausfällt, und des kriegsbedingten Wegfalls der Weizenimporte aus Russland und der Ukraine von erheblichen Angebotsrückgängen geprägt ist. Die Angaben über die konkreten Inflationsraten für Nahrungsmittel in Afrika schwanken stark und reichen von einer zwanzigprozentigen Steigerung binnen Jahresfrist in Kenia bis zu einer Verdoppelung der Preise in Togo und in Côte d'Ivoire.

Es ist grundsätzlich festzuhalten, dass fehlende Daten nicht nur die Erfassung der Inflation erschweren, sondern auch

zielgerichtete Lösungen verhindern. Die knappen Ressourcen – seien es staatliche oder von privaten Hilfsorganisationen – müssen jedoch möglichst effizient eingesetzt werden, um die Not lindern zu können. Allzu oft erscheint Afrika allerdings auf den Datenkarten als „grauer Fleck“ – „keine Angaben vorhanden“. Es ist zu befürchten, dass gerade dort, wo Daten fehlen, die Lage noch prekärer ist, als es die kumulierten Zahlen für den gesamten Kontinent erahnen lassen.

Die Preissteigerungen treffen die Menschen in Subsahara-Afrika stärker als anderswo, weil südlich der Sahara der Anteil armer Haushalte besonders hoch ist. Das monatliche Pro-Kopf-Einkommen lag 2020 in den meisten Ländern Subsahara-Afrikas im Durchschnitt bei deutlich unter 200 US-Dollar, so etwa in Nigeria (166 US-Dollar), dem bevölkerungsreichsten Land des Kontinents. Selbst das vergleichsweise stark industrialisierte Südafrika kommt auf lediglich 450 US-Dollar. Dies ist kein Vergleich zu dem Wohlstand in Deutschland, der sich in einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 3.915 US-Dollar pro Kopf niederschlägt. Hinzu kommt, dass arme Haushalte einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen. Während ein durchschnittlicher Haushalt in Deutschland etwa fünfzehn Prozent seines Einkommens für Nahrungsmittel verwendet, sind es unter den ärmsten Haushalten in einkommensschwachen Ländern über sechzig Prozent.

Bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie waren die Kosten für eine gesunde Ernährung in keiner anderen Weltregion so hoch wie in Afrika. Und in keiner anderen Weltregion können sich so viele Menschen diese hohen Kosten nicht leisten.

Nach Angaben der Vereinten Nationen betrifft dies in Afrika knapp achtzig Prozent der Bevölkerung, wohingegen es in Europa und Nordamerika gerade einmal 1,6 Prozent sind.

Mehr als 280 Millionen Menschen leiden auf dem afrikanischen Kontinent Hunger. Unabhängig von der Frage, ob Putin mit seinem Angriffskrieg Hungersnöte ganz bewusst herbeiführt oder einfach „nur“ billigend in Kauf nimmt, ist bereits abzusehen, dass die Zahl der Hungernden in Subsahara-Afrika weiter ansteigen wird. So fehlen dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen bereits jetzt große Mengen an Getreide, die es zuvor aus der Ukraine bezog.

Diese Entwicklung wird weitere Konflikte mit sich bringen und birgt das Potenzial, massive Migrationsströme auszulösen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat daher bereits angekündigt, seine Aktivitäten in zehn afrikanischen Ländern auszuweiten, insbesondere in Somalia, Kenia, Nigeria und Burkina Faso.

Die äußerst prekäre Situation vieler Menschen in Subsahara-Afrika erfordert ein schnelles Eingreifen; auch weil sich die Lage angesichts zunehmender Klimarisiken und steigender Preise für Dünger nicht von selbst bessern wird. Gleichzeitig

sind die Möglichkeiten vieler Staaten auf dem Kontinent äußerst begrenzt. Geringe Staatseinnahmen und ausgeprägte *Governance*-Defizite stehen effektivem Handeln allzu oft im Wege. Die Versuche einiger Länder, die Situation mit verordneten Preisobergrenzen zu entspannen, eignen sich nicht zur Lösung des Problems. Vielmehr überfordern sie den Staat und verschlechtern die Angebotsituation weiter.

Was kann angesichts dieser Situation getan werden? Klar ist, dass es im Sinne einer Soforthilfe in der Verantwortung Deutschlands und anderer westlicher Geber liegen muss, die finanzielle Ausstattung multilateraler Programme wie des Welternährungsprogramms zu verbessern. Daneben gilt es, aufkeimendem Protektionismus wie dem jüngst von Indien verhängten Exportstopp für Weizen entgegenzutreten. Deutschland sollte im Rahmen der G20 an die Plädoyers der Vergangenheit erinnern und eine Verschärfung der Versorgungslage durch Handelsbeschränkungen verhindern. Mittel- und langfristig müssen die Staaten Subsahara-Afrikas ihre landwirtschaftliche Produktivität nachhaltig steigern und die bestehenden *Governance*-Defizite abbauen. Auch dabei kann Deutschland durch gezielte Zusammenarbeit einen positiven Beitrag leisten.



# Von Datteln und Discountern

Wie viel Lebensmittel kosten und was sie wert sind

## DIETRICH HOLLER

Geboren 1966 in Herborn, Agrarwissenschaftler, Journalist, Redaktionsbüro „vox viridis“ („Grüne Stimme“), Berlin.

Der Blick der Deutschen über den Rhein war lange Zeit von Bewunderung und ein wenig Neid geprägt. In Frankreich schätze man Lebensmittel mehr als hierzulande, war immer wieder zu hören – namentlich von berufsständischen Vertretern der deutschen Landwirtschaft. Für das „Gefälle“ musste der Lebensmittelanteil an den durchschnittlichen Konsumausgaben der Haushalte erhalten. In Deutschland waren es je nach Statistik und Jahr bislang weniger als elf Prozent, in Frankreich mehr als dreizehn Prozent. Französische Verbraucher würden nicht nur auf den Preis schauen, sondern auch auf die Qualität

und selbstredend die heimische Herkunft der Produkte achten. Das komme entlang der Wertschöpfungskette für Lebensmittel, einschließlich der Landwirtschaft, allen zugute, so das gängige Fazit des deutsch-französischen Vergleichs der Konsumausgaben.

Ob das Klischee der genießerischen Franzosen und knauserigen Deutschen so stimmt, sei zunächst dahingestellt. Relativ niedrige Lebensmittelausgaben der deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher haben vielfältigere Ursachen als die vermeintliche Mentalität. In hochentwickelten Staaten wie Deutschland und Frankreich sinkt mit dem wachsenden Wohlstand der Lebensmittelanteil an den Haushaltsausgaben. Das zeigt sich sogar innerhalb der Europäischen Union (EU): In Rumänien entfällt mehr als ein Viertel der durchschnittlichen Konsumausgaben der Haushalte auf Lebensmittel; sicher weniger aus Liebe zum guten Essen, sondern eher aufgrund niedriger Einkommen respektive einer geringen Kaufkraft.

Von unbeträchtlichen Ausgaben deutscher Konsumenten für Lebensmittel ist seit einigen Monaten nicht mehr die Rede. An der Kasse im Supermarkt muss für den Einkauf deutlich mehr bezahlt werden. Die Preise für Nahrungsmittel sind innerhalb kürzester Zeit gestiegen und werden weiter anziehen. Manche Produkte, wie Speiseöl, waren zeitweise nur einschränkt verfügbar. Branchenverbände prognostizieren beispielsweise für Milchprodukte 2022 einen weiteren Anstieg von zwanzig Prozent, Backwaren könnten dreißig Prozent teurer werden. Zweifellos sind solche Prognosen nie frei von Partikularinteressen der Absender, doch eines ist unstrittig: Die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe haben seit Februar 2022 zugelegt. So verzeichnete der europäische Terminmarkt im Mai für Weizen mehr als 400 Euro pro Tonne; im Januar 2022 waren es um die 280 Euro, ein Jahr zuvor etwa 220 Euro.

## STILLE GEWINNER IM LEBENSMITTELEINZELHANDEL

Als Hauptursache für den Preisanstieg an den Börsen wird der Krieg in der Ukraine genannt. Es ist unklar, welche Getreidemengen dort in dieser Saison angebaut, geerntet und exportiert werden können. Rund neun Prozent des international gehandelten Weizens kamen bislang aus der Ukraine. Russland ist der weltgrößte Weizenexporteur mit zwanzig Prozent Anteil am globalen Handel und setzt diese Marktmacht geostrategisch ein. In den wenig entwickelten und von Nahrungsmittelimporten abhängigen Weltregionen droht Hunger, in den reichen Staaten wird das tägliche Brot teurer.

Allein mit einem binnen eines Jahres doppelt so hohen Weizenpreis lässt sich der Preisanstieg für das Brötchen um fast ein Drittel im wohlständigen Mitteleuropa jedoch nicht erklären. Bereits drei Jahre vor der gegenwärtigen Hausse an den Märkten berechnete der Deutsche Bauernverband, dass

ausgehend von einem Getreidepreis von 200 Euro pro Tonne selbst ein doppelt so hoher Preis für den Rohstoff die anteiligen Kosten am Brötchen lediglich um einen Cent erhöhen würde. Das entspricht dem Getreidepreis der aktuellen Situation, doch das Brötchen ist weit mehr als einen Cent teurer als zu Jahresbeginn. Energiepreise und Lohnentwicklung tragen wesentlich mehr dazu bei, und wenn alle darüber reden, dass alles teuer wird, legt der Lebensmittel Einzelhandel im Zweifel eine Schippe drauf. Vielen gilt der Lebensmittel Einzelhandel als stiller Gewinner der Krise.

Die Struktur des deutschen Einzelhandels für Lebensmittel ist ohnehin in jeglicher Hinsicht preisbestimmend. Vier große Unternehmen – Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe (unter anderem Lidl und Kaufland) – teilen sich nach Angaben des Bundeskartellamts 85 Prozent des heimischen Marktes. Daran kommt niemand vorbei – weder Konsumenten noch Nahrungsmittelindustrie oder Landwirtschaft. Selbst wenn die Kartellbehörde seit geraumer Zeit das Geschäftsgebaren dieser vier Großen sehr genau beobachtet und Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht restriktiv ahndet, war es wirtschaftspolitisch fragwürdig, diese Konzentration über Jahrzehnte entstehen zu lassen. Zwar haben die Verbraucher daraus teilweise einen Nutzen gezogen. Der Einzelhandel hat sich aber regelmäßig mit Preisen gegenseitig unterboten und so die relativ geringen deutschen Ausgaben für Lebensmittel mit ermöglicht. Eine Rendite war dennoch für den Lebensmitteleinzelhandel kein Problem, da der selbst geschaffene Preisdruck auf die Lebensmittelindustrie weitergegeben wurde, die ihn ihrerseits an landwirtschaftliche und sonstige Lieferanten weitergereicht hat.

Das funktioniert nun nicht mehr so einfach, weil die Rohstoffmärkte eine grundsätzlich andere Richtung vorgeben und nicht mehr nur über den Preis, sondern die Verfügbarkeit verhandelt wird. Und mit welchen Kosten für Energie in Zukunft zu rechnen ist, bleibt offen; sinkende Preise sind hierzulande kaum zu erwarten.

## TECHNOLOGISCHE TRETMÜHLE

Der Nebenaspekt „Rohstoff“ hat sich zu einem zentralen Faktor gewandelt. Dies ist sicherlich eine ganz neue Erfahrung für all jene im Management der Food-Branche, die bislang dachten, dass *Sourcing* („Beschaffung“) jederzeit möglich ist, indem Lieferanten oder komplette Lieferregionen weltweit gegen andere ausgetauscht werden könnten. Infolge der kriegsbedingten Knappheit am Weltmarkt sowie einer bedrohlichen Dürre in Indien hat die Regierung des weltweit zweitgrößten Weizenproduzenten im Mai 2022 einen Ausfuhrstopp für Getreide beschlossen. Das verschärft die Versorgungslage weiter. Märkte für Nahrungsmittel sind seit jeher politisch beeinflusst, weil es um das (Über-)Leben geht. Folglich sind Lebensmittelpreise,

insbesondere bei Grundnahrungsmitteln, nicht frei von politischen Entscheidungen.

Die Vermutung, dass die Landwirtschaft ein Gewinner der Preisrallye an den Rohstoffmärkten sein könne, ist naheliegend, aber trügerisch, denn dieser Wirtschaftszweig ist ebenfalls von steigenden Kosten betroffen, die sich nur bedingt weitergeben lassen. Viele landwirtschaftliche Betriebe befinden sich seit Jahrzehnten in einer technologischen Tretmühle, die der US-amerikanische Ökonom Willard Cochrane (1914–2012) in den 1950er-Jahren erstmals beschrieben hat: Landwirte investieren in immer kürzeren Zeitabständen in Technik, um ihre Produktion effizienter zu gestalten. Infolgedessen produzieren sie mehr, verdienen jedoch weniger, denn die Mehrproduktion senkt die Preise. Daraus ziehen alle anderen in der Wertschöpfungskette einen Vorteil – von der Nahrungsmittelindustrie über den Handel bis zum Verbraucher. Als Antwort auf den Einkommensverlust investieren Landwirte erneut in mehr Effizienz mit der Folge von Mehrproduktion und Einkommensverlust. Ob diese Entwicklung in Zeiten neuer Knappheiten anhält, wird sich zeigen.

## DER KUNDE BESTIMMT DEN PREIS

Als Lieferanten bestimmen die Erzeuger die Preise für ihre Produkte nur bedingt selbst und stellen meist keine Rechnung, sondern erhalten eine „Abrechnung“, nachdem sie ihre Erzeugnisse, beispielsweise an den Agrarhandel oder ein Schlachtunternehmen, verkauft oder vielmehr abgeliefert haben. Der Kunde legt den Preis fest und beurteilt die Qualität. Allerdings können Landwirte in begrenztem Umfang auf den Preis ihrer Waren „spekulieren“, indem sie Teile ihrer Ernte vorab vermarkten oder die Ernte in der Hoffnung auf steigende Preise einlagern. Das Einlagern setzt voraus, dass im Betrieb ausreichend Liquidität vorhanden ist, um Phasen mit weniger Einnahmen zu überbrücken. Die Ernte vorab zu vermarkten, ist mit Wetterrisiken verbunden; diese haben während der vergangenen Jahre bis hin zur Existenzgefährdung von landwirtschaftlichen Unternehmen zugenommen. Das Thema „Erntevoraussschätzung“ ist übrigens nicht neu: Die französische Archäologin Denise Cocquerillat (1918–1999) berichtet von mehr als 2.500 Jahre alten Schriftdokumenten aus neubabylonischer Zeit, in denen es darum geht, in Dattelpflanzungen die Naturalpacht, den Anteil der Ernte, anhand des zu erwartenden Ertrags vorab festzulegen.

Spekulation mit Nahrungsmitteln ist seit Langem üblich, verlangt allerdings finanzielles Potenzial, und das ist heutzutage in vielen deutschen landwirtschaftlichen Betrieben geringer als gedacht – trotz Agrarsubventionen. Die „Direktzahlungen und Zuschüsse“, so die Fachbegriffe für die überwiegend von der Europäischen Union gewährten Fördermittel, tragen erheblich



zum Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe bei. Laut Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sind es über alle Betriebsarten hinweg 46 Prozent (2018). Berater berichten von nicht wenigen landwirtschaftlichen Betrieben, in denen der Unternehmensgewinn geringer ist als die jeweilige Agrarsubvention. Ökonomisch stellt das eine sehr bedenkliche Situation dar, auf die Familienbetriebe oftmals mit Wohlstandsverzicht reagieren.

Unter volkswirtschaftlichen Aspekten sind die Agrarsubventionen der aus öffentlichen Mitteln bezahlte Preis für am freien Markt nicht vollständig entlohnte Leistungen. Es geht um Versorgungssicherheit, hohe Produktionsstandards und Umweltleistungen wie den Erhalt der Kulturlandschaft. Über die Subventionen wird trotz mehrerer Reformen kontrovers diskutiert; insbesondere darüber, wer sie erhält und nach welchen Maßstäben sie verteilt werden. Kritiker führen den hohen Anteil am Haushalt der Europäischen Union an. Dieses Argument zieht aber nicht (mehr). Entfielen in den 1980er-Jahren noch zwei Drittel des EU-Budgets auf Agrarsubventionen, so hat sich der Anteil bis zum Zeitraum 2014 bis 2020 auf rund 38 Prozent verringert. Für die laufende Förderperiode (2021 bis 2027) sind etwa 30 Prozent vorgesehen. Hinzu kommt, dass die Landwirtschaft über die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) wie kein zweiter Politikbereich seit Jahrzehnten umfassend gemeinschaftlich geregelt ist, während in anderen Fällen nationale Vorgaben greifen. Unstrittig ist, dass die Agrarsubventionen preisdämpfend am Lebensmittelmarkt wirken.

## NUTZFLÄCHEN ALS GELDANLAGE

Der Preis für landwirtschaftliche Nutzflächen („Bodenmarkt“) ist in Deutschland in den vergangenen Jahren gestiegen. Allein von 2010 bis 2020 hat sich der durchschnittliche Preis für landwirtschaftliche Grundstücke nach den Daten des Statistischen Bundesamtes von 12.000 Euro auf fast 28.000 Euro pro Hektar mehr als verdoppelt. Der Trend ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Die Landwirte kaufen oder pachten den knappsten Faktor ihrer Produktion zu einem immer höheren Preis, und mit diesem Trend hält der Markt für landwirtschaftliche Produkte, zumindest bisher, nicht mit. Die gesamte Nutzfläche ist in Deutschland nicht mehr zu vergrößern. Im Gegenteil: Nach den jüngsten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes gehen täglich 56 Hektar verloren, unter anderem durch Siedlungen und Straßenbau. Das sind zwar weniger als die 100 Hektar pro Tag zur Jahrtausendwende, aber immer noch zu viel. Für das schrumpfende Angebot interessieren sich mehr als nur die Landwirte: Finanzkräftige nicht-landwirtschaftliche Investoren sichern sich in Nullzinszeiten und schwierigen Aktienmärkten zum Verkauf stehende Flächen, vor

allem in Ostdeutschland, als langfristige Geldanlage. Eine öffentlich viel beachtete Übernahme war der Kauf eines landwirtschaftlichen Großbetriebes mit insgesamt 6.000 Hektar bewirtschafteter Fläche in Thüringen durch eine Stiftung des Discounters Aldi Nord im Jahr 2019.

In den Regalen von Aldi Nord können die Kunden aus 1.700 Produkten (Stand: Mai 2022) wählen. Supermärkte bieten rund 12.000 Artikel einschließlich „Non-Food“ an. Discounter kommen je nach Vertriebsmodell auf insgesamt bis zu 3.500 Artikel. Anteilig dominiert immer das Food-Segment. Die Auswahl reicht von relativ günstigen Eigenmarken des Einzelhandels bis hin zu gehobenen Markenartikeln. Häufiger als gedacht kommt beides aus der gleichen Produktionsstätte der Nahrungsmittelindustrie und unterscheidet sich stärker im Preis als in der Qualität.

Den Wert und Preis solcher Sortimente können Konsumenten im genussorientierten Frankreich demnächst häufiger vergleichen. Wie das *Handelsblatt* berichtet, will Aldi Nord jenseits des Rheins in diesem Jahr mehr als 100 neue Filialen eröffnen und à la longue die Marktführerschaft des dortigen Konkurrenten Lidl überholen. Für französische Verbraucherinnen und Verbraucher ergibt sich eine weitere Gelegenheit in einem inflationären Umfeld, zwischen Wertschätzung für Lebensmittel und Sparsamkeit abzuwägen.

# Greenflation?

Über die Inflationsbekämpfung und ein klimaneutrales Energiesystem

## VERONIKA GRIMM

Geboren 1971 in Rendsburg, Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, seit 2020 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

**Die Inflationsrate ist derzeit so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die größten Verlierer sind die Bürger. Was sollte Ihrer Meinung nach gegen die Inflation unternommen werden?**

**Veronika Grimm:** In dieser Krise sind die Energiepreise zunächst so stark angestiegen, weil die Nachfrage dynamisch zurückgekommen, aber das Angebot nicht

gleichermaßen hinterhergekommen ist. Auch die Engpässe in den Lieferketten lösen sich nicht so schnell auf, was zu Preissteigerungen bei Vorprodukten und Rohstoffen führt. Mittlerweile werden diese Kosten an die Kunden weitergegeben, und dies erhöht auch die Kerninflationsrate und führt zu Preissteigerungen bei Lebensmitteln. Alles wird noch durch den Krieg in der Ukraine verstärkt. Die Inflation ist dadurch bedingt, dass das Angebot mit der dynamischen Nachfrage nicht mithalten kann. Es ist an der Europäischen Zentralbank [EZB], gegenzusteuern, also die Anleihekäufe zurückzufahren und erste Zinsschritte zu gehen, um die Nachfrage zu dämpfen.

Entscheidend ist, dass die Inflationserwartungen stabil beim mittelfristigen



Foto: © Sachverständigenrat

Inflationsziel der Europäischen Zentralbank verankert bleiben. Glauben die Menschen und die Wirtschaftsakteure erst einmal an eine dauerhaft hohe Inflation, dann wird es deutlich schwerer, die Inflation wieder in den Griff zu bekommen. Es sollten deshalb klare Signale gesetzt werden, dass man sich der Inflationsentwicklung konsequent entgegenstellt. Gleichzeitig müssen die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, denn die Realeinkommensverluste sind substanziell. Eine Entlastung wird es in den Lohnverhandlungen geben, aber das nutzt den Konsumentinnen und Konsumenten jetzt erst einmal nichts. Deshalb muss der Staat die unteren und einen Teil der mittleren Einkommen sehr schnell und konsequent entlasten.

**Erwarten Sie von der Europäischen Zentralbank in diesem Jahr noch erste Zinsschritte?**

**Veronika Grimm:** Ja, so wurde es angekündigt. Es ist wichtig, jetzt zu handeln, damit man geldpolitisch eine sogenannte „weiche Landung“ hinbekommt – also keine Rezession auslöst. Die Inflation laufen zu lassen, ist keine Option, das dürfte mittelfristig deutlich negativere Folgen für die Wirtschaftsentwicklung haben, als sich der Inflation jetzt entschlossen entgegenzustellen. Dass es eine Gratwanderung ist, zeigt die aktuelle Lage. Die EZB muss glaubhaft machen, dass sie Spekulationen gegen einzelne hochverschuldete Staaten nicht zulassen wird, aber innerhalb ihres Mandats bleibt, das eine monetäre Staatsfinanzierung ausschließt.

**Es wird von einer „Greenflation“ gesprochen. Dabei geht es um marktbedingte Preissteigerungen, etwa bei Rohstoffen, und politisch gewollte**



### **Preissteigerungen, vor allem durch den CO<sub>2</sub>-Preis. Ist die Energiewende das Hauptproblem der Inflation?**

**Veronika Grimm:** Nein, überhaupt nicht! Ich finde es schwierig, mit solchen Schlagworten zu arbeiten. Dass fossile Energieträger im Übergang teurer werden müssen, war klar. Aber der Krieg in der Ukraine stellt uns vor Herausforderungen. Bei der Energiewende sollte billiges russisches Gas als Übergangstechnologie auf dem Weg zur Klimaneutralität eingesetzt werden. Durch die veränderte geopolitische Situation geht der Plan nicht mehr auf. Wir werden nun Gas aus aller Welt beschaffen müssen, das teurer ist als russisches Gas.

Durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung werden fossile Geschäftsmodelle zusätzlich unattraktiver werden. Das bedeutet, dass es einen höheren Druck gibt, die Energiewende schnell voranzutreiben. Je schneller wir die Erneuerbaren Energien ausbauen, desto schneller werden die Kosten der Energieversorgung auch wieder sinken. Ich halte nichts davon, die Ambitionen bei der Energiewende zu reduzieren, weil wir uns dann der Chance berauben, relativ schnell die aktuellen Herausforderungen zu überwinden. Letztendlich ist der Ausbau der Erneuerbaren perspektivisch aufgrund der extrem gesunkenen Kosten die Lösung und nicht das Problem.

**Sehen Sie eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit? Der Bundesfinanzminister hat kürzlich vor einem zu hohen Tempo bei der Energiewende gewarnt, weil dies die Wirtschaft überfordern könnte und es auch Wettbewerbsverzerrungen gibt.**

**Veronika Grimm:** Ein hohes Tempo geht mit Herausforderungen einher, weil man einerseits den Strukturwandel schneller umsetzen muss. Andererseits kann ein hohes Tempo aber auch Vorteile schaffen, etwa eine günstige Ausgangsposition auf Zukunftsmärkten. Ein sehr hohes Tempo kann etwa dazu führen, dass man bei der Rohstoffverfügbarkeit besser dasteht, weil der Wettbewerb um Rohstoffe noch nicht so stark ausgeprägt ist.

Hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit auf Zukunftsmärkten ist es sogar sehr wichtig, in einigen Bereichen extrem schnell zu sein. Der Anlagenbau und die Fahrzeugindustrie können extrem profitieren, wenn sie eine zentrale Rolle beim Aufbau zukünftiger klimaneutraler Wertschöpfungsketten spielen, etwa im Bereich von Wasserstoff und darauf basierenden klimafreundlichen Energieträgern. In der Vergangenheit hat man sich – etwa bei Batteriefahrzeugen – nicht an die Spitze der Bewegung gesetzt; das rächt sich nun.

Insbesondere energieintensive Branchen stehen aber vor Herausforderungen. Die Transformationsphase, wie sie in der Wirtschaft geplant war auf der Basis von russischem Gas, werden wir insgesamt nicht eins zu eins umsetzen können, weil das Gas deutlich teurer sein wird. Wir müssen uns überlegen, in welchen Bereichen wir aus strategischen Gründen Wirtschaftsstrukturen weiterhin brauchen, die sich eigentlich nicht aus sich selbst heraus in Europa halten können.

**Ein zentrales Steuerungselement der Energiewende ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Warum ist dieses Instrument so wichtig?**

**Veronika Grimm:** Der Preis auf die CO<sub>2</sub>-Emission ergibt sich aus den aktuell

beschlossenen Emissionsreduktionspfaden. Es werden Emissionsberechtigungen im Umfang der zulässigen Emissionen ausgegeben, die dann gehandelt werden können. Der sich ergebende Preis ist wiederum ein Signal an alle Akteure – wenn die Vermeidungskosten von Emissionen günstiger sind als dieser Preis, werde ich die Emissionen vermeiden. Sonst kaufe ich ein Zertifikat und emittiere. Durch dieses Preissignal kann jeder Akteur, vom Unternehmen bis zum einzelnen Haushalt, dezentral entscheiden, ob er in Vermeidung investiert oder ob er zahlt, um die Emissionen weiterhin ausstoßen zu dürfen. Das führt in der Summe dazu, dass diejenigen, die günstigere Vermeidungskosten haben, in Vermeidung investieren, und diejenigen, für die es teuer wäre, lieber den Preis zahlen und emittieren.

Diese vielen Entscheidungen könnte der Staat niemals treffen, weil er nicht über die Vermeidungskosten der einzelnen Akteure in der Wirtschaft und im Privaten verfügt. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist deshalb ein sehr effizientes Instrument, das der Staat auch nicht durch Verbote oder zentrale Planung ersetzen kann.

**Wie hoch sollte der CO<sub>2</sub>-Preis Ihrer Ansicht nach im nächsten Jahr liegen?**

**Veronika Grimm:** Bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung haben wir aktuell noch unterschiedliche Systeme. Im Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) ergibt sich der Preis wie eben beschrieben aus der Mengenbeschränkung. Der Preis für den Europäischen Emissionshandel, dem der Stromsektor und große Teile der Industrie unterliegen, liegt momentan bei ungefähr achtzig Euro. Das System funktioniert und

führt dazu, dass Vermeidungsaktivitäten für CO<sub>2</sub>-Emissionen umgesetzt werden.

In Deutschland wurde im Jahr 2021 ein nationaler Emissionshandel in den Bereichen Wärme und Verkehr etabliert. Dort ist der Preis aktuell bei 35 Euro, erhöht sich bis 2050 auf 55 Euro und wird dann in einen Emissionshandel überführt. Es ist zu erwarten, dass auch der Emissionspreis weiter ansteigt; und das ist genau das Ziel. Man sollte eigentlich die Emissionsreduktionsziele ausschließlich mit einem Emissionshandel umsetzen. Der Mechanismus führt dazu, dass die Akteure mit den niedrigsten Vermeidungskosten ihre Emissionen einstellen; das ist insgesamt der günstigste Weg, das jeweilige Reduktionsziel zu erreichen.

**Die Bundesregierung hat ein Entlastungspaket beschlossen, um die sozialen Ungleichheiten abzumildern, unter anderem eine Steuersenkung auf Kraftstoffe und eine Einmalzahlung von 300 Euro für einkommensteuerpflichtige Erwerbstätige. Ist das der richtige Weg?**

**Veronika Grimm:** Zum Teil sind die Maßnahmen zu begrüßen, zum Teil sind sie kontraproduktiv. Eine Steuersenkung auf Kraftstoffe ist in der aktuellen Situation alles andere als zielführend, da sie die Nachfrage anreizt, und das in einer Situation, in der die Möglichkeit besteht, dass es zu einem Lieferstopp für russische Energieträger kommt. Im Gegenteil, man sollte die hohen Preise aktuell wirken lassen, um so weit wie möglich eine Verbrauchsenkung bei den fossilen Energieträgern über den Preismechanismus zu erreichen. Das ist schmerzhaft, aber es ist ein Instrument, mit dem identifiziert werden kann,

wo eine Einsparung fossiler Energieträger möglich ist.

Gerade wenn man den Preismechanismus bei fossilen Energieträgern wirken lassen würde, müsste man die Menschen im Gegenzug über andere Kanäle entlasten. Die Einmalzahlung ist in dieser Hinsicht eine gute Lösung, auch mit Blick darauf, dass man niedrige und mittlere Einkommen prioritär entlasten möchte und die 300-Euro-Zahlung einkommensteuerpflichtig ist. Bürger, die ein höheres Einkommen haben, zahlen von diesen 300 Euro wieder mehr über die Einkommensteuer zurück. Das ist so gewollt und eine clevere Umsetzung.

**Die Bundesregierung plant, die Schuldenbremse 2023 wieder einzuhalten. Eine Netto-Neuverschuldung von 5,4 Milliarden Euro, halten Sie das für realistisch?**

**Veronika Grimm:** Wenn wir jetzt einem Lieferstopp für russische Energieträger ausgesetzt wären, dann wäre das nicht realistisch. In diesem Fall wäre es sicherlich notwendig, die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern und dafür auch die Ausnahmeregel der Schuldenbremse nochmals zu nutzen. Das kann und sollte man allerdings erst entscheiden, wenn der Fall eintritt. Falls es zu all dem kommt, hätten wir ausreichend fiskalische Spielräume, um diese Situation zu meistern. Wir sind mit einer Schuldenquote von sechzig Prozent in die Coronakrise gegangen und sind jetzt bei knapp siebenzig Prozent. Herausfordernd wird eher die langfristige Situation: Die Energiepreise werden hoch bleiben, wenn wir uns von Russland unabhängig machen wollen.

**... denn irgendwann muss man wieder auf den Pfad der Konsolidierung zurückkehren ...**

**Veronika Grimm:** Ja, es gibt zwar aktuell überhaupt keinen Zweifel an der Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen. Die langfristigen Herausforderungen werden wir aber nicht durch staatliche Zuschüsse meistern können. Es geht um die Frage, wie sich die westlichen Demokratien in einer stärker machtorientierten globalen Weltordnung aufstellen. Das wird mit Kosten einhergehen, für die Privatwirtschaft und für den Staat: höhere Energiekosten, Neuordnung unserer Handelsbeziehungen, Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit.

**Bei der Energiewende spielt auch das Thema Energieeffizienz eine Rolle. Sie haben hierzu einen Aktionsplan gefordert. Wie könnte ein solcher Aktionsplan aussehen?**

**Veronika Grimm:** Wir müssen alle Effizienzpotenziale heben. Dabei spielt uns in die Hände, dass die Preise fossiler Energieträger zurzeit hoch sind. Das sollte genutzt werden, um zu versuchen, in verschiedenen Handlungsfeldern die Energieeinsparpotenziale zu heben. Energieeffizienz war immer ein Thema, das etwas vernachlässigt wurde. Die vergangenen Bundesregierungen haben nie ihre Energieeffizienzziele erreicht, sie sind immer hinter ihnen zurückgeblieben.

Energieeffizienz ist ein kleinteiliges Themenfeld, und man braucht sehr viele Akteure: die Haushalte, die Kommunen, die Industrie, Klein- und Mittelständische Unternehmen. Und oftmals erhalten die Akteure, auf die es ankommt, keine

Preissignale. Beim Haushaltskunden könnte man etwa Prämien ausschreiben für diejenigen, die ihren Gasverbrauch relativ zum Vorjahr signifikant reduzieren. Wenn jetzt jemand seinen Gasverbrauch zum Beispiel zehn Prozent unter den Vorjahresverbrauch drückt, bekommt er eine Prämie. Wenn man das gut ausgestaltet, dann könnte man die Menschen dazu bewegen, deutlich einzusparen, zu reinvestieren und Anlagen auch kurzfristig auszutauschen. Nur durch Appelle wird man dieses riesige Potenzial nicht heben können.

**Welche Rolle spielt bei der Energiewende das Thema Wasserstoff?**

**Veronika Grimm:** Eine große. Wir wollen im Wesentlichen über die Nutzung von erneuerbarem Strom alle Bereiche der Wirtschaft dekarbonisieren oder defossilisieren. Das geht entweder direkt elektrisch, allerdings nicht in allen Bereichen. Dann kommt die indirekte Nutzung von erneuerbarem Strom ins Spiel: Mittels Elektrolyse stelle ich unter Einsatz von Strom aus Wasser Wasserstoff her, den ich dann in der Industrie, für Teile der Mobilität, teilweise auch im Wärmebereich als Energieträger oder auch als Grundstoff einsetzen kann.

Ein zu hundert Prozent klimaneutrales Energiesystem muss auf der direkten Elektrifizierung und zum großen Teil aber auch auf der Nutzung von Wasserstoff und erneuerbaren Energieträgern basieren. Als man noch zu neunzig Prozent klimaneutral werden wollte, war die Idee, sich die Defossilisierung einiger Bereiche einfach zu sparen – und viele wollten zu diesen zehn Prozent gehören. Das geht nun nicht mehr; daher brauchen wir die direkte und die indirekte Elektrifizierung.

**Wesentliche energiepolitische Weichenstellungen wie der Atomausstieg, der Kohleausstieg und das Klimaschutzgesetz waren politische Ad-hoc-Entscheidungen. Man hat das Gefühl, dass es für die Energiewende kein einheitliches strategisches Konzept gibt. Täuscht dieser Eindruck?**

**Veronika Grimm:** Richtig. Es braucht ein schlüssiges Konzept. Nur wenn die regulatorische Unsicherheit reduziert wird, können die immensen privaten Investitionen mobilisiert werden, die für die Transformation nötig sind. Leitinstrument der Klimapolitik muss der CO<sub>2</sub>-Handel sein, der die Emissionsreduktionsziele durchsetzt. Ganz wichtig ist auch der Ausbau von Infrastruktur für den Energietransport – Strom, Gas und Wasserstoff – und die klimaneutrale Mobilität. Ohne Verfügbarkeit von Energieträgern am Einsatzort investiert niemand. Außerdem müssen Zertifizierungssysteme geschaffen werden, damit der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Energieträgern und Produkten auch zweifelsfrei festgestellt werden kann. Es muss ein Umfeld geschaffen werden, in dem privaten Investoren klar ist, dass klimaneutrale Geschäftsmodelle die attraktivste Option sind.

Idealerweise sollten die Rahmenbedingungen technologieoffen sein und auf europäischer Ebene verankert werden. Schon dadurch entsteht eine Berechenbarkeit für alle Akteure, die Investitionen auslöst: Man weiß dann, dass kein Mitgliedsstaat eigenmächtig die Regeln wieder umwerfen kann.

*Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 3. Mai 2022.*



# (K)ein Problem?

—  
Ökonomik der Inflation im Euroraum

## THOMAS STRAUBHAAR

Geboren 1957 in Unterseen (Schweiz), Ökonom und Migrationsforscher, Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Hamburg.

Keine Frage: Eine Inflationswelle überrollt Europa. Im Mai 2022 lagen die Harmonisierten Verbraucherpreise im Euroraum im Vergleich zu Mai 2021 um acht Prozent höher.<sup>1</sup> Niemals zuvor in der mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert alten Geschichte einer gemeinsamen europäischen Währungspolitik erreichte

die Inflationsrate auch nur annähernd diese Höhe – der Rekordwert lag bisher bei 4,1 Prozent im Juli 2008. Besonders bedrohlich wirkt die enorme Beschleunigung der Preiserhöhungen während der letzten Monate. 2020 dominierten noch Deflationssorgen die Geldpolitik, und die Jahreststeuerung betrug lediglich 0,3 Prozent.<sup>2</sup> Ab Jahresmitte 2021 kannte die Preisentwicklung jedoch nur eine Richtung: steil nach oben.

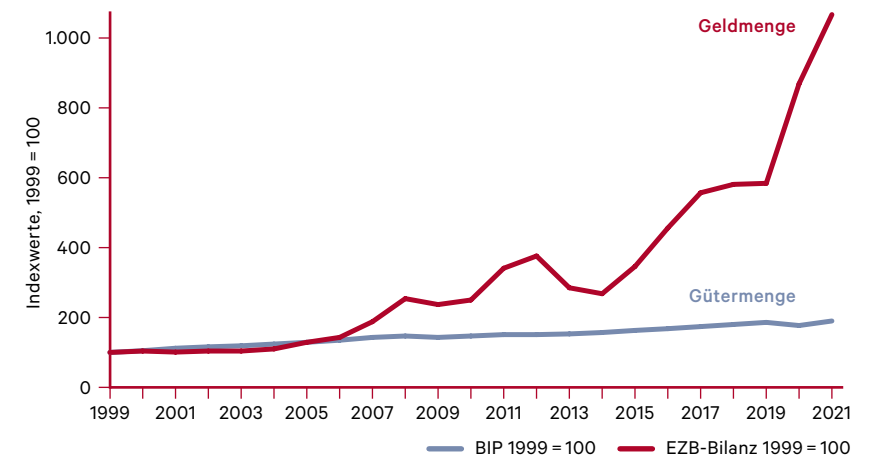
Jedes gute Lehrbuch der Makroökonomik zeigt auf, dass Preissteigerungen hauptsächlich durch zwei unterschiedliche Ursachen erzeugt werden. Einerseits kann ein Nachfrageschub dafür verantwortlich sein, der durch monetäre, geld- und/oder fiskalpolitische Maßnahmen ausgelöst wird. Andererseits können Preise als Folge einer Knappheit steigen, die von der Angebotsseite verursacht wird. Die „3 K“, also „Krieg“, „Krisen“ und „Katastrophen“,

spielen oft eine zentrale Rolle. Genauso wichtig ist das vierte K – die Kosten der Produktion. Ein Kostendruck führt zu Preisdruck – vor allem dann, wenn „zu teure“ Firmen nicht durch einen Preiswettbewerb aus dem Markt gedrängt werden. Das ist ganz besonders der Fall, wenn der Staat mit öffentlichen Mitteln private Unternehmen vor dem betriebswirtschaftlichen Untergang bewahrt. Seit der Finanzmarktkrise wurde und gehört die staatliche Rettung privater Firmen zum ökonomischen Alltag – beispielsweise, um die Folgen der Pandemie(bekämpfung) oder des Wirtschaftskrieges gegen Russland zu mindern.

## MONETÄRE INFLATIONSURSACHEN

Gemäß der „Quantitätstheorie“ besteht zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau ein kausaler Zusammenhang. Wächst die umgesetzte Geldmenge in einem bestimmten Zeitraum stärker als die mit Preisen bewertete Wertschöpfung (als Folge der Produktion von Gütern und Dienstleistungen), werden Inflationskräfte entfesselt. Wie stark genau dieser Sachverhalt in jüngerer Vergangenheit den Euroraum geprägt hat, lässt sich an einer simplen Gegenüberstellung dokumentieren (siehe Abbildung).

Entwicklung von Geldmenge und Gütermenge im Euroraum zwischen 1999 und 2021



Die Geldmenge wird durch die Aktivseite einer konsolidierten Bilanz des Eurosystems jeweils zum Jahresende, die Gütermenge durch das aggregierte Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Euro-Mitgliedsländer dargestellt. Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage des Data Browsers von Eurostat, [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/NAMA\\_10\\_GDP/default/table?lang=de&category=na10.nama10.nama\\_10\\_ma](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/NAMA_10_GDP/default/table?lang=de&category=na10.nama10.nama_10_ma), sowie von Angaben der Europäischen Zentralbank, [www.ecb.europa.eu/pub/annual/annual-accounts/html/ecb.annualaccounts2021-5130ce3be2.de.html](http://www.ecb.europa.eu/pub/annual/annual-accounts/html/ecb.annualaccounts2021-5130ce3be2.de.html) [letzter Zugriff: 06.06.2022].

In den ersten Jahren der Euro-Geschichte hielt sich die Europäische Zentralbank strikt an die Bedingungen der Quantitätstheorie. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems folgte der wirtschaftlichen Entwicklung. Geldmenge und Gütermenge bewegten sich Hand in Hand. Entsprechend gering blieben Teuerungsimpulse der monetären Seite. Das änderte sich im Vorfeld der Finanzmarktkrise und dramatischer in der Folgezeit. Bis Anfang der 2010er-Jahre war die Geldmenge bereits doppelt so stark angeschwollen wie die Gütermenge. Das war allerdings nur ein Vorspiel dessen, was in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre und während der Corona-Pandemie folgte. Mittlerweile hat sich die Geldmenge seit dem Start des Euro mehr als verzehnfacht, die Gütermenge dagegen lediglich rund verdoppelt. Selbst wenn vieles, was die monetäre Theorie erwarten ließ, empirisch falsifiziert wurde, dürfte unstrittig bleiben, dass eine derart expansive Geldpolitik das Potenzial einer Inflationswelle aufbaut.

Dass der Inflationsdruck in der Realität nicht zu starker Teuerung führte, war einerseits einer Vollbremsung bei der Umlaufgeschwindigkeit geschuldet.<sup>3</sup> Weil es um die „umgesetzte“ Geldmenge geht (also die Häufigkeit, mit der die verfügbare Geldmenge im Jahresablauf die Hände oder Konten wechselt), kann eine steigende Geldmenge also durch eine sinkende Anzahl ihrer „Umwälzung“ neutralisiert werden. Andererseits dürfte eine Rolle gespielt haben, dass sich der Inflationsdruck nicht auf Güter-, sondern auf Vermögensmärkten Luft verschaffte. Es kam zu einer „Asset-Price-Inflation“, also zu starken Preissteigerungen für Vermögenswerte wie Aktien, Immobilien und Edelmetalle.

Zweifellos trägt somit die expansive Geldpolitik (charakterisiert und dokumentiert durch mehr als eine Verdoppelung der Geldmenge) der Europäischen Zentralbank während der 2010er-Jahre eine wesentliche Verantwortung für die stark steigenden Inflationsraten von heute.

## REALWIRTSCHAFTLICHE INFLATIONSURSACHEN

Nicht jede Preiserhöhung bedeutet „Inflation“. Preise können und sollen sich verändern – und auch steigen, um realwirtschaftliche Entwicklungen abzubilden. Wenn sich gewisse Güter als Folge von Globalisierung oder Digitalisierung mit weniger Kosten herstellen lassen, müssten sie billiger werden. Wenn durch Krisen, Katastrophen oder Kriege Versorgungsengpässe entstehen, wird vieles teurer – völlig losgelöst von geldpolitischen Maßnahmen. Strukturelle, ökologische und demografische Trends können erst zu Kosten- und danach zu Preistreibern werden, die mit Notenbanken wenig bis nichts zu tun haben. Deshalb dürfte die Teuerung ein treuer Begleiter des absehbaren ökologischen, demografischen und strukturellen Wandels der kommenden Jahre bleiben.

Ein beträchtlicher Teil der momentanen Teuerung spiegelt direkte und indirekte Folgen der Pandemie(bekämpfung) wider. Dazu gehören Lieferprobleme, Störungen globaler Wertschöpfungsketten, Versorgungsengpässe wegen fehlenden Personals und Nachholbedarf, der die Nachfrage schneller nach oben schnellen lässt, als das Angebot die Produktion hochfahren kann. Ebenso spielt der Krieg in der Ukraine eine Rolle. Er treibt Energiekosten und im Gefolge auf breiter Front die Preise für Konsumgüter nach oben. Vielfach sind somit Preissteigerungen Maßstab und Folge von Knappheit. Sie sind unverzichtbare Signale für eine Marktwirtschaft – und liefern weder den Notenbanken Grund zum Handeln noch deren Kritikern Argumente für Polemik.

Ein wesentlicher Anteil der Inflationsentwicklungen der letzten Monate ist durch politische Umstände jenseits der Geldpolitik verursacht. So ist es eine politisch breit unterstützte Absicht, so rasch und so nachhaltig wie möglich für eine ökologische Kostenwahrheit zu sorgen, um die Welt vor einem Klimakollaps zu bewahren. Wer die Umwelt nutzt oder gar verschmutzt oder wer durch Produktion oder Konsum zur Erderwärmung beiträgt, muss dafür so viel bezahlen, wie ökologischer Schaden verursacht wird. Gleiches wird bei Arbeitsbedingungen in Billiglohnstandorten eingefordert. Auch da sollen alle Kosten gedeckt werden, die mit menschenwürdiger, anständiger und fairer Behandlung und Bezahlung von Beschäftigten anfallen. Salopp ausgedrückt, spiegeln demgemäß steigende Preise schlicht wider, dass das Leben künftig teurer wird, weil eben alle ökologischen und sozialen Folgekosten des heutigen Wohlstands zu bezahlen sein werden – also auch jene, die bis heute andere tragen mussten.

## LANGFRISTIGE INFLATIONSPOLITIK: MEHR WACHSTUM – WENIGER INFLATION!

Wenn es zutrifft, dass in einer Marktwirtschaft Preise steigen, wenn mehr nachgefragt als angeboten wird, liegt auf der Hand, was im Kampf gegen die Teuerung am stärksten und nachhaltigsten hilft: mehr Wachstum. Mehr Wachstum bedeutet, dass das Angebot ausgeweitet wird. So lässt sich die Lücke zwischen zu starker Nachfrage und zu geringem Angebot verringern. Anstatt leere Regale, Hamsterkäufe, Warteschlangen, Mangel und lange Lieferzeiten zu beklagen oder knapp gewordene Güter an die Meistbietenden zu verhökern, sollte die Produktion hochgefahren werden. Knappheit wird dann nicht durch steigende Preise, sondern durch steigendes Angebot überwunden.

Alles, was das Angebot entfesselt, was die Produktion erleichtert, was ermöglicht, Kapazitäten rund um die Uhr auszulasten, sorgt für mehr Wachstum und hilft damit im Kampf gegen die Teuerung. Dass kurzfristig vieles nicht machbar sei, darf nicht als Ausrede dienen, wenigstens damit anzufangen. Die COVID-19-Notstandsgesetze demonstrierten, was an Bürokratieabbau,



Ausnahmeregeln, Zugangserleichterungen und „New Work“ geht, wenn man es denn will. Sie müssen zum Maßstab dessen werden, was an außergewöhnlichen Maßnahmen auch für ein wachsendes Angebot und gegen steigende Preise möglich sein muss.

Mehr Wachstum ist die unverzichtbare Voraussetzung, um die ökonomischen Mittel zu erwirtschaften, mit deren Hilfe der Klimawandel – soweit menschenmöglich – gestoppt, die Umweltzerstörung verhindert, die Wahrscheinlichkeit eines Auftretens der „3 K“ gemindert und die Verteilungseffekte systemischer Risiken – wie der Inflation – kompensiert werden können.

An alle Wachstumskritiker zur Erinnerung: Wachstum der Wirtschaft hat nichts mit dem Wachstum in der Natur zu tun. Mehr Wachstum heißt eben *nicht*, mehr Umweltzerstörung oder mehr Ressourcenverschwendung zu verursachen. Ökonomisches Wachstum bedeutet, Verschwendung zu verringern, Kosten und damit Preise zu senken, Effizienz zu steigern und mit weniger Aufwand mehr Werte zu schaffen. Damit weiten sich Spielräume für ehrgeizige ökologische Anforderungen und gesellschaftliche Verteilungsnotwendigkeiten.

Wem es tatsächlich um Ökologie und nicht bloß um grüne Ideologie geht, muss mehr Wachstum fordern. Es sind mehr Ideen, Kreativität und Wissen, raschere und effektivere Innovationen, neue Technologien, wirkungsvollere Technik notwendig, um mit weniger ökologischen Kosten mehr ökonomisches Wachstum zu produzieren. Nur so wird das Angebot groß genug werden, sein und bleiben, um eine ständig größer werdende Nachfrage einer noch über einen langen Zeitraum weiter stark zunehmenden Weltbevölkerung mit bezahlbaren Alltagsgütern zu versorgen. Nur so wird der ökologische, demografische, soziale und strukturelle Wandel die Stabilität der Preise (und damit des hiesigen Wohlstands) nicht dauerhaft bedrohen. Mehr Wachstum sorgt für weniger Inflation.

## KURZFRISTIGE INFLATIONSPOLITIK: KOPFPAUSCHALEN

Weil Inflation wie eine Steuer wirkt, die alle trifft, sich jedoch nicht auf alle gleichermaßen belastend auswirkt, bedarf es einer entsprechenden sozialen Korrektur. Dabei genügt es nicht, bei den direkten Steuern alle im Umfang der Inflationssteuer zu entlasten – beispielsweise durch erhöhte Steuerfreibeträge. Denn nicht alle zahlen Steuern, und gerade die Ärmsten sind davon sowieso befreit.

Direkte staatliche Geldtransfers an alle und in gleicher Höhe für alle sind das mächtigste Gegenmittel, um die soziale Unwucht einer Armensteuer zu neutralisieren. Pro Kopf ausbezahltes „Klima-“ oder „Energiegeld“ hat den entscheidenden Vorteil, dass direkte Transfers sich besonders positiv für die Ärmsten auswirken, die von einer Verteuerung des Lebens am stärksten

negativ betroffen sind. Wenn etwas für Ärmere (zu) teuer wird, können sie wenigstens etwas ausweichen und sich damit zumindest geringfügig durch Verhaltensänderungen gegen steigende Preise wehren.

Direkte Zahlungen in Form von Kopfpauschalen helfen ärmeren Menschen zielgenauer und problembewusster als indirekte Maßnahmen, von denen sie oft gerade deshalb gar nicht so richtig profitieren können, weil ergänzende Eigenmittel oder Voraussetzungen fehlen. Kopfpauschalen ermächtigen die Bevölkerung, eigenständig zu entscheiden, wie sie auf Inflationsfolgen reagieren will. Alle erhalten das Gleiche, und niemand muss dafür etwas Besonderes tun. Und keine falschen Gerechtigkeitsorgen: Bei einem progressiven Steuersystem mit hohen Freibeträgen – wie es in Deutschland der Fall ist – wird auch dafür gesorgt, dass die ärmeren Menschen von einer Kopfpauschale stärker profitieren als die Besserverdienenden. Selbst wenn die Kopfpauschale noch etwas großzügiger wäre und mit weniger Bürokratie und Kontrollaufwand sogar an alle ausbezahlt wird, wären die Besserverdienenden schlechter dran: Sie würden nämlich ihre eigene Kopfpauschale durch ihre höheren Steuerbelastungen eigenfinanzieren.

Bleibt nur noch, für die Kompensationszahlung für alle einen attraktiveren Begriff zu finden als die zu technokratische Kopfpauschale. Das jedoch müsste eigentlich von vielen schwierigen Herausforderungen die einfachste sein.

<sup>1</sup> Deutsche Bundesbank: Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) – Monatliche Daten (jährliche Veränderungsrate), [www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/745538/745538?tsId=ICP.M.U2.N.000000.4.ANR&tsTab=0&listId=hicp\\_coicop\\_anr\\_1&id=0&dateSelect=2022](http://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/745538/745538?tsId=ICP.M.U2.N.000000.4.ANR&tsTab=0&listId=hicp_coicop_anr_1&id=0&dateSelect=2022) [letzter Zugriff: 06.06.2022].

<sup>2</sup> Eurostat: Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) – Jährliche Daten (Durchschnittsindex und Veränderungsrate), [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC\\_HICP\\_AIND\\_\\_custom\\_2693498/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/PRC_HICP_AIND__custom_2693498/default/table?lang=de) [letzter Zugriff: 06.06.2022].

<sup>3</sup> Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gibt an, wie oft eine Geldeinheit pro Periode durchschnittlich zur Bezahlung von Gütern eingesetzt wird. Sie wird in der Quantitätstheorie als kurzfristig konstant angenommen.

# Geldpolitik und Inflation

—  
Handlungsspielräume der Europäischen Zentralbank

## **TIMO WOLLMERSHÄUSER**

Geboren 1972 in Rothenburg ob der Tauber, Diplom-Volkswirt, Promotion und Habilitation an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Leiter der Konjunkturforschung und -prognosen, ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Seit der Weltfinanz- und Eurokrise war das Handeln der Europäischen Zentralbank (EZB) durch die Sorge bestimmt, dass sie ihr Zwei-Prozent-Inflationsziel dauerhaft verfehlen und damit ihre Glaubwürdigkeit verlieren könnte. Mit einer Reihe unkonventioneller Maßnahmen stemmte sie sich gegen notorisch niedrige Inflationsraten und sinkende Inflationserwartungen. Im vergangenen Jahr endete diese Phase schlagartig, und die Inflationsraten sprangen von knapp unter null Prozent im Dezember 2020 auf fast fünf Prozent ein Jahr später.

Die Hauptverantwortlichen für diesen kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise waren schnell ausgemacht. Vor allem die außergewöhnlich niedrigen Preise im Vorjahr – als Folge der Absenkung der Mehrwertsteuer in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2020 und des Einbruchs der Energiepreise während der Coronakrise – trieben die Vorjahresveränderungsraten nach oben. Nach der Normalisierung der Energiepreise und der Mehrwertsteuer sollten diese sogenannten Basiseffekte allerdings schnell auslaufen und die Post-Corona-Inflationsepisode nur ein temporäres Phänomen sein. Vor allem deshalb sah die Europäische Zentralbank keinen Handlungsbedarf.

Diese Einschätzung erwies sich als falsch. Vielmehr beschleunigte sich der Preisanstieg bis zum Frühjahr 2022 weiter, und mit knapp acht Prozent wurden Rekordraten erreicht. Zudem waren vom Preisanstieg mittlerweile nahezu alle Waren und Dienstleistungen des Warenkorb, der der Messung der Inflationsrate zugrunde liegt, betroffen. Die Gründe für diese Fehleinschätzung waren vor allem die zu optimistischen Annahmen, die von den Prognostikern im Hinblick auf den weiteren Verlauf der Energiepreise und der Lieferengpässe von wichtigen Rohstoffen und Vorprodukten getroffen wurden.

Zum einen setzten die Energiepreise nach ihrer Normalisierung vom Corona-Einbruch den Aufwärtstrend fort und erreichten mit Beginn des Krieges gegen die Ukraine den höchsten Stand seit Jahrzehnten. Dies schlug sich unmittelbar in der Inflationsrate nieder, weil sich die Preise für Kraftstoffe, Heizöl, Erdgas und Strom, die mit etwa zehn Prozent der monatlichen Ausgaben eines Haushalts ein sehr hohes Gewicht im Verbraucherpreisindex haben, sehr eng an den Weltmarktpreisen der Energierohstoffe orientieren. Zum anderen überwälzten auch die Unternehmen die gestiegenen Energiekosten auf die Preise ihrer Endprodukte. Zusätzlich wurde die Produktion in vielen Wirtschaftsbereichen durch Lieferengpässe bei Agrar-, Industrie- und Baurohstoffen sowie bei Vorprodukten erheblich verteuert.

## **HOMÖOPATHISCHE ZINSSCHRITTE**

Anders als zunächst angenommen verschärfen sich die Lieferengpässe im weiteren Verlauf des vergangenen Jahres und erreichten im Frühjahr 2022 mit dem Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie den Lockdowns in China neue Höchststände. Allerdings führten die Lieferengpässe nicht nur zu einem spürbaren Anstieg der Produktionskosten, sondern schränkten gleichzeitig die Produktion und damit das Angebot an Waren und Dienstleistungen ein.

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden inflationären Lage kündigte die EZB zu Jahresbeginn an, ihre geldpolitischen Zügel allmählich anzuziehen. Sie reduzierte die monatlichen Wertpapierankäufe und bereitete die Märkte auf ein baldiges Ende der Politik der quantitativen Lockerung



sowie auf erste Leitzinsanhebungen vor. Die Kapitalmärkte setzten diese Zinswende sofort um, und zehnjährige deutsche Staatsanleihen rentierten im Februar erstmals seit Mitte 2019 wieder positiv. In Anbetracht der außergewöhnlich hohen Inflationsraten erschienen diese Schritte aber eher homöopathisch. So sanken die realen Kreditkosten, die sich nach Abzug der über die Laufzeit des Kredites erwarteten Inflationsraten vom Nominalzins ergaben, zum Teil deutlich. Nach gängiger Interpretation wurde die Geldpolitik der EZB dadurch spürbar expansiver und beschleunigte den Preisauftrieb und die Konjunktur, anstatt sie zu bremsen.

## ANGEBOTSGETRIEBENE INFLATIONSEPISE

Ob und in welchem Ausmaß eine Notenbank auf einen Anstieg der Inflationsrate reagieren sollte, hängt vor allem von dessen Ursachen ab. Es ist weitgehend unumstritten, dass eine Notenbank auf einen nachfrageseitig bedingten Preisanstieg während eines konjunkturellen Booms mit einem restriktiveren Kurs reagieren sollte. Solche Situationen werden typischerweise von einer kräftigen Ausweitung der Produktion und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet. Steigende Löhne erhöhen die Kaufkraft der Konsumenten und treiben die Nachfrage nach allen Waren und Dienstleistungen, die sich im Warenkorb der Konsumenten befinden, an. In der Folge steigen die Verbraucherpreise. Durch die restriktivere Geldpolitik erhöhen sich die Kreditkosten und die Anlagezinsen, die Attraktivität der Verschuldung nimmt ab und die des Sparens zu, und am Ende werden sowohl der Nachfrage- als auch der Preisanstieg gedämpft. Allerdings war die Post-Corona-Inflationsepisode in Deutschland und im Euroraum zunächst nicht nachfrageseitig getrieben. Im Gegenteil: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage war infolge der Coronawellen bis Jahresbeginn 2022 noch spürbar niedriger als vor Ausbruch der Coronakrise im Jahr 2019.

Vielmehr ist diese Inflationsepisode vor allem angebots- beziehungsweise kostenseitig getrieben. Die geldpolitische Empfehlung fällt dabei schwerer, da die steigende Inflation mit sinkenden Produktionszuwächsen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit beziehungsweise Kurzarbeit einhergeht. Grundsätzlich sind Notenbanken in solchen Situationen einem Zielkonflikt ausgesetzt. Wollen sie primär den Inflationsanstieg bekämpfen, müsste die Geldpolitik restriktiver werden. Durch die steigenden Kreditkosten und höhere Anlagezinsen würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gebremst werden. Damit würde die Notenbank eine weitere Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in Kauf nehmen. Je mehr eine Notenbank allerdings auch die gesamtwirtschaftliche Produktion und die Situation am Arbeitsmarkt in den Blick nimmt, desto weniger würde sie ihre Politik straffen und desto mehr

würde sie die gestiegene Inflation tolerieren. Bei einer sehr geringen Präferenz für Preisstabilität könnte die Notenbank ihre Politik sogar lockern.

Hinter solchen Angebotschocks stehen meist Änderungen des Preises einzelner Konsumgüter im Verhältnis zu den Preisen der übrigen Güter des Warenkorb. Diese Relativpreise steigen beispielsweise, weil das Angebot des betroffenen Gutes knapper geworden ist. So wurde mit dem Krieg gegen die Ukraine deutlich, dass Russland künftig als Lieferant für Energie auf den Weltmärkten nicht mehr im gewohnten Umfang in Betracht kommt. Der Anstieg der Energiepreise ist daher als Signal dieser Knappheit zu interpretieren. Mit den weltweiten Lieferengpässen oder den Weltmarktpreisen für Getreide verhält es sich ähnlich. Es liegt auf der Hand, dass eine Notenbank mit ihren Instrumenten nichts gegen die Knappheit an sich tun kann. Vielmehr würde eine restriktivere Geldpolitik dazu beitragen, dass die Preise der übrigen (nicht knapper gewordenen) Güter sinken, um somit den vom Relativpreisanstieg ausgehenden Kaufkraftverlust auszugleichen. Der Preis dieser Politik wäre ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und eine Verringerung der Einkommen der Haushalte. Das knappe Gut bliebe im Vergleich zu den anderen Gütern teuer, nur könnte aufgrund des Einkommensrückgangs weniger davon (und von den anderen Gütern) gekauft werden.

## ENTWICKLUNG DER INFLATIONSERWARTUNGEN

Notenbanker argumentieren vor dem Hintergrund dieser Ursachen des Inflationsanstiegs und des damit verbundenen Zielkonflikts, dass man durch solche Inflationsepisoden hindurchsehen müsse. Da selbst dauerhafte Relativpreisanstiege die Inflationsrate nur solange anheben würden, bis die Anpassung an den neuen Relativpreis abgeschlossen ist, sollte der Anstieg der Inflationsrate auch nur vorübergehend sein. Allerdings besteht die Gefahr, dass sich solche Relativpreisanstiege auf die Preise der anderen Güter übertragen und sich die Inflation ausbreitet. Ein zentraler Frühindikator hierfür sind die Inflationserwartungen, die sich an den Finanzmärkten sowie durch Unternehmen und Haushalte insbesondere für die Zeit nach dem erwarteten Abschluss der Relativpreisanpassung bilden. Denn diese Erwartungen spielen heute eine zentrale Rolle bei all jenen Verträgen, in denen künftige nominale Euro-Zahlungen vereinbart werden. Dazu zählen Tarifverträge, Kreditverträge und länger laufende Verträge über die Lieferung von Waren und Dienstleistungen. Nehmen diese längerfristigen Inflationserwartungen zu, steigen bereits heute die Produktionskosten, die von den Produzenten auf die Preise überwältigt werden.

Mit den steigenden Inflationsraten wurden seit Ende vergangenen Jahres die Annahmen über die weitere Entwicklung der Energiepreise und die

Dauer der Lieferengpässe nach oben korrigiert und entsprechend die Prognosen für den weiteren Verlauf der Inflationsraten angehoben. Zu Jahresbeginn 2022 wurde erstmals von der Mehrheit der Prognostiker eine höhere Inflationsrate für das Jahr 2022 prognostiziert als im Vorjahr. Im Einklang mit den Prognosekorrekturen stiegen die Inflationserwartungen. Zum Handeln bewegt hat die EZB vermutlich, dass auch die längerfristigen Inflationserwartungen, die als Indikator für die Verankerung des Inflationsziels gelten, spürbar zulegen und im Frühjahr 2022 erstmals seit Einführung der gemeinsamen Währung Werte über zwei Prozent erreichten.

## VERÄNDERTES INFLATIONSZIEL

Über die Ursachen und die Interpretation des Anstiegs der längerfristigen Inflationserwartungen kann man unterschiedlicher Meinung sein. Zum einen könnte dieser Anstieg eine Reaktion auf die Anpassung des Inflationsziels der EZB sein. Während sie bislang mittelfristig eine Inflationsrate von unter, aber nahe zwei Prozent anstrebte, formulierte die EZB ihr Ziel im vergangenen Jahr in ein symmetrisches Zwei-Prozent-Ziel um. Die damit verbundene Tolerierung von überschießenden Inflationsraten wurde vielfach als implizite Anhebung des Zielwertes verstanden. Vor dem Hintergrund der Sorgen der EZB in den Jahren vor der Coronakrise, dass sich die Inflationserwartungen nach unten vom Inflationsziel entkoppeln könnten, wäre der Anstieg der Inflationserwartungen somit zu begrüßen und sollte keine geldpolitischen Maßnahmen erfordern.

Zum anderen könnte sich im Anstieg der längerfristigen Inflationserwartungen auch widerspiegeln, dass die EZB bis dato zu zögerlich auf den Anstieg der Inflationsraten reagiert hat und damit die Sorge hervorrief, dass sie ihrem Preisstabilitätsziel keine Priorität mehr beimesse. Vielmehr könnte die EZB bei ihren Entscheidungen zunehmend die Solvenz hochverschuldeter Mitgliedstaaten im Euroraum im Blick haben. Immerhin würde eine allzu abrupte Zinswende die Finanzierungskosten in die Höhe treiben und damit die fiskalischen Spielräume einengen. Je höher der Schuldenstand eines Landes ist, desto stärker würde die Zinslast steigen und desto größer wäre das Risiko, dass die Finanzmärkte einem Staat das Vertrauen entziehen. Der Anstieg der Risikoprämien seit Ende des Jahres 2021 ist bereits ein erstes Indiz in diese Richtung. Eine solche fiskalisch dominierte Notenbank würde langfristig die Kontrolle über das Inflationsziel verlieren, da der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus sich letztlich nur an der Zahlungsfähigkeit der hochverschuldeten Mitgliedstaaten orientieren würde.

Welche Prioritäten die Europäische Zentralbank derzeit setzt, wird insgesamt nur im Rückblick beurteilt werden können. Sehr wahrscheinlich ist allerdings, dass die Inflation zunächst hoch bleiben dürfte. Während die

weitere Entwicklung des angebotsseitigen Preisdrucks von Faktoren abhängt, die schwer zu prognostizieren sind, dürfte zunehmend ein nachfrageseitiger Preisdruck in den Vordergrund rücken. Auch wenn die hohe Inflation für sich genommen die allgemeine Kaufkraft spürbar schmälert, so stützt die Fiskalpolitik derzeit die Einkommen mit breit angelegten Entlastungspaketen und wirkt dem Kaufkraftverlust entgegen. Zudem halten viele Haushalte Kaufkraft auf ihren Girokonten vor, die sie während der Coronakrise in Form von nicht verausgabten Einkommen angehäuft haben.

Immerhin hat der Staat die Einkommen der privaten Haushalte während dieser größten Konjunkturkrise der Nachkriegsgeschichte durch diverse Hilfspakete weiter steigen lassen und damit Kaufkraft geschaffen, der zunächst keine Konsummöglichkeiten gegenüberstanden. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass diese Überschussersparnis nach Jahren der Konsumzurückhaltung zumindest in Teilen verausgabt werden wird. Das sollte der EZB die Entscheidung erleichtern, ihren Kurs schneller zu straffen, als es bisher zu erkennen ist. Das würde auch als deutliches Signal von all jenen verstanden werden, die in den kommenden Monaten ihre Inflationserwartungen in länger laufende Verträge einfließen lassen. Nur wenn ihrem Anstieg entgegengewirkt wird, dürfte die Post-Corona-Inflationsepisode rückblickend tatsächlich nur vorübergehend gewesen sein.



# Koste es, was es wolle?

—  
Erfahrungen in Venezuela

## ANNETTE SCHWARZBAUER

Geboren 1965 in Münster, Leiterin des Auslandsbüros Venezuela der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Caracas.

Der erste, gar nicht so umfangreiche Einkauf in einem venezolanischen Supermarkt im August 2020: Die Rechnung beträgt rund achtzehn Millionen Bolívares. Ein kurzes Zögern, bevor ich meine deutsche Kreditkarte herausrücke. In den

Folgemonaten werden Millioneneinkäufe zur Normalität. Zunächst liegt der Wechselkurs zwischen Euro und Bolívar bei rund eins zu 360.000 und explodiert bis September 2021 auf eins zu 5.000.000; im Oktober erfolgt dann die Streichung von sechs Nullen. Seitdem ist der Wechselkurs recht stabil – Erfahrungen in einem Land der Hyperinflation, für auswärtige Gäste mit Komplikationen verbunden, für die meisten Venezolaner eine Katastrophe. Der Verlust der Kaufkraft ist dramatisch.

Dennoch konnte im Februar 2022 die Hyperinflation in Venezuela für beendet erklärt werden. Laut Lehrmeinung gilt eine Hyperinflation als überwunden, wenn in zwölf aufeinanderfolgenden Monaten die Inflationsrate unter fünfzig Prozent liegt, was nun nach gut vier Jahren der Fall war. Ihren Höhepunkt erreichte die Inflation 2018 mit rund 130.000 Prozent. Allerdings zählen auch die aktuellen Inflationsraten zu den höchsten weltweit. Die Preise für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs stiegen in der Währung Bolívar bis ins Unermessliche; aber auch jetzt ziehen die Preise in einem de facto dollarbasierten Umfeld für Lebensmittel und Dienstleistungen weiter an.

Der Mindestlohn fiel in den letzten Jahren bis auf Beträge im umgerechnet einstelligen US-Dollar-Bereich: etwa bei staatlichen Universitätsdozenten mit Monatsgehältern von rund sieben US-Dollar. Im Privatsektor lagen die durchschnittlichen Monatsgehälter 2021 bei fünfzig bis 100 US-Dollar. Demgegenüber lag der monatliche Warenkorb für Lebensmittel für eine fünfköpfige Familie im März 2022 bei rund 350 bis 470 US-Dollar. Rentenzahlungen im einstelligen US-Dollar-Bereich führten ehemals gut situierte staatliche Angestellte in völlige Altersarmut. Vor einigen Wochen sorgten Nachrichten über einen renommierten, inzwischen pensionierten Naturwissenschaftler für Betroffenheit, der anscheinend aus Armutgründen völlig entkräftet in der Wohnung mit seiner vor Tagen verstorbenen Frau gefunden wurde.

Zum Leben zu wenig – und zum Sterben zu viel. Wie überleben Venezolaner in diesen Zeiten? Ein Großteil der Bürger erhält Unterstützung aus staatlichen Hilfsprogrammen in Form von Lebensmittel-

paketen und Bonuszahlungen, die den Grundbedarf allerdings kaum decken. Viele Venezolaner haben informelle Mini-Unternehmungen begonnen, sei es im Handel, in der Produktion oder im Dienstleistungsbereich. Wer über Ersparnisse in US-Dollar verfügt, lebt von ihnen. Von großer Bedeutung sind Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland. Seit 2015 sind rund sechs Millionen Bürger ausgewandert. Manche Arbeitgeber im Privatsektor zahlen ihren Angestellten eine Art Zulage in US-Dollar. Verschiedene humanitäre Initiativen unterstützen Bedürftige, zum Beispiel mit Mittagstischen für Kinder oder Medikamentenspenden.

Venezuela verfügt über die größten Erdölvorkommen der Welt, und die Wirtschaft ist traditionell rohstoffabhängig. Hohe Staatsausgaben, der Verfall von Produktionsstrukturen nach Preisdiktaten für verschiedene Güter, Enteignungen, Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer und der Einbruch des Ölpreises ab 2014 setzten eine Abwärtsspirale in Gang. Verstärkt wurde diese Entwicklung seit Anfang der 2000er-Jahre durch die vom damaligen Staatspräsidenten Hugo Chávez ausgerufene Politik des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, die mit vielfältigen Sozialleistungen einherging, die später unbezahlbar wurden. Von 2014 bis 2020 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 74 Prozent. Notwendige Sparmaßnahmen der Regierung und später verhängte Finanz- und Wirtschaftssanktionen der USA erschweren die Situation für die Bevölkerung zusätzlich.

Angesichts der wirtschaftlichen und humanitären Krise hat die Regierung Nicolás Maduro inzwischen verschiedene Liberalisierungsschritte eingeleitet: zuerst

Freigabe des Wechselkurses zum US-Dollar, die schrittweise Aufhebung von Preisbindungen, Importerleichterungen und eine Akzeptanz der De-facto-Dollarisierung. Derzeit werden einzelne enteignete Betriebe an ihre Eigentümer zurückgegeben. Erste Schritte einer wirtschaftlichen Wiederbelebung sind zu beobachten. Im März 2022 wurden die Mindestgehälter auf rund dreißig US-Dollar erhöht, für Anfang Mai sind Verbesserungen bei den Rentenzahlungen angekündigt. Steigende Ölpreise im Zuge des Ukraine-Krieges sorgen für etwas Erleichterung auf der Einnahmenseite. Allerdings sind die Produktionskapazitäten eingeschränkt und müssen erst wieder voll aufgebaut werden.

Der Weg zu einem „normalen“ Leben und einer funktionierenden Wirtschaft ist noch weit. Preise für Lebensmittel und vor allem im Dienstleistungsbereich steigen weiterhin kräftig an. Angesichts der leichten Wiederbelebung und der De-facto-Dollarisierung scheint sich alles neu einpendeln zu müssen. So kommt es, dass einerseits viele Venezolaner weiterhin mit Armut und der täglichen Versorgung zu kämpfen haben, andererseits jedoch teure Geschäfte und gut besuchte Restaurants mit gepfefferten Preisen aus dem Boden sprießen. Koste es, was es wolle: Hauptsache dabei sein und heraus aus dem Krisenmodus, scheint die Devise derjenigen zu lauten, die es sich leisten können und wollen. Im Dienstleistungssektor scheint inzwischen fast alles möglich. Was ist noch normal?

Von einigen als selbstverständlich betrachteten Preisen wird Venezuela sich in Zukunft sicherlich verabschieden müssen. Ein erster Schritt wurde mit der Einführung des „internationalen“ Benzinpreises

an den Tankstellen getan, der aktuell bei 0,50 US-Dollar pro Liter liegt. Aus europäischer Sicht ein weiterhin günstiger Preis, aus venezolanischer Sicht unerhört, ist das Land doch traditionell an Preise von unter einem Cent gewöhnt, die bei Ausgabe von subventioniertem Benzin auch weiterhin gelten.

Auch für eine funktionierende Strom- und Wasserversorgung werden künftig sicherlich andere Preise aufgerufen werden müssen als die derzeitigen. Ein Haushalt zahlt derzeit monatlich Beträge im einstelligen US-Dollar-Bereich für Strom und Wasser, wobei in rund der Hälfte der Haushalte die Wasserversorgung nur an wenigen Tagen in der Woche gewährleistet ist, der Strom ab und zu ausfällt. Eine funktionierende Versorgung, für die eine Überholung der Infrastruktur dringend notwendig ist, wird für die aktuellen Preise kaum zu haben sein.

Inflation und Dollarisierung haben zu einer weiteren Schwierigkeit geführt: Wie zahlt man überhaupt? Bargeld in Bolívares gibt es kaum, zu Zeiten der Hyperinflation war dies erst recht nicht der Fall. Geldautomaten, an denen man sich mit den nötigen US-Dollar versorgen kann, gibt es auch nicht. Nicht jedes Geschäft oder jeder Dienstleister akzeptiert internationale Kreditkarten. Aufgrund dieser Problematik hat sich eine Vielzahl internetbasierter Zahlungsdienste und kreativer Alternativen entwickelt, um an Geld zu kommen. Und das Trinkgeld für den Aufpasser für das Fahrzeug am Straßenrand oder den Jugendlichen, der beim Tütenpacken im Supermarkt hilft? Wird vielfach in Naturalien gezahlt – mit einer Tüte Maismehl, ein paar Eiern oder Zigaretten.

# Höhere Preise – höhere Löhne!

Die Inflation aus Sicht der Gewerkschaften

## ELKE HANNACK

Geboren 1961 in Gladbeck, Stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Die Inflation beherrscht die Schlagzeilen: Laut Umfragen bereitet die Preisentwicklung den Menschen in Deutschland mehr Sorgen als alles andere. Bereits ab Mitte 2021 stieg die Inflationsrate – zunächst getrieben vom Basis-effekt der ausgelaufenen Mehrwertsteuersenkung. Hinzu kamen weitere Corona-bedingte

Sondereffekte wie Lieferengpässe bei Vorprodukten – ein Problem, das angesichts der Lockdowns in China bis heute anhält. Zusätzlich stiegen bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine die Energiepreise. Seit Kriegsbeginn sind sie in die Höhe geschossen. Energieprodukte waren laut Statistischem Bundesamt im April 35,3 Prozent teurer als noch vor einem Jahr. Beschleunigt hat sich zudem der Anstieg der Nahrungsmittelpreise: Legten sie im März gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,2 Prozent zu, waren es im April 8,5 Prozent. Auch das ist auf den Krieg zurückzuführen, da die Ukraine einen großen



Teil der globalen Getreideproduktion zur Verfügung stellt. Hinzu kommen Probleme mit Düngemitteln und Spekulationen an den Rohstoffmärkten.

Im Durchschnitt – berechnet für alle Haushalte – schmälern die hohen Energiepreise laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Nettoeinkommen mittelfristig um 3,4 Prozent. Allerdings hängt die tatsächliche Belastung stark vom Einkommen ab: „Bei den einkommensschwächsten zehn Prozent der Haushalte machen die Energiepreissteigerungen sogar 6,7 Prozent des Nettoeinkommens aus [...]. Demgegenüber müssen die reichsten zehn Prozent der Haushalte gemessen an ihrem Einkommen durchschnittlich nur zwei Prozent mehr für Energie ausgeben [...].“<sup>1</sup>

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) weist in seinem *Inflationsmonitor* ebenfalls darauf hin, dass Haushalte mit geringeren und mittleren Einkommen und mit Kindern, die einen vergleichsweise hohen Anteil ihres Einkommens für Energie und Lebensmittel ausgeben, besonders unter den Preissteigerungen leiden. Das IMK hat für verschiedene Beispielhaushalte berechnet, wie die jeweilige „individuelle“ Inflationsrate im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Inflation von 7,4 Prozent im April 2022 ausfällt: Die höchste Teuerungsrate im April 2022 verzeichneten mit acht Prozent Familien mit geringem Einkommen (2.000 bis 2.600 Euro). Die niedrigste Teuerungsrate hatte ein Ein-Personen-Haushalt mit einem Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Euro (6,2 Prozent).<sup>2</sup>

## „LOHN-PREIS-SPIRALE“ IST PANIKMACHE

Diese Realeinkommensverluste sind für die Beschäftigten – aber auch für Rentner sowie für Transferempfänger – nicht hinzunehmen; für viele Menschen sind sie schlicht nicht tragbar. Die Gefahr ist groß, dass Armut zunimmt. Insbesondere Energiearmut könnte sich weiter ausbreiten, auch wenn sie bereits heute bittere Realität ist: Im Jahr 2020, also vor den aktuellen Energiepreissteigerungen, wurden 4,2 Millionen Mal Stromsperrungen angedroht, weil Haushalte in Zahlungsverzug gerieten. In 230.000 Fällen wurde die Stromversorgung tatsächlich eingestellt. Sperrungen bei der Gasversorgung gab es in 24.000 Fällen.

Natürlich müssen Preissteigerungen mittelfristig in die tariflichen Lohnsteigerungen einfließen. Anhaltende Reallohnverluste wären aus Gewerkschaftssicht nicht hinnehmbar. Ein Inflationsausgleich, eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Produktivitätsgewinnen und eine gerechtere Verteilung bleiben grundsätzlich die Hauptziele der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Die Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften schauen sich dabei die jeweilige Situation der Branche, für die sie verhandeln, genau an. Das gilt auch in der Krise, in der selbstverständlich auch die Beschäftigungssicherung eine Rolle spielen kann.

Die Warnungen vor einer mutmaßlichen „Lohn-Preis-Spirale“, bei der höhere Löhne angeblich zu noch höheren Preisen führen würden, sind Panikmache. Zum einen sollte, wenn überhaupt, der Begriff „Preis-Lohn-Spirale“ gewählt werden – schließlich stehen die hohen Preise am Anfang und machen höhere Löhne notwendig. Zum anderen ist noch lange keine „Spirale“ in Sicht: Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die Inflation von Lohnkosten getrieben wird. Die meisten Unternehmen können sowieso problemlos angemessene Lohnsteigerungen zahlen, ohne erneut die Preise zu erhöhen. Das zeigen Nachrichten über Rekordgewinne und hohe Dividendenzahlungen. Außerdem machen die Löhne nur einen – in manchen Branchen durchaus geringen – Teil der Gesamtkosten aus.

Statt zu versuchen, die Schuld an der Inflation den Beschäftigten in die Schuhe zu schieben, sollte lieber in den Blick genommen werden, inwieweit Unternehmen die unübersichtliche Situation für unbegründete Preissteigerungen ausnutzen, um Extragewinne zu erzielen. In anderen Ländern wurde längst erkannt, wie die Unternehmensgewinne die Inflation treiben. Hierzulande wird über die Möglichkeit einer „Gewinn-Preis-Spirale“ meist nicht einmal nachgedacht. Studien für die USA zeigen: Die Inflation von Mitte 2020 bis Ende 2021 ging zu 54 Prozent auf gestiegene Konzerngewinne zurück, nur zu acht Prozent auf Lohnkosten; der Rest war auf andere Kosten zurückzuführen.<sup>3</sup> Laut der *Süddeutschen Zeitung* haben auch in Deutschland allein die vierzig Aktiengesellschaften, die im Deutschen Aktienindex (DAX) notiert sind, ihre Gewinne 2021 auf 170 Milliarden Euro verdoppelt. Sie schütten an ihre Aktionäre in diesem Jahr eine Rekorddividende von rund 70 Milliarden Euro aus, fast fünfzig Prozent mehr als 2021.<sup>4</sup>

## BUNDESREGIERUNG MUSS STÄRKER GEGENSTEUERN

Ordentliche Lohnsteigerungen sichern die Kaufkraft, sind wirtschaftspolitisch vernünftig und keine Gefahr für die Preisstabilität. Klar ist aber auch: Der Kampf gegen die Auswirkungen der Inflation kann nicht allein der Tarifpolitik aufgebürdet werden. Die Politik muss mehr unternehmen, um die durch Sonderfaktoren getriebene Inflation zu bremsen.

Einiges hat die Bundesregierung auf den Weg gebracht, was zu begrüßen ist. Allerdings muss nachgelegt werden: Die Energiesteuerreduzierung auf Kraftstoff ist nicht verteilungsgerecht. Diejenigen, die große Autos besitzen, profitieren stärker als diejenigen, die kleine und verbrauchsarme Fahrzeuge fahren. Ein wirkliches Mobilitätsgeld, das abhängig von der gefahrenen Strecke, jedoch unabhängig vom Einkommen und Verkehrsmittel ausgezahlt wird, wäre zielgenauer.

Bei der sogenannten 300-Euro-Energiepreispauschale gehen rund dreißig Prozent der Bevölkerung leer aus – vor allem Rentnerinnen und Rentner

sowie Studierende. Das muss korrigiert werden. Auch die beschlossene Anhebung des Grundfreibetrags auf 10.347 Euro reicht nicht aus; der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert bereits seit Langem die Anhebung auf 12.800 Euro. Hartz-IV-Regelsätze sind grundlegend neu zu ermitteln beziehungsweise anzuheben, sodass sie wirksam vor Armut schützen und regelmäßig angepasst werden.

Außerdem fordert der DGB die Absenkung der Stromsteuer auf ihr gesetzliches Mindestmaß, eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer für Energie sowie einen Gaspreisdeckel für Haushalte, also einen subventionierten Grundverbrauch.

Insbesondere fiskalpolitische Maßnahmen, die den Verbraucherpreisindex direkt bremsen, erfüllen dabei einen zusätzlichen Zweck: Sie nehmen den Druck von der Europäischen Zentralbank. Schließlich werden die Stimmen lauter, die angesichts der hohen Inflation eine straffere Geldpolitik fordern. Doch die Europäische Zentralbank ist weder schuld an der momentan hohen Inflation – die auf Sondereffekte nach Corona, auf Lieferengpässe und die hohen Energiepreise zurückzuführen ist und nicht auf die Geldpolitik –, noch kann sie die Inflation wirklich treffsicher und ohne Nebenwirkungen bekämpfen. Verfrühte und zu starke Reaktionen der Geldpolitik können die wirtschaftlichen Probleme zusätzlich verschärfen und wären nicht im Sinne der Beschäftigten.

<sup>1</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Hohe Energiepreise: Arme Haushalte trotz Entlastungspaketen am stärksten belastet. Pressemitteilung, 26.04.2022, [www.diw.de/de/diw\\_01.c.840066.de/hohe\\_energiepreise\\_\\_arme\\_haushalte\\_trotz\\_entlastungspaketen\\_am\\_staerksten\\_belastet.html#:~:text=Das%20ist%20das%20Ergebnis%20umfassender,Nettoeinkommens%20mehr%20f%C3%BCr%20Energie%20ausgeben](http://www.diw.de/de/diw_01.c.840066.de/hohe_energiepreise__arme_haushalte_trotz_entlastungspaketen_am_staerksten_belastet.html#:~:text=Das%20ist%20das%20Ergebnis%20umfassender,Nettoeinkommens%20mehr%20f%C3%BCr%20Energie%20ausgeben) [letzter Zugriff: 23.05.2022].

<sup>2</sup> Sebastian Dullien / Silke Tober: „Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022“, IMK Inflationsmonitor, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK Policy Brief, Nr. 123, Mai 2022, [www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008322](http://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008322) [letzter Zugriff: 23.05.2022].

<sup>3</sup> Josh Bivens: Corporate profits have contributed disproportionately to inflation. How should policymakers respond?, Working Economic Blog, Economic Policy Institute, 21.04.2022, [www.epi.org/blog/corporate-profits-have-contributed-disproportionately-to-inflation-how-should-policymakers-respond/](http://www.epi.org/blog/corporate-profits-have-contributed-disproportionately-to-inflation-how-should-policymakers-respond/) [letzter Zugriff: 23.05.2022].

<sup>4</sup> Harald Freiburger: „Die Unternehmen sollten dem Staat etwas zurückgeben“, in: Süddeutsche Zeitung, 06.05.2022, [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dividenden-vermoegen-gerechtigkeit-1.5578995](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dividenden-vermoegen-gerechtigkeit-1.5578995) [letzter Zugriff: 23.05.2022].

# Angst vor der Lohn-Preis-Spirale

—  
Lösungsansätze aus Unternehmensicht

## SARNA RÖSER

Geboren 1987 in Bietigheim-Bissingen, seit 2018 Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbandes DIE JUNGEN UNTERNEHMER von DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V., designierte Nachfolgerin für das Familienunternehmen Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH in Mundelsheim, seit 2020 eine der jüngsten Aufsichtsrätinnen der Optikerkette Fielmann AG und Beirätin der Deutschen Bank AG, seit 2020 stellvertretende Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorstandsmitglied der Wertekommission – Initiative Werte Bewusste Führung e.V.

Die Inflation auf Rekordniveau wird zu einer ernsthaften Gefahr für unseren Wohlstand. Und offensichtlich ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Es gibt Prognosen, die einen Anstieg der Inflation auf über zehn Prozent als möglich erachten.

Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass sich die Menschen von ihrem Geld immer weniger leisten können. Die Frage ist nun: Wird jetzt eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt? Durch die hohe Inflation werden Forderungen nach höheren Löhnen laut, um die Inflation abzufedern. Als Reaktion darauf erhöhen die



Unternehmen die Preise für Waren und Dienstleistungen, und das ganze Spiel beginnt von vorn. Die Spirale würde sich weiter nach oben drehen und wäre kaum zu stoppen.

Auch in unserem Wirtschaftsverband fürchten junge Unternehmer und Familienunternehmer eine „Lohn-Preis-Spirale“. Eine Umfrage unter unseren Verbandsmitgliedern ergab, dass 89 Prozent der befragten Familienunternehmer die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale für groß beziehungsweise für sehr groß halten.

Eine Frage ist, wie die Gewerkschaften bei den anstehenden Tarifverhandlungen reagieren werden. Der jüngste Tarifabschluss in der Chemieindustrie lässt zunächst etwas aufatmen: Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) stimmte einer Nullrunde bis zum Oktober 2022 zu, bei der statt einer Lohnerhöhung ein Überbrückungsgeld zwischen 1.000 und 1.400 Euro für die Beschäftigten vorgesehen ist. Allerdings geht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von einer zunehmenden Dynamik der Lohnforderungen im zweiten Halbjahr dieses Jahres aus.

Zusätzlich dürfte die von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde ab Oktober 2022 als Katalysator für eine mögliche Lohn-Preis-Spirale dienen, denn der Lohn wird sich eventuell nicht nur für viele Arbeitnehmer einfacher Tätigkeiten erhöhen; schließlich wollen die Arbeitnehmer der darüberliegenden Einkommensklassen den Lohnabstand zu den unteren Einkommensklassen vermutlich gewahrt wissen. Im Ergebnis droht eine Steigerung des gesamten Lohngefüges in den Betrieben. Auf die Unternehmen werden erheblich höhere Personalkosten zukommen. Jedenfalls hat die IG Metall angekündigt, dass sie in der anstehenden Tarifrunde für die Beschäftigten in der Stahlindustrie 8,2 Prozent mehr Lohn anstrebt, um die hohe Inflation auszugleichen. Damit wird klar, dass die Lohn-Preis-Spirale eine reale Gefahr darstellt.

## ENTLASTUNG DURCH ENERGIEPREISBONUS

Was sind die wesentlichen Gründe für die hohe Inflation? Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Energiepreise weltweit und besonders in unserem Land. Getrieben von jahrzehntelanger strategischer Naivität auf politischer wie auch auf wirtschaftlicher Seite, haben wir uns insbesondere bei der Gasversorgung in eine große Abhängigkeit von Russland begeben, die uns nun in mehrfacher Hinsicht auf die Füße fällt.

Auch hat die Corona-Pandemie in den letzten zwei Jahren mit dem Zusammenbruch ganzer Lieferketten für ein Anheizen der Inflation gesorgt. Vor einigen Wochen hat China aus Angst vor dem Virus erneut weite Teile

seiner Wirtschaft heruntergefahren. Wichtige Vorprodukte für die deutsche und europäische Wirtschaft bleiben deshalb aus. Das treibt den Preis weiter nach oben. Wesentliche Gründe für die steigende Inflation sind zudem die Niedrigzinspolitik und der massive Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank. Darüber hinaus zählt auch der wachsende Fachkräftemangel zu den Auslösern der Inflation. Knapp drei Viertel der Familienunternehmer befürchten, dass sie auch in Zukunft keine ausreichenden Fachkräfte finden werden. Das bestätigte sich Ende 2021 in einer Umfrage von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER. Diese Entwicklung hat direkte Auswirkungen auf die Lohn-Preis-Spirale. Durch das Fehlen von Fachkräften stiegen in den vergangenen Jahren die Löhne an. Parallel stiegen dadurch auch die Arbeitskosten für Unternehmen und folglich auch die Preise für den Endverbraucher.

Mit welchen Lösungsansätzen kann man der hohen Inflation begegnen und die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale abmildern? Zunächst hat die Bundesregierung innerhalb kürzester Zeit einige Entlastungspakete mit vielen Einmalzahlungen aufgelegt. Diese erzeugen zwar kurzfristige Effekte und können soziale Härten ausgleichen. Sie sind vor allem dann zielführend, wenn die Inflation innerhalb dieses Jahres wieder abflaut. Ist dies nicht der Fall und die Inflation bleibt auf dem hohen Niveau oder steigt noch weiter an, werden die Entlastungen verpuffen. Zudem besteht die Gefahr, dass die Hilfsmaßnahmen mit zu viel Bürokratie aufgeladen werden.

Steuersenkungen, etwa der Mehrwertsteuer, werden ebenfalls ins Spiel gebracht. Allerdings sind viele Ökonomen davon nicht überzeugt. Einige meinen, dass beispielsweise die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer im Zuge der Pandemie zur Erhöhung der Inflation beigetragen hat.

Gleichwohl sehen wir Unternehmer die steigenden Belastungen der Inflation für unsere Mitarbeiter. Eine kurzfristige Lösung könnte darin bestehen, analog zum Corona-Bonus einen Energiepreisbonus zu etablieren. Jenen Unternehmen, die dazu finanziell in der Lage sind, sollte es erlaubt werden, ihren Mitarbeitern diesen Bonus steuer- und abgabenfrei auszuzahlen.

## AUSGABENDISZIPLIN UND WENIGER PROTEKTIONISMUS

Was könnte mittel- und langfristig helfen? Aktuell nimmt der Staat für steigende Ausgaben immer höhere Schulden auf. Wenn die Notenbanken die Wirtschaft zusätzlich mit Geld fluten, dann sorgt auch das für höhere Preise. Einem durch Lieferengpässe verknappten Angebot steht eine wachsende Menge Geld gegenüber. Das bedeutet: Der Staat muss mehr Ausgabendisziplin üben. Wir benötigen dringend eine Prioritätenliste, welche Ausgaben in der jetzigen Situation unbedingt notwendig sind und welche nicht.

Bei der Energieversorgung muss es künftig heißen: Ideologiefrei diversifizieren! Wir Unternehmer unterstützen die Bundesregierung in ihren Bemühungen, die Abhängigkeit insbesondere von russischem Gas so schnell wie möglich zu reduzieren. Die aktuell noch vorhandenen Potenziale von Kohle und Kernkraft sollten zeitlich befristet ausgeschöpft werden.

In der internationalen Handelspolitik brauchen wir zudem weniger Protektionismus. Strafzölle und Importbeschränkungen sollten fallen. Niedrige Zölle können nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sondern auch die Verbraucherpreise senken. Vor diesem Hintergrund sollte beispielsweise das CETA-Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*) nun zügig durch alle Länderparlamente ratifiziert werden. Auch sollte darüber nachgedacht werden, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA wiederzubeleben. Die dahingehende Forderung des Bundesfinanzministers Christian Lindner ist absolut richtig. Allerdings scheint bei vielen anderen Politikern noch Überzeugungsarbeit vonnöten zu sein. Auch um dem Fachkräftemangel entgegenzusteuern, gibt es zahlreiche Lösungsansätze. Dazu zählen die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die erleichterte Fachkräftezuwanderung und die Förderung im Bereich Bildung.

Schließlich müssen wir zu einer Normalisierung der Geldpolitik zurückkehren. Die Europäische Zentralbank ist aufgefordert, spätestens ab Sommer 2022 nach und nach die Zinsen wieder zu erhöhen.

Bei all dem bleibt die Erkenntnis: Wir können nicht *nichts* tun! Es ist eine Politik notwendig, die gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen setzt. Dazu gehört auch, die reale Gefahr der Lohn-Preis-Spirale zu erkennen und ihr mutig entgegenzutreten.

# Die Grenzen der Preismessung

—  
Über den Warenkorb in digitalen Zeiten

## THOMAS KÖSTER

Geboren 1982 in Paderborn, promovierter Volkswirt, war in unterschiedlichen Positionen in der ökonomischen Politikberatung tätig, seit 2020 zuständig für Kommunikation und Vertrieb für Verfassungsorgane bei der SVA System Vertrieb Alexander GmbH.

Einmal im Monat werden die Preisindikatoren des Statistischen Bundesamts präsentiert. Ein eher nüchtern vorgetragenes Ritual der Statistiker. Seit einigen Monaten schauen wir Bürger jedoch mit zunehmender Anspannung und Sorge nach Wiesbaden. Denn selten in der bundesrepublikanischen Geschichte waren die Preissteigerungen im alltäglichen Leben so präsent wie heute. Die Ökonomen wiederum

sorgen sich weniger um die bereits vollzogenen Preissteigerungen, sondern schauen eher auf die anhaltend hohen Inflationserwartungen. Landauf, landab werden deshalb die berühmten Ketchupflaschen- und Zahnpastatuben-Vergleiche bemüht: Bei Ketchup und Inflation kommt lange nichts und dann alles auf einmal. Die Zahnpasta steht sinnbildlich für das Zentralbankgeld, das sich leicht in den Markt herausgeben, aber nur schwerlich zurückholen



lässt. Dass eine Dämpfung der Inflation ein geld- und fiskalpolitisch ausgesprochen schwieriges Unterfangen ist, bedarf an dieser Stelle keiner besonderen Erwähnung. Erkenntnisfördernd ist ein Blick hinter die Indikatoren der Inflation. Was ist heute anders als zu Zeiten der Ölpreiskrise in den 1970er-Jahren oder nach der Wiedervereinigung, als Deutschland zuletzt mit derart galoppierenden Preisen zu tun hatte? Was zeichnet eine globale, vor allem digitale Weltwirtschaft aus, und bilden wir sie mit dem eingangs erwähnten Ritual der Inflationsmessung noch adäquat ab?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, muss man die Erhebungsmethode kurz skizzieren. Sowohl die nationale Messung von Veränderungen bei den Verbraucherpreisen (Verbraucherpreisindex, VPI) als auch die europäisch harmonisierte Variante (Harmonisierter Verbraucherpreisindex, HVPI) folgen dem gleichen Grundschema: Zunächst wird ein sogenannter Warenkorb mit bestimmten Güterklassen aufgesetzt. In Deutschland werden diese Verbrauchsgüter mithilfe einer eigenen statistischen Methode, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, ermittelt. Repräsentativ ausgewählte Menschen führen dafür eine Art Haushaltsbuch über ihre Ausgaben. In dem damit in Güterklassen strukturierten Warenkorb werden tatsächlich erworbene Produkte hinterlegt. Diese Waren und Dienstleistungen werden im stationären Handel und auf Onlineplattformen verfolgt und möglichst stetig beobachtet, um ihre Preisveränderungen zu dokumentieren. Was auf dem Papier einfach aussieht, erweist sich in der Realität als ausgesprochen komplexes Verfahren.

Die wissenschaftlichen Abteilungen des Statistischen Bundesamtes leisten bei der Inflationsberechnung Erstaunliches und genießen zu Recht – auch international – einen exzellenten Ruf. Methodik und Qualitätssicherung der Behörde bei ihren Kernaufgaben suchen ihresgleichen, und die volkswirtschaftlichen Abteilungen beteiligen sich überdies selbst proaktiv an der wissenschaftlichen Debatte um eine Fortentwicklung oder der korrekten Einordnung ihrer Ergebnisse.

Denn nicht nur die Preise ändern sich; auch das Konsumverhalten selbst entwickelt sich dynamisch. Die Preistransparenz, die die Digitalisierung mit sich gebracht hat, führt außerdem dazu, dass Preise sich häufiger ändern. Mithin lässt sich in der Digitalisierung auch ein Trend zu mehr privatem Handel ausmachen, Stichwort: Sharing Economy (Prinzip des Teilens oder auch Leihens von Gütern beziehungsweise Gebrauchsgegenständen). Dieses Prinzip wird in der Statistik, mit Ausnahme von der Vermietung von Wohnraum von Privathaushalten, nicht erfasst.<sup>1</sup>

Eine wesentliche Veränderung beim Konsum, die für die Statistiker viel Arbeitsaufwand bedeutet, betrifft die Qualität. Denn das Ziel der Preisindizes ist es, Kontinuität zu gewährleisten, damit Gleiches mit Gleichem verglichen werden kann. Wenn es bei Verpackungen oder Dienstleistungen zu Mengenveränderungen kommt, können diese noch vergleichsweise einfach umgerechnet werden, doch wie lassen sich Qualitätsverbesserungen beurteilen? Die

Antwort der Statistiker darauf ist die Hedonik.<sup>2</sup> Diese gewinnt insbesondere in digitalen Zeiten an Bedeutung. Die Digitalisierung durchsetzt Handel und Dienstleistungen. Sogar im Lebensmitteleinzelhandel haben Einkaufs-Apps Einzug erhalten, im Fachhandel fusionierten Onlineangebot und stationärer Handel längst zu einer gemeinsamen Plattform, und die Produkte kommen mit digitalen Dienstleistungen rund um Betrieb und Kundendienst daher.

## DAS PRODUKTIVITÄTSPARADOX

Der technische Fortschritt verändert auch die Produkte selbst immer rasanter. Das neue Smartphone lässt sich schwerlich mit dem Produkt der gleichen Baureihe vor fünf Jahren vergleichen. Die Warenkorbrevisionen finden in der Regel jedoch nur alle fünf Jahre statt. Und das Smartphone als regelmäßiger Eintrittspunkt in die digitalen Dienstleistungen ist auch bei einer weiteren Ausprägung digitalen Wirtschaftens relevant: dem Produktivitätsgewinn.

Die Digitalisierung beschleunigt Prozesse, verändert Güter und Dienstleistungen und bringt Anbieter, Lieferanten, Kunden und Regulatoren näher zueinander. Zudem verbessert die Flexibilität und Transparenz digitalen Wirtschaftens die Dienstleistungsqualität, ergänzt oder ersetzt Gebrauchsgüter und realisiert damit Produktivitätsgewinne auf der Unternehmenseite und erhöht den Lebensstandard der Kunden.<sup>3</sup> Unter dem Stichwort „Produktivitätsparadox“ wird in der Ökonomie gleichwohl diskutiert, warum diese Produktivitätsgewinne in den volkswirtschaftlichen Kennzahlen kaum nachweisbar sind. Wir messen die Arbeitsproduktivität, indem wir den Umsatz in realen Preisen und die erbrachten Arbeitsstunden ins Verhältnis setzen. Wenn die vielen neuen technischen Helfer die Arbeit erleichtern, müssten die Unternehmen in der Lage sein, viel effizienter zu produzieren. So weit, so gut. Die Zeitersparnis spiegelt sich jedoch kaum in der amtlichen Statistik zu Produktivität der letzten Jahre wider. Es ist denkbar, dass sich Qualitätsverbesserungen aufgrund der ständig steigenden Effizienz überhaupt nicht abbilden lassen, weil die Produkte und Dienste zwar einen viel höheren Gebrauchswert haben, aber der Wettbewerbsdruck durch die Digitalisierung in gleichem Maße die Preise und Margen drückt.<sup>4</sup>

Als Kunden erhalten wir Qualitätsgewinne mithin ohne zusätzliche Kosten. Diese wirtschaftliche Rendite, die Unternehmen und Verbraucher erzielen, wird jedoch nicht ausgewiesen. Möglicherweise amortisieren sich die Investitionen in digitale Infrastruktur erst mit einer Zeitverzögerung. Viele der Umstellungen sind kostenintensiv, weil nicht nur die Hardware, sondern auch die Unternehmensorganisation, gegebenenfalls sogar das gesamte Geschäftsmodell, umgestellt werden muss. Möglicherweise befinden wir uns in einer Anpassungsphase, bei der die hohen Investitionskosten die Effizienzsteigerungen überdecken.<sup>5</sup>

Viele der digitalen Dienste werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt, sind aber keinesfalls kostenlos. Wir bezahlen mit der Bereitstellung unserer Daten statt mit Geld. Der Kunde (*consumer*) wird immer mehr zum Produzenten (*producer*). Dieser so kombinierte „*prosumer*“ generiert mit seinem Nutzerverhalten einen Mehrwert für die Dienstleistung selbst. Wer sein Navi also demnächst wieder einsetzt, um die aktuellen Staumeldungen automatisch eingespült zu bekommen, und damit gleichzeitig die dafür relevanten Daten selbst an das Portal liefert, kann sich getrost als „*Prosumer*“ identifizieren. Dieser „Daten-Preis“, den wir als Autofahrer dann „bezahlen“, wird nicht erfasst. Diese Prosumtion kann daher nicht in unsere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und schon gar nicht in die Preisstatistik einfließen.

## REALE UND „GEFÜHLTE“ INFLATION

Die Inflationsrate misst nur, was sie messen soll: Sie soll Gleiches mit Gleichem vergleichen und eine Preisentwicklung eines möglichst allgemeinen Warenkorbs abbilden. Sie ist damit bereits eine drastische Vereinfachung und Verallgemeinerung. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn reale Inflation und „gefühlte“ Inflation weit auseinanderdriften. Der Warenkorb der europäisch harmonisierten Verbraucherpreisstatistik berücksichtigt aktuell etwa die Wohnkosten mit 25 Prozent. Für Familien in Deutschland machen die Wohnungskosten allerdings selten weniger als ein Drittel des Haushaltsbudgets aus, in Großstädten teilweise auch deutlich darüber. Mietpreissteigerungen schlagen in der Lebenswirklichkeit vieler Menschen damit deutlich härter ins Kontor, als es die Preisstatistik glauben macht. Ein anderes Beispiel sind die Kosten für Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen. Diese sind in den letzten Jahren aufgrund der Corona-Pandemie im HVPI-Wägungsschema auf einen Anteil von nur noch 3,9 Prozent gesunken. Diese Kennzahl lässt vermuten, dass solche Kosten nur marginal das Haushaltsbudget belasten. Die Preissteigerungen im Gastronomiebereich werden in einem hoffentlich weniger von COVID-19 bestimmten Sommer jedoch sicher größere Spuren in unserem Geldbeutel als im Preisindex hinterlassen.

Technischer Fortschritt ist seit jeher eine Herausforderung für die Preismessung. Das prägnanteste Beispiel sind die Endgeräte, wie PCs und Laptops. Die technische Entwicklung war in diesem Segment rasant. Und es entbehrt nicht einer gewissen Logik, dass die Statistik die Fortentwicklungen von einem Modell zum nächsten mitberücksichtigen muss. Der Qualitätssprung wirkt sich statistisch dämpfend aus, der Index deflationiert. Für die Kaufentscheidung des Kunden macht es allerdings selten einen Unterschied, er braucht schlicht einen neuen Laptop, nutzt womöglich den zusätzlichen Funktionsumfang aber noch nicht einmal.

Der Index soll die Preisveränderungen über einen möglichst langen Zeitraum dokumentieren. Er ist weder ein Wohlstandsindikator noch dazu geeignet, Veränderungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens abzubilden. Im Gegenteil: Solche Veränderungen sind eine Herausforderung für die Erhebung. Die Digitalisierung hat in der Lebenswirklichkeit der Menschen bereits heute tiefere Spuren hinterlassen als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Die nachlaufenden Preiseffekte, die einerseits durch die langfristigen Investitionen in die digitale Transformation und andererseits durch die völlig neue Art des Wirtschaftens in der Datenökonomie verursacht werden, sind in der aktuellen Preisentwicklung noch nicht abgebildet. Wir erwarten also eine Dekade tiefgreifender Veränderungen mit strukturell steigenden Preisen.

Die Herausforderung wird sein, die Transformation zum Gelingen zu bringen und negative Auswirkungen sozial abzufedern. Das betrifft vor allem die Mittelschicht. Die Mitte der Gesellschaft muss sich im Wandel der Arbeitswelt bewähren. Sie ist stark von den Folgen der Datenökonomie betroffen. Gleichzeitig muss sie die Preisentwicklung schultern. Denn sie kann weder auf ausgleichende Sozialtransfers setzen, noch könnte sie sich, und das betrifft insbesondere die untere Mittelschicht, über Immobilien- oder Aktienvermögen vor der Preisentwicklung schützen.

<sup>1</sup> Vgl. Destatis: Qualitätsbericht – Preise – Verbraucherpreisindex für Deutschland, 10.12.2021, [www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Preise/verbraucherpreis.pdf](http://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Preise/verbraucherpreis.pdf) [letzter Zugriff: 08.05. 2022].

<sup>2</sup> Siehe dazu etwa Destatis: Qualitätsbereinigung in der amtlichen Preisstatistik – Hedonische Techniken“, 2022, [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Landwirtschaftspreisindex-Forstwirtschaftspreisindex/Methoden/Erlaeuterungen/qualitaetsbereinigung.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Landwirtschaftspreisindex-Forstwirtschaftspreisindex/Methoden/Erlaeuterungen/qualitaetsbereinigung.html) [letzter Zugriff: 08.05. 2022].

<sup>3</sup> Vgl. OECD: „Digitalization and productivity: A story of complementarities“, in: OECD Economic Outlook, Nr. 1/2019, <https://doi.org/10.1787/5713bd7d-en> [letzter Zugriff: 08.05. 2022].

<sup>4</sup> Vgl. Alberto Cavallo: „More Amazon Effects: Online Competition and Pricing Behaviors“, Discussion Paper Harvard Business School, 10.08.2018, <http://governance40.com/wp-content/uploads/2018/11/825180810cavallopaper.pdf> [letzter Zugriff: 08.05. 2022].

<sup>5</sup> Siehe Thomas Köster: „Digitalsteuer – eine Schimäre“, Analysen und Argumente, Nr. 360, Juli 2019, [www.kas.de/documents/252038/4521287/Digitalsteuer+%E2%80%93+eine+Schim%C3%A4re.pdf/aaae1a90-a6e6-069d-1eba-4dba7b92a032](http://www.kas.de/documents/252038/4521287/Digitalsteuer+%E2%80%93+eine+Schim%C3%A4re.pdf/aaae1a90-a6e6-069d-1eba-4dba7b92a032) [letzter Zugriff: 08.05. 2022].

# Quadratur des Kreises

Proteste und Inflationsbekämpfung in der Mongolei

## VIKTOR FRANK

Geboren 1980 in Kasachstan, Leiter des Auslandsbüros Mongolei der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Ulaanbaatar.

Anfang April 2022 wurde in der mongolischen Hauptstadt Ulaanbaatar lautstark gegen die Politik der mongolischen Regierung protestiert. Unmittelbarer Auslöser der Proteste waren Äußerungen einiger Politiker, die jungen Menschen mangeln-

den Patriotismus vorwarfen und die Bevölkerung zu mehr Sparsamkeit in ihrem Konsum aufriefen. Vor allem die Aufforderung zum Sparen stieß in der Mongolei, in der etwa dreißig Prozent der Bürgerinnen und Bürger schon jetzt unter der Armutsgrenze leben, auf wenig Verständnis. In der zurzeit wirtschaftlich angespannten Situation verschärfen fehlende Zukunftsperspektiven und die immense Inflation den Ärger der jungen Generation zusätzlich.

Beflügelt durch die Hoffnung auf eine sich erholende Weltwirtschaft, verabschiedete die mongolische Regierung Ende 2021 eine ambitionierte *New Revival Policy*: Mit großangelegten Investitionen in die einheimische Wirtschaft und durch die Implementierung zahlreicher Projekte vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Energie sollte die Entwicklung des Landes vorangetrieben werden. Der Corona-Ausbruch in China und der russische Überfall auf die Ukraine, der Transporte durch Russland und damit den Handel mit der Europäischen Union erheblich erschwert, zerstörten die Hoffnung auf eine rasche Erholung der mongolischen Wirtschaft. Der Mangel an ökonomisch sinnvollen alternativen Handelsrouten wirkt sich aktuell besonders gravierend auf die Wirtschaft des zwischen Russland und China liegenden Binnenstaates aus. Bereits einige Wochen nach Verabschiedung der neuen Politikziele wurde deutlich, dass der ehrgeizige Plan zu scheitern droht.

Mit einer für 2022 prognostizierten Inflationsrate zwischen 14 und 15,5 Prozent erlebt die Mongolei zurzeit die stärkste Preissteigerung seit 2008. Selbst in der Krise Mitte der 2010er-Jahre blieben die Preise sowie der Wechselkurs der Landeswährung stabiler. Weltweit gestiegene Preise für Energieträger, Lebensmittel und Dünger treiben auch in der Mongolei, die alle Ölprodukte und 88 Prozent der Düngemittel sowie einen Großteil seiner Lebensmittel aus Russland und China importiert, die Inlandspreise nach oben. Hinzu kommt eine geringe Warenverfügbarkeit infolge der bereits seit Oktober 2021 aufgrund der Corona-Pandemie geschlossenen Grenze zu China. Der Warenimport wird auch durch die mangelnde Verfügbarkeit von Devisen erschwert. Die

drastischen Eingriffe der russischen Zentralbank in den Devisenhandel in Russland führten dazu, dass russische Staatsbürger und Firmen auf den mongolischen Devisenmarkt zurückgriffen. Die Mongolei musste daraufhin den Devisenumtausch einschränken. Die mongolische Zentralbank schätzt, dass der Ukraine-Krieg allein für drei bis fünf Prozentpunkte der Inflation verantwortlich ist.

Die rigide chinesische Zero-COVID-Politik erschwert nicht nur den Warenimport, sondern auch den Export von Rohstoffen. Aufgrund logistischer Einschränkungen konnte die stark von Rohstoffeinnahmen abhängige Mongolei 2021 nur bedingt von der weltweit gestiegenen Rohstoffnachfrage profitieren. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im letzten Jahr nur um 1,4 Prozent, nachdem es 2020 um 4,4 Prozent eingebrochen war. Im ersten Quartal 2022 brachen der Rohstoffexport um 34,8 Prozent und die Industrieproduktion um 24,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein.

Aktuell konzentriert sich die Regierung auf die Unterstützung der Bevölkerung und die Bekämpfung der grassierenden Inflation. Die dazu ergriffenen Maßnahmen erscheinen teilweise konträr zueinander. Die Anhebung der Mindestrente sowie des Mindestlohnes um 29,7 Prozent beziehungsweise 31 Prozent Anfang 2022 ohne Wirtschaftswachstum oder eine gesteigerte Warenverfügbarkeit droht die Geldentwertung zu beschleunigen. Gleichzeitig versucht die Regierung, mit steuerlichen Entlastungen von Importeuren von Erdölerzeugnissen sowie mit direkter Unterstützung von Fleisch- und Mehlproduzenten die Preissteigerung der wichtigsten Konsumgüter in den Griff zu bekommen. Noch im Vorjahr wurde



versucht, die Benzinpreise mit gesetzlich geregelten Höchstpreisen einzudämmen. Dieser Versuch endete mit einer landesweiten wochenlangen Benzinknappheit, als die Einkaufspreise die Verkaufspreise überschritten. Dass der Staat in der jetzigen Situation gleichzeitig eine strategische Reserve der genannten Produkte aufzubauen sucht und damit die Nachfrage steigert, konterkariert die Maßnahmen zumindest teilweise.

Die Steigerung der Staatsausgaben erhöht die Staatsverschuldung auf 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Staatsschulden stiegen erst kürzlich durch die immense staatliche Unterstützung während der Coronakrise massiv. Die geleisteten Hilfen summieren sich auf bis zu achtzehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Staatliche Bemühungen zur Erhöhung der Devisenreserven des Landes strapazieren den Haushalt zusätzlich.

Um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und der galoppierenden Inflation Einhalt zu gebieten, muss die mongolische Regierung nach Ansicht der Weltbank primär zu einer Geldpolitik mit

glaubwürdigen Inflationsankern zurückkehren. Der Leitzins müsste angehoben und der Wechselkurs freigegeben werden, um negative externe Schocks absorbieren zu können. Darüber hinaus müsste der Haushalt konsolidiert werden, um weitere Schulden zu vermeiden und notwendige Investitionen zu ermöglichen.

Die mongolische Regierung steht vor einem Dilemma: Es müssten schmerzhaft Reformen umgesetzt und staatliche Subventionen sowie Transferzahlungen reduziert werden, um die Inflation einzudämmen. Gleichzeitig muss sie die Bevölkerung unterstützen, um weitere Proteste zu vermeiden. Die kürzlich beschlossene Budgetanpassung, bereits die zweite in diesem Jahr, enthält keine Hinweise auf eine Haushaltskonsolidierung. Während mehrstündiger Verhandlungen mit den Demonstranten auf dem Hauptplatz des Landes versprach der mongolische Premierminister, die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern sowie die Inflation zu bekämpfen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie er diese Versprechen gleichzeitig erfüllen kann.

# Der freie Markt und seine Feinde

Preisbildung in der Sozialen Marktwirtschaft

## WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als Ludwig von Mises, ein bedeutender Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie, 1951 neun Vorlesungen hielt, die später unter dem Titel *Der freie Markt und seine Feinde* veröffentlicht wurden, hatte er dabei wohl kaum die Bundesrepublik Deutschland

im Sinn. Damals war Ludwig Erhard Wirtschaftsminister, und die CDU war, getragen vom beginnenden „Wirtschaftswunder“, eine wirtschaftspolitisch weitgehend geeinte Partei, in der die Vorzüge einer konsequenten Ordnungspolitik gleichermaßen den wirtschaftsliberalen wie den arbeitnehmerorientierten Parteiflügel beeindruckten. In der Partei ebenso wie in der bundesdeutschen Öffentlichkeit hatte man sich von den Erfolgen der auf einer freien Preisbildung beruhenden Wirtschaftspolitik überzeugen können. Die danach

über ein Jahrzehnt lang an zehn Prozent heranreichenden jährlichen Wachstumsquoten, die die Bundesrepublik erzielte und die sie seitdem nie wieder erreichen konnte, lagen im Wesentlichen am Ansatz einer Sozialen Marktwirtschaft, die sozialen Ausgleich mit einem durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage funktionierenden freien Markt, also einer freien Preisbildung, verband.

Im Gegensatz dazu herrscht seit einigen Jahren die paradoxe Tendenz, dass sich zwar alle demokratischen Parteien der Bundesrepublik zur Sozialen Marktwirtschaft bekennen, der Begriff in der Praxis jedoch degeneriert ist und man lieber den sozialen Aspekt, aber weniger das unverzichtbare marktwirtschaftliche Element wahrnimmt. Grund genug also, zu fragen, wie es um diesen Teil der Sozialen Marktwirtschaft, die Preisbildung auf dem freien Markt, zuletzt bestellt war.

Im Kern besagt der Begriff der Marktwirtschaft, dass sich Preise – seien sie für Waren oder Dienstleistungen – im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bilden. Besteht eine große Nachfrage beispielsweise nach Wohnimmobilien, so wie etwa zurzeit, so steigen die Preise, weil Produzenten beziehungsweise Verkäufer die Preise erhöhen. Sinkt die Nachfrage, so sinken auch die Preise. Selbstverständlich gibt es noch andere Faktoren, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, im gewählten Beispiel etwa die Kreditkosten: Sind die Zinsen niedrig, so können Käufer höhere Preise finanzieren als beispielsweise in den 1990er-Jahren, als Immobilienkredite mehr als doppelt so teuer waren wie heute.

## KATASTROPHENGESCHICHTE ADMINISTRATIVER PREISVORGABEN

Dieser eigentlich simple Mechanismus ist das tragende Element jeder freien Wirtschaft und führt zu einer sinnvollen Preisbildung: Begehrtes ist teuer, Ladenhüter verbilligen sich, der Markt bildet einen angemessenen Preis. Es ist in der gesamten Wirtschaftsgeschichte der Menschheit, soweit wir sie historisch überblicken, niemals gelungen, dieses Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage aufzuheben und besser per Verordnung zu regeln. Beginnend mit dem Preisedikt Kaiser Diokletians (301 n. Chr.) reihen sich die gescheiterten Versuche, in den Markt einzugreifen und Preise administrativ vorzugeben, aneinander. Relativ plump sind Versuche, einfach einen Preis X festzusetzen: In Zeiten von Lebensmittelknappheit wird etwa versucht, Höchstpreise für Brot, Mehl und so weiter festzusetzen. Die unvermeidliche Folge ist, dass sich zum einen Bäcker weigern, Brot zu einem niedrigeren Preis abzugeben, was den Mangel verschärft, und zum anderen ein schwarzer, also illegaler Markt entsteht. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung führen geradezu zwangsläufig zu einer Verzerrung der Marktmechanismen.

Gut zu beobachten war dies bei den Lebensmittelkarten in der frühen Nachkriegszeit oder – als größter gescheiterter Versuch – in den sozialistischen Wirtschaften des Ostblocks. Anders als Karl Marx postuliert hatte, war wohl nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln der entscheidende Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus, sondern die Preisbildung. In der Deutschen Demokratischen Republik etwa, der vermutlich noch am besten funktionierenden sozialistischen Wirtschaft, wurden die Preise per Dekret für die gesamte Wirtschaft festgelegt, was zu grotesken Verzerrungen führte. Wesentlich waren dabei vor allem soziale Motive. Die Wohnungsmieten waren bereits in der Wirtschaft des Nationalsozialismus auf dem Stand von 1943 eingefroren worden, was in der DDR dazu führte, dass kein privater Immobilieneigentümer mehr nennenswert in die Erhaltung oder Aufwertung von Wohnraum investierte: Es lohnte sich schlicht nicht. Dass Wohnungen in Ostdeutschland 1989 meist nur über Ofenheizung und Außentoilette verfügten, also auch den Standard von vor vierzig Jahren aufwiesen, war die direkte Folge dieser staatlichen Mietpreisregulierung. Die Beispiele ließen sich endlos fortsetzen. Vermutlich waren die vielfältigen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen infolge der staatlichen Eingriffe ins Preisgefüge der wichtigste Einzelgrund für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Ostblocks.

## ORDNUNGSPOLITISCH ERFOLGREICHE ANSÄTZE

Natürlich gibt es fast immer gute und nachvollziehbare Motive dafür, Preise zu regulieren. Meistens sind dies soziale Gründe, und sie sind auch gerade in Demokratien kaum zu ignorieren. Wenn Menschen hungern, weil Lebensmittel zu teuer sind, muss die Politik völlig unabhängig von ordnungspolitischen Vorstellungen Abhilfe schaffen. Gleiches gilt, wenn Wohnraum unbezahlbar wird oder der Arbeitslohn nicht mehr zum Leben reicht. Entscheidend ist aber das „Wie“: Wenn der Staat versucht, zu hohe Lebensmittelpreise mit Preisobergrenzen in den Griff zu bekommen, entsteht der geschilderte Effekt. Ohne dass ein einziges Brot mehr gebacken wird, entsteht ein schwarzer Markt, und das Angebot verknappt sich sogar. Der ordnungspolitische wirksame Ansatz greift stattdessen an zwei Stellen: Der Staat versucht, das Angebot zu vergrößern, beispielsweise, indem er selbst Getreide aus dem Ausland importiert oder staatliche Lebensmittelreserven freigibt, und er unterstützt diejenigen Bürger unmittelbar finanziell, denen Hunger droht. Ohne dass er direkt in die Preisbildung eingreift, lassen sich die sozialpolitisch notwendigen Ziele durch personenbezogene Unterstützungsmaßnahmen und eine Erweiterung der Angebotsseite erreichen. Beides ist sozialpolitisch wirksamer und bewahrt den freien Markt.

Dieser doppelte Ansatz ist jahrzehntelang erfolgreich auf dem deutschen Wohnungsmarkt praktiziert worden: Durch das Wohngeld werden bis

heute sozial schwache Familien unterstützt, und der Staat hat mit großzügigen steuerlichen Anreizen und direkten Subventionen lange Jahre den Mietwohnungsbau stimuliert, also das Angebot groß gehalten. Sowohl durch den sozialen Wohnungsbau als auch den umfangreichen Bau von Wohnungen durch Staatsbetriebe wie Bahn und Post oder die zahlreichen Wohnungsbau-genossenschaften gab es in der Bundesrepublik eine sehr diversifizierte Angebotsstruktur im Mietwohnungsbereich, bei der ein großes Angebot an quasi-staatlichen Wohnungen ohne allzu starke Eingriffe die Miethöhen reguliert hat.

## IRRWITZIGE MIETPREISBREMSE

Erst als sich in den 1990er-Jahren manchesterliberale Vorstellungen durchsetzten, veräußerten der Bund und fast alle deutschen Kommunen ihre Wohnungsbestände. Dadurch ist das Angebot an genossenschaftlichen oder kommunalen Wohnungen stark zurückgegangen, und da auch der private Wohnungsbau durch den Wegfall der staatlichen Förderungen für den Bereich der einfachen oder mittleren Wohnungsqualität wirtschaftlich unattraktiv geworden ist, erklärt sich aus diesen Fehlern – natürlich verschärft durch die wachsende Stadtbevölkerung – die jetzige Misere am Wohnungsmarkt. Die wirtschaftlich irrwitzigen und mittlerweile auch juristisch gescheiterten Versuche der Preisregulierung wie die Berliner Mietpreisbremse zeigen nur die Ratlosigkeit der Politik, und Bürgerbegehren für die Enteignung von völlig im legalen Rahmen agierenden Immobilienunternehmen werden ebenfalls spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern. Sie wären selbst im Erfolgsfall kontraproduktiv für eine Entspannung des Immobilienmarktes. Es gäbe durch die Enteignungen nicht eine einzige Wohnung mehr, aber man würde alle privaten Investoren dauerhaft abschrecken. Vereinfacht gesagt: Man hat ein Aquarium in Fischsuppe verwandelt und stellt jetzt fest, dass dieser Prozess sich nicht einfach umkehren lässt.

Der einzig erfolgversprechende Weg ist die Stärkung der Angebotsseite: Das heißt, der Staat sollte einerseits durch lohnende Subventionen den Bau einfacher Wohnungen für private Investoren attraktiv machen und andererseits auch selbst Geld in die Hand nehmen und Mietwohnungen bauen. Beides kostet viel Geld und wird Zeit in Anspruch nehmen; es ist jedoch der einzige Weg, erneut zu einem funktionierenden Wohnungsmarkt zu gelangen.

Wie das Beispiel des Mietwohnungsmarktes zeigt, ist eine sinnvolle Ordnungspolitik keineswegs mit einem schrankenlosen Manchesterkapitalismus gleichzusetzen; die Soziale Marktwirtschaft ist eben *kein* Neoliberalismus. Eine wesentliche Ursache für die Zerstörung des Marktes war die Privatisierung der staatlichen Wohnungsbestände. Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert dort besonders gut, wo beide Elemente – soziale Gesichtspunkte ebenso wie marktwirtschaftliche – ausgewogen zur Geltung kommen. Je nach

Bereich kann dies durchaus heißen, dass ein Wirtschaftsbereich preisreguliert sein muss, weil die Konzentration der Anbieter keinen freien Markt zulässt. Ein instruktives Beispiel dafür ist die Rüstungsindustrie, wo aufgrund übergeordneter nationaler sicherheitspolitischer Interessen kein freier Markt entstehen kann, oder – im täglichen Leben fühlbarer – der medizinische Sektor. In diesem Bereich hat es seit Gründung der Bundesrepublik einen durch den Staat preisregulierten Markt gegeben, und wenn man den entsprechenden Wirtschaftssektor etwa in den USA betrachtet, wo Diabetiker sterben, weil ein Oligopol von Medikamentenherstellern mithilfe politischer Lobbyisten aberwitzige Insulinpreise durchsetzen konnte, erscheint der regulierte Markt die bei Weitem bessere Alternative. Allerdings sind dies die Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Ebenfalls aus politischen Motiven, die jedoch nicht sozialpolitischer, sondern primär außenpolitischer Natur waren, gibt es seit Jahrzehnten einen regulierten Agrarmarkt in der Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise später in der Europäischen Union. Die Gründe dafür lagen anfangs vor allem in der französischen Innenpolitik, aber natürlich haben sich auch deutsche Bauernvertreter mit dieser Regulierung anfreunden können. Zwischenzeitlich entstanden dadurch erhebliche Marktverzerrungen; die Älteren erinnern sich an „Milchseen“ und „Butterberge“, als garantierte Ankaufpreise zu Überproduktionen führten. Selbstverständlich gibt es auch gute Gründe für eine dirigistische Agrarpolitik – man kann kleinere Bauernhöfe besser beschützen, höhere Umweltstandards durchsetzen et cetera –, aber all dies wäre sinnvoller mit direkten zielgerichteten Subventionen zu erreichen als über die Verzerrungen der Agrarpreise.

## STAATLICH FESTGESETZTE LÖHNE

In den letzten Jahren ist der freie Markt in der Bundesrepublik weiter eingeschränkt worden. Die Einführung eines festgelegten Mindestlohns war dabei ein besonders gravierender Schritt. Auslöser waren sozial ungerechte Löhne, wie etwa beim Reinigungspersonal im Hotelbereich oder für Friseure. Richtig wäre die Einführung einer Lohnaufstockung gewesen, um den im Niedriglohnsektor beschäftigten Arbeitskräften ein sozial angemessenes Auskommen zu verschaffen, ohne eine wirtschaftlich adäquate Lohnstruktur zu verzerren. Die damals beschlossene Preisfestsetzung in diesem Sektor durch eine Kommission hat staatlich festgesetzten Löhnen mit einem entsprechenden politischen Überbietungswettbewerb Tür und Tor geöffnet. Wohin dies führt, zeigt das Wahlversprechen der SPD 2021, den Mindestlohn auf zwölf Euro pro Stunde zu erhöhen, das jetzt umgesetzt wurde. Dass die FDP die eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen im Koalitionsvertrag verraten hat, ist ein schwacher Trost angesichts der Tatsache, dass auch aus der Union



wenig Kritik zu vernehmen war. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird durch die staatlich verordnete Erhöhung des Mindestlohns die Tarifautonomie der Tarifpartner zugunsten eines Wahlversprechens ausgehebelt. Ähnlich gravierend und gleichermaßen in der Öffentlichkeit populär war die Regulierung des Energiemarktes. Solarenergie findet jeder gut. Dass aber ein staatlich vorgegebener Ankaufspreis für privat erzeugten Solarstrom den Markt verzerrt und zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt hat, wurde kaum wahrgenommen. Es kam erst zu einem kometenhaften Aufstieg und dann zum Zusammenbruch deutscher Herstellerfirmen für Solarmodule – eine typische Folge einer von rein politisch festgesetzten Preisen befeuerten Industrie. Der Ausstieg aus der Atomenergie sowie ein umweltzerstörender Anbau von Mais für die Verstromung in Verbindung mit einer wirtschaftlich nicht selbsttragenden Ausrichtung auf erneuerbare Energien haben Deutschland in eine fatale Energieabhängigkeit von Russland gebracht. Wenn der Staat sich weniger eingemischt und die Energiepreise dem freien Markt überlassen hätte, wäre die aktuelle Situation wesentlich besser. Eine reine anlagenbasierte Subvention – der Staat bezahlt zum Beispiel die Hälfte der Investitionskosten für jede neu installierte Solaranlage – hätte den Energiepreissektor nicht verzerrt und Irrwege wie den ökologisch verheerenden Anbau von Energiemais verhindert.

### **FATALE POLITIK DES BILLIGEN GELDES**

Ein weiteres Beispiel ist die Verzerrung des Preises für Geld, den die Europäische Zentralbank (EZB) mit ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung vorgenommen hat. Er ist ein Grund für die derzeitigen inflationären Tendenzen. Geld ist eine Ware, deren Preis sich im Zinssatz für Kredite ausdrückt. Als mit der Finanzkrise nach 2009 die Märkte das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der stark überschuldeten südeuropäischen Euro-Staaten verloren, stand der Bestand der Europäischen Union auf dem Spiel. Die Ankündigung des damaligen EZB-Chefs Mario Draghi, „whatever it takes“ zu unternehmen, um einen Zusammenbruch des Euro zu verhindern, war politisch gerechtfertigt. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, stellte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel zutreffend fest. In einer derartigen Krisensituation muss die Politik sicherlich, um Schlimmeres zu verhindern, wirtschaftspolitische Grundsätze politischen Erwägungen unterordnen. Genauso hat Helmut Kohl 1990 gegen den Rat der Bundesbank einen wirtschaftlich eigentlich nicht vertretbaren Umtauschkurs für ostdeutsche Geldvermögen durchgesetzt, um mit der Wirtschafts- und Währungsunion die deutsche Einheit abzusichern. Dies wurde mit erhöhten Inflationsraten in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre bezahlt, war aber eindeutig die richtige Entscheidung.

Der Fehler lag also nicht in der ursprünglichen Euro-Rettung, sondern darin, dass nach der Stabilisierung der südeuropäischen Länder die Politik des billigen Geldes nicht schleunigst revidiert wurde. Als dann zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie 2020 noch eine gemeinsame Schuldenaufnahme der Europäischen Union beschlossen und damit die Einzelverantwortlichkeit der nationalen Regierungen für die Folgen ihrer Wirtschaftspolitik ausgehebelt wurde und sich ein Übergang zur monetären Staatsfinanzierung in der Europäischen Union abzeichnete, hatte der Euro zumindest vorerst als harte Währung ausgedient.

Die aktuelle Inflation, die insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fühlbar wird, ereilt die ordnungspolitisch geschwächte deutsche Wirtschaft zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Die durch eine fast schrankenlose Geldschöpfungspolitik der Europäischen Zentralbank aufgeblähte Geldmenge trifft auf eine Angebotsverknappung im Energiesektor sowie auf ausfallende Agrarerzeugnisse und wird sich in den nächsten Monaten auf die geringere Warenmenge verteilen: Selbst wenn Einzelpreise wie für Weizen oder Erdgas nach dem hoffentlich baldigen Ende des Ukraine-Krieges wieder sinken werden, wird ein dauerhaft höheres Preisniveau bestehen bleiben, mithin der Wohlstand des Durchschnittsdeutschen sinken. Dies ist eine direkte Folge der ordnungspolitischen Fehler der vergangenen Jahre.

Der freie Markt und seine Feinde: Zurzeit befinden sich vermutlich mehr Sektoren der deutschen Wirtschaft in Bereichen, in denen der Staat direkt die Preisbildung beeinflusst, als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Union sollte deshalb die jetzige Phase der programmatischen Neuaufstellung nutzen, um wieder zu ihren ordnungspolitischen Wurzeln zurückzukehren, und der „Marktwirtschaft“ wieder zu ihrer angemessenen Bedeutung im Rahmen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft verhelfen.

# Kulturelle Aneignung

Warum der Westen die ukrainische Kultur, Wissenschaft und Geschichte nicht berücksichtigt

## KATERYNA RIETZ-RAKUL

Geboren 1978 in Lwiw. Sie studierte Anglistik und Amerikanistik in Lwiw und Berlin und promovierte anschließend über die zeitgenössische Literatur. Sie ist Mitbegründerin der Kultur-NGO KUL'TURA e.V., mit der die internationale Zusammenarbeit zwischen Kreativen aus der Ukraine und anderen Ländern gefördert wird. Darüber hinaus ist sie auch als Dolmetscherin, Übersetzerin, Autorin und Kulturmanagerin tätig. Kateryna Rietz-Rakul lebt und arbeitet in Berlin.

Immer wieder denke ich darüber nach, wie wenig man im Westen das Trauma der Gewalt versteht, unter dem in Russlands

Nachbarländern die Menschen seit Generationen leiden: Einst hat meine jüdische Urgroßmutter ihren (jüdischen) Familiennamen geändert, um im damals sowjetisch besetzten Galizien für sich und ihre Töchter die Chance auf ein besseres Leben zu erhöhen. Ihr Schwiegersohn – mein Großvater, ein Holocaust-Überlebender – tat eine Generation später das Gleiche. Die andere Großmutter hat den Holodomor („Tötung durch Hunger“) im Osten des Landes knapp überlebt, ihr Vater wurde „entkulakisiert“ und vor den Augen seiner Familie erschossen, sein Bauernhof wurde konfisziert. Dennoch kämpfte sie im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee.

Ihr Ehemann, mein sibirischer Großvater (ein Mordwine), wurde von der Roten Armee zwangsrekrutiert. Bei Kriegsende war er Offizier in Transkarpatien, doch wurde seine Offizierskarriere beendet, als er die Unterdrückung der Minoritäten, die Massen- und Völkermorde und die Gulags kritisierte.

Meine Vorväter waren Ukrainer, Juden, Polen, Mordwinen und Letten. Sie wurden vertrieben, enteignet, vergewaltigt, ermordet – zunächst vom russischen, später vom sowjetischen Imperium. Jeder, der in der Sowjetunion als intellektuell und modern gelten wollte, jeder, der überleben oder Karriere machen wollte, musste seine Wurzeln vergessen oder verleugnen. Deshalb sprachen in meiner Familie bis 2014 alle Russisch.

In mehr als 300 Jahren wurde die ukrainische Sprache über einhundert Mal eingeschränkt, verboten oder abgeschafft. Allein im 20. Jahrhundert geschah dies über dreißigmal. Dazu kamen Verbote von ukrainischen Büchern, Kunstwerken, Kulturgütern und Festen.

Die Vernichtung der ukrainischen Elite war eine der zentralen Strategien des russischen Imperiums und in der Sowjetunion. Im 20. Jahrhundert galt dies unter anderem für die „Hingerichtete Renaissance“ der 1920er- und 1930er-Jahre, als Stalin die Tötung von 1.111 Künstlern befahl, aber auch für die Repressalien nach dem Tauwetter. Komponisten, Schriftsteller, Philosophen und Wissenschaftler wurden erschossen, verhaftet, gefoltert, gebrochen, gezwungen, eigene Manuskripte zu verbrennen. Diejenigen, die versuchten, nationale Traditionen zu bewahren, wurden strafrechtlich verfolgt. 1972 wurden vierzehn Studenten und Künstler in Lwiw vom sowjetischen Geheimdienst

KGB verhaftet, weil sie an einer traditionellen ukrainischen Weihnachtsfeier teilgenommen hatten.

Im 21. Jahrhundert setzt Russland die Strategie fort. Es gibt „Abschuss- und Entführungslisten“ für ukrainische Politiker, Kulturschaffende sowie Aktivistinnen und Aktivisten. Viele Menschen meines Freundes- und Kollegenkreises aus den seit 2014 besetzten Gebieten können ihre Familien dort nicht mehr besuchen, da sie auf diesen Listen stehen. Sie würden zu Tode gefoltert oder ermordet, wie der litauische Dokumentarfilmer Mantas Kvedaravičius, der von russischen Truppen gefangen genommen wurde und unter immer noch nicht aufgeklärten Umständen ums Leben kam. Oder sie kommen in Konzentrationslager, wie der ukrainische Journalist Stanislaw Asejew. Er verbrachte 28 Monate im *Izoliatsia*, in einem Foltergefängnis, das im ehemaligen Museum für Zeitgenössische Kunst in Donetsk nach der Vernichtung der dort ausgestellten „entarteten Kunst“ errichtet wurde. Asejew hat seine Haftzeit in seinem Buch *Heller Weg. Geschichte eines Konzentrationslagers im Donbass 2017–2019* beschrieben.

## VERBRENNUNG UKRAINISCHER BÜCHER

Ich lebe seit zwanzig Jahren in Deutschland und muss feststellen, dass es der westlichen (akademischen) Gesellschaft bis heute nicht gelungen ist, die kolonialistische und imperialistische Perspektive abzulegen. Das erklärt das unkritische Konsumieren der russischen Sichtweise auf die Ukraine, ihre Kultur und Wissenschaft und die Tatsache, dass eines der größten



Die National Gallery in London benannte das Bild von Edgar Degas „Russische Tänzerinnen“ in „Ukrainische Tänzerinnen“ um und fordert eine Diskussion über die Kennzeichnung ukrainischer Kunst und des ukrainischen Kulturerbes. (Original: Edgar Degas, „Russische Tänzerinnen“, um 1899, Pastell und Kohle auf Pauspapier, aufgelegt auf Malkarton, 73 × 59,1 cm.) © präsentiert von der Sara Lee Corporation, Chicago, durch die American Friends of the National Gallery, London, 1998.

Länder Europas und seine über vierzig Millionen Einwohner kaum Teil des akademischen Diskurses sind. Viele selbst ernannte „Ukraine-Experten“ haben noch nie einen Fuß in die Ukraine gesetzt, sprechen die Sprache nicht und sind eher Russland-Experten. Erst langsam ändert sich das: „Nichts über Ukraine ohne Ukrainer“, „Local Ownership für Peacebuilding“, „Ukraine als Subjekt“ – diese Forderungen hört man immer wieder. Sie reichen allerdings nicht einmal dafür, dass das aus dem Russischen abgeleitete „Kiew“ zugunsten des ukrainischen Kyjiw ersetzt wird, um das Koloniale aus der Sprache zu tilgen. Im englischsprachigen Raum hat man dagegen bereits 2014 das ukrainische „Kyiv“ übernommen.

Dabei ist der Ausweg recht einfach: indem man die Sichtweise der Ukrainerinnen und Ukrainer zu ihrem Land einholt. Künstler und Akademiker haben Instrumente und ein Vokabular entwickelt, um mit der Situation, dem neokolonialistischen Krieg, mit dem kollektiven Trauma umzugehen. Die ukrainischen Stimmen müssen ein berechtigtes Subjekt des Diskurses werden und dürfen nicht als parteiisch delegitimiert werden. Ohne diese Anerkennung ist kein *Peacebuilding* möglich.

Warum befinden wir uns dennoch in der Situation, dass im Westen ukrainische Kultur, Wissenschaft und Geschichte weitgehend unberücksichtigt bleiben? Einer der vielen Gründe ist die kulturelle Aneignung. Man kennt die großen Talente

und ihre Werke; allerdings bezeichnet man sie als Russen. Zum Beispiel den Schriftsteller Mykola (russisch Nikolaj) Gogol, Serhij Koroliov, den Vater der praktischen Raumfahrt, den Maler Kazimir Malewitsch.

Immer wieder werde ich gefragt, ob Ukrainisch eine andere Sprache als Russisch sei. Die ukrainische Sprache hat 84 Prozent ihres Wortschatzes mit Belarussisch gemeinsam, 70 Prozent mit Polnisch, 68 Prozent mit Slowakisch und nur 62 Prozent mit Russisch. Zum Vergleich: Die germanischen Sprachen Englisch und Niederländisch haben 63 Prozent gemeinsames Vokabular, Schwedisch und Norwegisch 84 Prozent.

Die Tatsache, dass diese und andere Fragen bezüglich der Existenz und Eigenständigkeit der Ukraine immer noch salonfähig sind, ist ein indirekter Grund für den 2014 begonnenen und 2022 fortgesetzten russischen Vernichtungskrieg. Den Krieg, der auch hier ungern beim Namen genannt wird und als „Ukraine-Krise“, „Ukraine-Konflikt“ oder „Ukraine-Krieg“ bezeichnet wird – ohne den eigentlichen Aggressor zu benennen.

Als Europäerin erwarte ich von Deutschland mehr Verantwortung im Umgang mit Geschichte – die sich heute vor unseren Augen wiederholt. Die Verbrennung der ukrainischen Bücher auf der besetzten Krym 2014 sollte gerade bei Deutschen alle Alarmglocken schrillen lassen. Die Vernichtung von Archiven und Büchern in den besetzten Gebieten, die Zerstörung der Museen und Kirchen sind erste Schritte, um eine Kultur zu vernichten. Die systematischen Vergewaltigungen und Verschleppungen sind Instrumente eines Genozids. Laut Angaben des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der

Russischen Föderation Stand Juni 2022 wurden 307.423 Kinder aus der Ukraine nach Russland gebracht. Das ist einer von vielen Verstößen gegen das Völkerrecht. Es ist bezeichnend, dass sich die russische Senatorin Lilia Gumerova entsetzt zeigt, dass viele der ukrainischen Kinder „aus den befreiten Gebieten“ nicht fließend Russisch sprechen. Sie möchte sie schnellstmöglich umschulen.

## DIE PROPAGANDA DER „ENTNAZIFIZIERUNG“

Besonders alarmierend ist ein Artikel, der am 3. April 2022 von der regierungskontrollierten russischen Nachrichtenagentur *RIA Novosti* veröffentlicht wurde. Der US-Historiker Timothy Snyder nannte ihn ein „Handbuch zum Völkermord“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 12. April 2022). Der Artikel ist immer noch einsehbar und wurde inzwischen mehrfach übersetzt. Sein Autor spricht darin von der Entnazifizierung der Ukraine – ein Terminus, der von der gesamten russischen Propaganda benutzt wird. Dem Dokument kann man entnehmen, dass „Entnazifizierung“ im offiziellen russischen Sprachgebrauch nichts anderes bedeutet als die komplette Auslöschung alles Ukrainischen. Laut dieser Propaganda ist jeder Ukrainer ein „Nazi“ und hat damit sein Recht auf Leben verwirkt. Demzufolge war die Gründung eines ukrainischen Staates vor dreißig Jahren die „Nazifizierung der Ukraine“, und „jeder Versuch, einen solchen Staat zu errichten“, gilt als eine „Nazi“-Tat. Die Ukrainer sollen leiden, weil sie glauben, dass sie als eigenständiges Volk existieren; nur diese Buße könne zur „Erlösung von Schuld“ führen.



In diesem Sinne ist der Vernichtungskrieg die Kulmination eines über 300 Jahre langen Kampfes. Für die Ukrainer und die Ukraine ist es ein Kampf um die Existenz, ein Kampf des Staates und jedes Einzelnen. Und genau darin liegt die treibende Kraft der ukrainischen Nationalbewegung: Es geht um die Befreiung einer unterdrückten Kolonie, die seit Jahrhunderten einen ungleichen Kampf gegen einen Hegemon führt. Es ist der Wunsch und die Not, eine eigene Kultur, Sprache, Küche, Identität haben zu dürfen. Anders als bei den imperialistischen Nationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts, den wir etwa aus Deutschland, Russland, Frankreich oder Großbritannien kennen, ist das Ziel nicht, andere zu unterdrücken, sondern endlich als gleichberechtigte Nation in Europa zu Freiheit und Unabhängigkeit zu finden. Die ukrainische Nationalbewegung zielt nicht auf Dominanz und Expansion, sondern auf Stabilität und sichere Grenzen.

Russland, das nachweislich zahlreiche rechtsextreme Bewegungen in Europa finanziert, verbreitet das Narrativ einer nationalistischen Ukraine, das auch hierzulande immer wieder aufgegriffen wird. Die zugrundeliegenden Thesen sind längst von Historikern, die rechtsradikale Bewegungen studieren, wie Anton Shekhovtsov, widerlegt. In den acht Jahren des Krieges verlor die rechte Bewegung in der Ukraine weiter an Bedeutung. Dies spiegelt sich in der Wahl 2019 wider: Mit etwa zwei Prozent der Wählerstimmen gelang es ihr nicht, in die *Verkhowna Rada*,

in das nationale Parlament, einzuziehen. Paradoxe Weise wird die Ukraine dennoch als ein nationalistischer Staat betrachtet.

Infolgedessen stößt jeder Versuch der Ukrainerinnen und Ukrainer, sich von Russland zu distanzieren, hier in Deutschland oftmals auf Unverständnis. Ukrainische Intellektuelle und Künstler werden immer wieder in die unangenehme Lage gebracht, zusammen mit russischen Kolleginnen und Kollegen – von denen nur die wenigsten nobel reagieren und sich zurückziehen – an Kunstresidenzen, Festivals oder Paneldiskussionen teilzunehmen. Das Problematische für die ukrainischen Kunstschaffenden ist, dass auch viele Putin-Gegner imperialistisch denken. So der Nobelpreisträger Iosif Brodsky, der große russische Dichter, der in die USA flüchtete und auf der ganzen Welt als sowjetischer Dissident gefeiert wurde. In seinem auf YouTube gelesenen Schmähdgedicht „Zur Unabhängigkeit der Ukraine“ verunglimpft er die Ukraine und Ukrainer, ihre Kultur, ihren Willen zur Selbstbestimmung.

Nun kann Westeuropa nicht mehr wegschauen und ist endlich dabei, die Existenz und Subjektivität der osteuropäischen Länder wahrzunehmen und anzuerkennen. Eines der Zeichen für eine Zeitenwende ist die Erteilung des EU-Kandidatenstatus am 23. Juni 2022. Für die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer liegt darin ein willkommener nächster Schritt auf dem langen Weg ins nicht nur geografische, sondern auch politische Europa.

# Auf der Walz

Gesellenwanderung – Vergangenheitsrelikt oder Hochschule des Handwerks?

## MARKUS RÖMER

Geboren 1977 in Hannover, Diplom-Soziologe und Doktorand an der Universität Bayreuth, stellv. Leiter Verwaltung und Lehrgänge des Berufsbildungszentrums der Handwerkskammer Oldenburg. Im Rahmen seiner Dissertation interviewt er Wander-gesellinnen und -gesellen zu ihren Erfahrungen auf der traditionellen Gesellenwanderung „Walz“.

Wer über den Brauch der Gesellenwanderung berichtet, bewegt sich auf dünnem Eis. Dies gilt zumindest dann, wenn der Fokus nicht auf der Vergangenheit und somit auf der mehr als 700 Jahre alten Geschichte der Gesellenwanderung liegt,

sondern auf dem Status quo. Es befinden sich zwar momentan nur etwa 450 Gesellinnen und Gesellen auf der Walz – aber die Kommunikation innerhalb ihres Netzwerks funktioniert hervorragend. Inkorrekte Zeitungsartikel oder zweifelhafte Darstellungen im Fernsehen verbreiten sich rasch und fallen Verantwortlichen nicht selten in Form der Bitte um Richtigstellung vor die Füße. Auch die interviewten und abgelichteten Gesellen müssen mitunter ihren Kameraden Rede und Antwort stehen, wenn sie sich missverständlich geäußert haben beziehungsweise entsprechend zitiert wurden. Deshalb verhalten sich die meisten Wandergesellen eher zurückhaltend, wenn es um Medienberichte geht.

Das sinnbildliche Eis ist für Beobachter der Wandergesellenkultur auch deswegen sehr dünn, da über „die“ Wandergesellen nur wenig Allgemeingültiges geschrieben werden kann: Von Laien zumeist als homogene Gruppe wahrgenommen, handelt es sich bei ihnen in Wirklichkeit um eine äußerst heterogene Gruppe von Individuen mit unterschiedlichsten Motivlagen, Herkunftsmilieus und Weltanschauungen, die sich nicht gern in Schubladen einordnen lassen. Darüber hinaus sind viele Wandergesellen Mitglied in Gesellenvereinigungen. Diese bilden – jede für sich – abgeschlossene soziale Sphären, in die selbst nicht zugehörigen Gesellen kaum Einblick gewährt wird. Soziologisch gesprochen, wird man in der Lebenswelt der Wandergesellen ständig mit Phänomenen der Inklusion und der Exklusion konfrontiert – wobei man sich als „Kuhkopp“, wie nicht wandernde Laien von den Gesellen genannt werden, meist in der Rolle des Außenstehenden befindet, dem vieles nicht verraten werden darf und der bei bestimmten internen Zusammenkünften und Ritualen nicht erwünscht ist.

Eine Abgrenzung findet bereits mittels des Sprachgebrauchs statt: Wörter wie „Kuhkopp“, aber auch „Schniegelei“ (Arbeit), „Platte machen“ (übernachten) oder „schmal machen“ (Reiseunterstützung organisieren) sind der alten Mundart des Rotwelschen entnommen und ermöglichen bei Bedarf eine Kommunikation zwischen Wandergesellen, ohne dass ein zufällig anwesender Laie versteht, worum es geht.

Die derart gepflegte Diskretion wird unter anderem historisch begründet: Seit dem Aufkommen der Gesellenbruderschaften im 14. Jahrhundert wurden diese von der Obrigkeit misstrauisch beäugt und

teils strafrechtlich verfolgt. Im „Dritten Reich“ und in der DDR waren die Bruderschaften verboten – Geheimhaltung war überlebenswichtig. Dass dieselbe bis heute gepflegt wird, erhöht die Faszination für die Walz, macht es aber nicht leichter, die Balance zwischen sachlich richtiger Berichterstattung und einer als ungebührlich empfundenen Anbiederung oder gar Indiskretion zu finden. Und: Über vieles kann der außenstehende Beobachter gar nicht berichten, da er es nie erfahren wird – der Respekt und die ethischen Regeln der Sozialforschung verbieten einen solchen Vertrauensbruch ohnehin.

### WANDERnde BÄCKER, ZÜNFTIGE REGELN

Was verraten werden darf: Wandergesellen sind Handwerkerinnen und Handwerker, die ihrem Wohnort für mehrere Jahre den Rücken kehren, um in Kluft – und damit in der Öffentlichkeit leicht erkennbar – zu reisen und in ihrem Gewerk zu arbeiten. Mehr als drei Dutzend unterschiedliche Gewerke befinden sich heute auf der Straße; es wandern längst nicht mehr nur Bauhandwerker, sondern auch Bäcker, Schuhmacher oder Goldschmiede. Selbst eine wandernde Friseurin, ein Elektriker und ein Fahrradmechaniker wurden vom Autor angetroffen. Die gegenwärtig praktizierte, gewerkeübergreifende Walz befindet sich im Einklang mit der historischen Wanderpraxis: Um 1400 setzte sich der Brauch der Gesellenwanderung im deutschsprachigen Raum allgemein durch, ab dem späten 16. Jahrhundert wurde er für die meisten Handwerker zur Pflicht.<sup>1</sup>

Dass heute auch Gewerke neueren Datums wandern, die im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit noch nicht existierten, führt innerhalb der Gemeinschaft der Wandergesellen von Zeit zu Zeit zu regen Diskussionen. Unterschiedlichste Positionen werden zu diesem Thema bezogen. Auch die Tatsache, dass die Walz in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts weiblicher wurde und heute zahlreiche Frauen wandern, wird intern teilweise immer noch kritisch gesehen – womit man aber auch schon im Bereich äußerst sensibel zu behandelnder Gesprächsthemen angekommen ist.

Die Wanderpflicht für Gesellen entfiel in Deutschland in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts – wer heute wandert, tut dies aus freien Stücken. Allerdings achtet die Gemeinschaft der Wandergesellinnen und -gesellen darauf, dass bestimmte Voraussetzungen bei Interessenten gegeben sind und eine Reihe von Regeln eingehalten werden: Interessenten sollten unter dreißig Jahre alt, unverheiratet, kinderlos und schuldenfrei sein. Die Regeln der zünftigen Walz beinhalten heute unter anderem den Verzicht auf ein eigenes Mobiltelefon sowie die Vorgaben, für Mobilität und Unterkunft möglichst kein Geld auszugeben. Der weltliche Besitz wird am Leibe getragen beziehungsweise im Bündel über der Schulter mitgeführt. Des Weiteren muss eine sogenannte „Bannmeile“ um den eigenen Wohnort beachtet werden, das heißt, dieser ist während der Walz – die mindestens zwei, meistens aber drei und mehr Jahre dauert – tabu.

Fern der Heimat in aufsehenerregender Kleidung und ohne Handy unterwegs? Trampen als gängiges, jedoch ziemlich unberechenbares Fortbewegungsmittel?

Regelmäßig mit dem Problem des nächsten Schlafplatzes konfrontiert und notgedrungen öfter einmal – selbstverständlich ohne Zelt – bei „Mutter Grün Platte machen“, also in der freien Natur campieren? Solche extremen Verhaltensweisen werfen unweigerlich die Frage auf: Warum tut man sich freiwillig so etwas an?

### WEIDESCHUSSVERFAHREN UND KALFATERN

Die meisten Gesellen geben als Motive für die Walz eine Mischung aus Abenteuer- und Reiselust sowie das Ziel an, sich im eigenen Gewerk weiterzuentwickeln. Dass eine solche Reise abenteuerlich ist, dass man in Kluft ständig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht und sich vor Kontakten oft kaum retten kann, ist leicht vorstellbar. Ebenso leuchtet es ein, dass die Walz für die Herausbildung bestimmter lebenspraktischer Fähigkeiten förderlich ist, wie zum Beispiel für die Einübung eines selbstbewussten Auftretens oder für die klare Kommunikation der eigenen Wünsche und Interessen. Auf sich allein gestellt, werden auf der Straße selbstverantwortliches Handeln und auch eine gewisse stoische Gelassenheit schnell erlernt – oder die Wanderschaft wird aufgrund solcher Herausforderungen abgebrochen, was gelegentlich vorkommt.

Aber welchen berufsbildenden Lernwert hat die Walz heute? Hat der Ausdruck des Handwerksforschers Rudolf Wissell, der von der Walz als „Hochschule des Handwerks“<sup>2</sup> sprach, nach wie vor seine Gültigkeit?

Diese Frage ist schwer zu beantworten. Grundsätzlich bietet die Walz zahllose

Möglichkeiten, sich spannenden Projekten und Tätigkeiten zu widmen, die den alltäglichen Arbeitshorizont übersteigen: Sei es der Maurer, der schon seit Monaten keine gerade Wand mehr gemauert hat, da er sich nur die kompliziertesten Rundbögen aussucht, die Fleischerin, die sich für das in Deutschland noch seltene Weideschussverfahren interessiert, der Bootsbauer, der sich im Kalfatern, also im Abdichten von Schiffsplanken mit Hanf und Pech, übt, oder der Zimmerer, der in Japan beim traditionellen Holztempelbau mitwirkt und in Handarbeit Holzverbindungen fertigt – sie alle nutzen die Freiheit, die die Walz ihnen bietet, um sich in ungewöhnlichen Tätigkeiten auszuprobieren, mit denen sie in ihrem normalen Berufsalltag niemals in Kontakt gekommen wären.

Lernbegierigen Wandergesellen, die neue Fertigkeiten erlangen und ihnen bislang unbekanntes Zweige ihres Gewerks oder anderer Gewerke erkunden wollen, kommen dabei zwei Umstände zugute: *Erstens* sind sie finanziell relativ unabhängig, da sie ihre materiellen Bedürfnisse auf ein Minimum reduzieren. Für nicht wenige Wandergesellen bedeutet dies, dass sie sich den Luxus leisten können, ausschließlich Arbeiten ihrer Wahl zu verrichten. Allerdings schwanken diese Freiheitsgrade von Gewerk zu Gewerk erheblich, wobei momentan insbesondere Gesellinnen und Gesellen der Baugewerke sehr viel Wahlfreiheit genießen. Trotzdem: Kein Wandergeselle arbeitet während der gesamten Walz „nur“ für Geld – das eine oder andere Wunschprojekt ist bei jeder und jedem dabei.

*Zweitens* begegnen Arbeitgeber Wandergesellen meist mit einer gewissen Toleranz. Wenn ein schweizerischer Dachdeckergehilfe bei einer norddeutschen

Reetdachdeckerei um Arbeit vorspricht, so ist von vornherein klar, dass ein etwaig zustande kommendes Anstellungsverhältnis deutlich von dem normalerweise erwartbaren abweicht. Im Betrieb ähnelt die Rolle von Wandergesellen oft eher der von Lehrlingen. Viele Arbeitgeber akzeptieren dies.

Am Beispiel Dachdeckerhandwerk wird klar: Im Handwerk existieren zahlreiche regionale Unterschiede, die auf der Walz kennengelernt werden können. Was davon später in den Berufsalltag übertragen werden kann, sei dahingestellt. Der handwerkliche Erfahrungshorizont wird dadurch jedoch allemal erweitert.

Abschließend bleibt festzustellen, dass bei der Walz – ähnlich wie bei einem Hochschulstudium – sehr viel von der Eigeninitiative und Eigenverantwortung des einzelnen Individuums abhängt. Allein schon deswegen ist die Frage nach dem Lernwert der Walz pauschal kaum zu beantworten. Zumindest bietet die Wanderschaft ein Höchstmaß an Freiheit und zahllose Gelegenheiten zur Weiterentwicklung im jeweiligen Gewerk – zumindest die vom Autor interviewten Personen schienen die Kultivierung dieser Freiheit äußerst zielstrebig zu betreiben.

## WERTSCHÄTZUNG VON TRADITION

Wo immer Wandergesellen auftauchen, stehen sie im Mittelpunkt, sind Hingucker, Fotomotiv, Medienereignis. Für die meisten Menschen ist der Anblick von Wandergesellen in Kluft positiv konnotiert; oft wird ihnen ein gewisser Vertrauensvorschuss entgegengebracht – wovon die

Gesellen bei der Suche nach dem nächsten Schlafplatz oder der nächsten Mitfahrgelegenheit profitieren. Wenn man bedenkt, wie radikal anders, ja konträr sich Wandergesellen zu gesellschaftlichen Trends und Buzzwords wie etwa „Digitalisierung“ verhalten, wirft das die Frage auf: Was verrät uns diese von Faszination geprägte Wahrnehmung über uns selbst?

Vielleicht bieten einige der manchmal sperrig anmutenden Begrifflichkeiten des Philosophen Hermann Lübbe Erklärungsansätze. Laut Lübbe befinden wir uns inmitten in einer Epoche, die sich durch eine nie dagewesene Schnellebigkeit des zivilisatorischen Wandels auszeichnet. Ständig kommen Innovationen auf und lösen eben noch neue Produkte und Techniken, aber auch vertraute Handlungsmuster und Lebensweisen ab. Das Ergebnis: Unsere Welt veraltet schneller, wird uns schneller neu und unvertraut, als es jemals der Fall war – ein Phänomen, für das Lübbe den Begriff der „Gegenwertschrumpfung“ geprägt hat.<sup>3</sup> Eine Folge dieser epochalen Dynamik ist laut Lübbe, dass das Interesse am Historischen als Kompensation des erlebten Vertrauensverlustes steigt: Vergangene Zeiten werden mit einem nostalgischen Gefühl erinnert, die heutige Geschichtsfokussiertheit sei historisch ohne Beispiel, so Lübbe.

Im Zuge dieses allgemeinen Historismus nimmt auch das Interesse an kulturellen Traditionen zu. Traditionen, als auf Dauer gestellte menschliche Verhaltensformen, bilden einen Gegenpol zur permanenten Entscheidungsnotwendigkeit, mit der sich der moderne Mensch konfrontiert sieht. Allerdings sind nur wenige Traditionen im 21. Jahrhundert noch le-

bendig, denn die wissenschaftlich-technische Zivilisation zieht, so Lübbe, einen „Traditionsgeltungsschwund“ nach sich: Überlieferte Verhaltensweisen werden mittels rationaler Kriterien hinterfragt und eingestellt. Auch die Weiterführung der Walz stand in den 1970er-Jahren vor dem Aus; sie konnte sich jedoch regenerieren und ist heute – mit neuer Dynamik beseelt – eines der wenigen Beispiele für eine überregional bekannte, gelebte kulturelle Tradition in Deutschland.

Ausgehend von Hermann Lübbe darf vermutet werden, dass die in ihrer malerischen Kluft scheinbar unbeschadet durch die Zeit gereisten Gesellinnen und Gesellen dem historischen Interesse und dem nostalgisch gefärbten Kompensationsbedürfnis ihrer Zeitgenossen in hohem Maße entgegenkommen. Die auf der Straße zufällig anzutreffenden Wandergesellen sind wie äußerst unwahrscheinliche, aber sehr lebendige Boten der Vergangenheit, die von der Möglichkeit der Beständigkeit, ja der Möglichkeit zeitloser Dauer menschlich kultivierter Lebensart künden – kurz: von Qualitäten, die in der turbulenten, sich ständig selbst überholenden modernen Gegenwart selten geworden sind und die wir deswegen wertschätzend wahrnehmen.

<sup>1</sup> Vgl. Knut Schulz: Handwerk, Zünfte und Gewerbe. Mittelalter und Renaissance, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2010, S. 54.

<sup>2</sup> Rudolf Wissell: Des Alten Handwerks Recht und Gewohnheit, Colloquium Verlag, Berlin 1971 (Originalausgabe erschienen 1929 unter gleichem Titel), S. 301.

<sup>3</sup> Vgl. Hermann Lübbe: Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart, Springer Verlag, Berlin 1992.



# Transatlantische Illusion

Warum Europa politisch, wirtschaftlich und militärisch selbstständiger werden muss

## JOSEF BRAML

Geboren 1968 in Regensburg (Bayern), promovierter Politikwissenschaftler, Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Denkfabrik Trilaterale Kommission. Weitere Analysen des Autors auch unter <https://usaexperte.com/>.

Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine wirkt der Westen geschlossen wie lange nicht. Doch zu glauben, die USA würden unsere Interessen wie in der guten alten Zeit des Kalten Krieges mitvertreten, ist die transatlantische Illusion. Denn die

Weltmacht ist heute innenpolitisch angeschlagen und wird sich außenpolitisch auf die Auseinandersetzung mit China konzentrieren.

Beide Entwicklungen – die gravierenden inneren Probleme der Weltmacht USA und ihre damit zusammenhängende außenpolitische Umorientierung – sollten den Verantwortlichen in Deutschland und Europa gründlich zu denken geben. Damit ist nicht gemeint, die NATO zu verlassen oder das transatlantische Bündnis aufzukündigen. Beides wäre in der gegenwärtigen, seit Russlands Ukraine-Invasion

umso unsicheren Lage sicherheitspolitisches Harakiri. Wohl aber geht es darum, den Weg in Richtung einer von den USA unabhängigen Verteidigungsfähigkeit Europas einzuschlagen, mit dem langfristigen Ziel eines Bündnisses auf Augenhöhe. Das ist kein einfacher Weg und auch kein kurzer. Und es ist auch nicht gesagt, dass wir dafür genügend Zeit bekommen. Denn niemand kann wissen, wann in Washington erneut jemand wie Donald Trump im Weißen Haus sitzt.

## RUHE VOR DEM NÄCHSTEN STURM?

Die Republikanische Partei, die einst den Kampf gegen den „gottlosen Kommunismus“ führte, beugt sich jetzt einem Führer, der Putin ein „Genie“ nennt. Wo es gälte, sich der russischen Aggression entschieden zu widersetzen, belobigen Trumps Anhänger bewaffnete Aufständische, die das Kapitol der Vereinigten Staaten angegriffen haben. Zusätzlich schleifen die Republikaner das Wahlrecht, um Trump eine zweite Amtszeit zu ermöglichen.

Aufgrund der politischen Polarisierung in Washington wird die für das Weiterbestehen der US-Demokratie notwendige Aufarbeitung des Sturms auf das Kapitol vom 6. Januar 2021 von den Republikanern im Kongress blockiert. Die Mehrzahl der republikanischen Abgeordneten und Senatoren folgt weiterhin willfährig ihrem Volkstribun Donald Trump; nur wenige widersprechen Trumps Behauptung, dass die Wahl „gestohlen“ worden und Biden nicht der rechtmäßige Präsident der Vereinigten Staaten sei.<sup>1</sup>

Umfragen belegen, dass auch die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Republikaner glaubt, dass Präsident Joe Biden nicht rechtmäßig gewählt wurde und dass etwa ein Drittel auch Gewalt zur Erreichung politischer Ziele befürwortet.<sup>2</sup> Wer diese Fakten ernst nimmt, sollte nicht überrascht sein, wenn es zu weiteren Gewaltexzessen wie am 6. Januar 2021 kommen sollte, als nach Trumps Anweisung, „zu kämpfen wie der Teufel“,<sup>3</sup> ein bewaffneter Mob das Kapitol stürmte, um die parlamentarische Zertifizierung von Bidens Wahlsieg zu verhindern.

Aber selbst die Ruhe vor einem weiteren möglichen Sturm lässt für die Demokraten und die Regierungsfähigkeit der Weltmacht nichts Gutes erwarten: Obwohl bei den nächsten Zwischenwahlen im November 2022 nicht das Präsidentenamt, sondern nur die Mitglieder des Kongresses – also 435 Abgeordnete des Repräsentantenhauses und ein Drittel des 100-köpfigen Senats – zur Wahl anstehen, könnte dieses Votum die legislative Handlungsunfähigkeit des amtierenden Präsidenten Biden festigen.

Bis auf wenige Ausnahmen hat jeder Amtsinhaber bei den Zwischenwahlen Sitze im Kongress verloren, zumal wenn er – wie Biden – nur schwache Zustimmungswerte für seine Amtsführung hat. Bereits der Verlust eines weiteren Sitzes im Senat würde den Republikanern einen mächtigen Hebel an die Hand geben, um sämtliche Pläne der Demokraten blockieren zu können. Mit den Kongresswahlen im November 2022 wird Biden voraussichtlich den Rest seiner Fähigkeit verlieren, Gesetze zu erlassen. Wenn es der Biden-Regierung nicht mehr gelingt, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lindern, dürften Trumps Startchancen

für dessen mögliche Rückkehr ins Weiße Haus steigen. Insbesondere könnte Bidens Unfähigkeit, das Wahlrecht zu reformieren, sich als problematisch für die amerikanische Demokratie erweisen und seinem Herausforderer Trump Chancen für eine zweite Amtszeit geben.

## ERMÄCHTIGUNG ZUR MANIPULATION

Die Reform des Wahlrechts drängt, seitdem das Oberste Gericht am 25. Juni 2013 im Fall *Shelby County versus Holder* mit einer knappen Mehrheit von fünf gegen vier Stimmen urteilte, dass eine elementare Bestimmung des *Voting Rights Act*, ein Meilenstein der Emanzipation, der das gleiche Wahlrecht für schwarze Bürgerinnen und Bürger garantierte, überholt und damit verfassungswidrig sei. Hatten die bei Wahlen mit Diskriminierungspraktiken historisch vorbelasteten Südstaaten bis dahin der Bundesaufsicht unterstanden, so sind die Gesetzgeber seitdem aufgefordert, neue, an die heutige Zeit angepasste Kriterien zu finden, die weiterhin eine bundesstaatliche Aufsicht der von den Einzelstaaten organisierten Wahlen rechtfertigen würden.

Solange die Bundesregierung keine entsprechende Wahlrechtsreform verabschiedet, haben die Einzelstaaten freie Hand, wenn sie Minderheiten bei Wahlen wieder benachteiligen wollen. Ohne Aufsichtsrecht Washingtons müssen vor allem die den Demokraten näherstehenden afro-amerikanischen Wählerinnen und Wähler damit rechnen, durch Auflagen der Einzelstaaten bei Wahlen diskriminiert zu werden, wenn sie etwa nicht die notwen-

digen Papiere zur Wählerregistrierung vorweisen können oder die Zeit für die Stimmabgabe beziehungsweise die Möglichkeit der Briefwahl eingeschränkt wird.

Mittlerweile haben republikanische Gesetzgeber in 41 Bundesstaaten bereits Hunderte von Gesetzesvorlagen vorgeschlagen und fast drei Dutzend Gesetze verabschiedet, die die einzelstaatlichen Gesetzgeber ermächtigen, Wahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren. Unter anderem sollten professionelle Wahlbeamte durch Parteiaktivisten ersetzt werden, die ein Interesse daran haben, dass ihr Kandidat gewinnt. Viele dieser Gesetze sind in entscheidenden *battleground states* wie Arizona, Wisconsin, Georgia und Pennsylvania vorgeschlagen und verabschiedet worden.<sup>4</sup>

## „WIR SIND NAH AM BÜRGERKRIEG“

Ohnehin war bei näherer Betrachtung Bidens Wahlsieg hauchdünn. Trump fehlten in Georgia, Arizona und Wisconsin, den Staaten mit den knappsten Wahlausgängen, zusammengenommen weniger als 44.000 Stimmen, um die Wahl doch noch für sich zu entscheiden.<sup>5</sup>

Bereits nach der Wahl 2020 hatte es die Trump-Kampagne auf diese Staaten abgesehen, indem sie Nachzählungen einlegte und Beamte einzuschüchtern versuchte, um „fehlende“ Stimmen zu finden. Dank der Integrität der Wahlbeamten scheiterten diese Bemühungen. Viele dieser Beamten wurden seitdem aus dem Amt gedrängt und durch Trump-Anhänger ersetzt, die offen behaupten, dass die letzte Wahl betrügerisch gewesen sei.<sup>6</sup>

Der Begriff „battleground states“ könnte künftig eine noch dramatischere Bedeutung im eigentlichen Wortsinn umschreiben: „Wir sind näher am Bürgerkrieg, als irgendjemand von uns glauben möchte“, heißt es in einer neuen Studie von Barbara F. Walter.<sup>7</sup> Die Professorin für Politikwissenschaft an der *University of California* in San Diego ist nicht bekannt für Übertreibungen, sondern für nüchterne Lageanalysen. Sie ist Mitglied der *Political Instability Task Force*, eines Beratungsgremiums der *Central Intelligence Agency*, das weltweit Länder überwacht und prognostiziert, welche am stärksten von Gewalt bedroht sind.

Selbst wenn es nicht so weit kommen sollte, spricht derzeit vieles dafür, dass die USA künftig allzu viel mit sich selbst, also mit ihrer inneren Ordnung, zu tun haben werden, als dass sie die vom (noch) amtierenden Präsidenten Joe Biden beanspruchte Rolle des Hüters einer liberalen Weltordnung erfüllen könnten. Von ihr sind jedoch Europas Sicherheit und Wohlstand abhängig.

## AMERICA FIRST!

Die Sicherheit, der Wohlstand und der soziale Frieden in Deutschland und Europa werden in Zukunft umso mehr von den Defiziten und Defekten der amerikanischen Demokratie beeinträchtigt, wenn Europas Regierungsverantwortliche weiterhin tatenlos abwarten und sich der transatlantischen Illusion hingeben, dass die Vereinigten Staaten wieder zu ihren alten Tugenden zurückfinden und auch Europas Interessen wahrnehmen würden. Das Gegenteil ist realistischer: Dass die

USA wieder zu früherer Stärke und Dominanz gelangen, wäre in einer mittlerweile multipolaren Welt nur um einen Preis zu haben, den andere, vor allem auch Europa, zu zahlen hätten. Um den drohenden Kollaps abzuwenden und ihre dominante Weltmachtrolle zu bewahren, werden die Verantwortlichen in den USA alles daran setzen, ihre Interessen noch rücksichtsloser durchzusetzen und Lasten auf Freund und Feind abzuwälzen. Wieder könnte es heißen: *America first!*

## EUROPAS CHANCE

Für Europa, das der ehemalige und möglicherweise künftige US-Präsident Donald Trump und seine republikanische Partei sogar offen als Rivalen betrachten, bedeutet diese bedrohliche Entwicklung auch eine Chance – die Gelegenheit nämlich, die eigenen Interessen und Werte souveräner wahrzunehmen. Wir müssen selbstständiger werden: militärisch, politisch und wirtschaftlich. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber wenn wir jetzt nicht damit beginnen, dann werden wir zu den Verlierern der neuen Weltordnung gehören und die Grundlagen verspielen, auf denen unser Wohlstand beruht.

Wem die liberale, sprich regelbasierte Weltordnung am Herzen liegt, sollte nicht auf Washington oder den Weltgeist hoffen, sondern sein Schicksal mutig selbst in die Hand nehmen. Es ist das Gebot der Stunde, Europas politische Einheit und damit auch den Wirtschafts- und Währungsraum im globalen geoökonomischen Wettbewerb zu stärken. Um ihre politische Anfälligkeit zu überwinden und ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern und

„weltpolitikfähig“ zu werden, sollte die Europäische Union auch in der Außen- und Sicherheitspolitik von der Illusion der Einstimmigkeit hin zu einer realistischen Konsensfindung in Form einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung finden. Denn nur dieser supranationale Rahmen gewährt europäischen Staaten die nötige Souveränität, um in der neuen Weltordnung selbstbestimmt wirtschaften und sicher leben zu können.

#### Literaturempfehlung

Braml, Josef: Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können, Verlag C. H. Beck, München 2022.

<sup>1</sup> Editorial Board: „Trump’s violent political rhetoric is metastasizing in the Republican Party“, in: Washington Post, 19.03.2022, [www.washingtonpost.com/opinions/2022/03/19/trumps-violent-political-rhetoric-is-metastasizing-republican-party/](http://www.washingtonpost.com/opinions/2022/03/19/trumps-violent-political-rhetoric-is-metastasizing-republican-party/) [letzter Zugriff: 19.04.2022].

<sup>2</sup> Dan Balz/Scott Clement/Emily Guskin: „Republicans and Democrats divided over Jan. 6 insurrection and Trump’s culpability, Post-UMD poll finds“, in: Washington Post, 01.01.2022, [www.washingtonpost.com/politics/2022/01/01/post-poll-january-6/](http://www.washingtonpost.com/politics/2022/01/01/post-poll-january-6/) [letzter Zugriff: 19.04.2022].

<sup>3</sup> Brian Naylor: „Read Trump’s Jan. 6 Speech, A Key Part Of Impeachment Trial“, in: NPR, 10.02.2021, [www.npr.org/2021/02/10/966396848/read-trumps-jan-6-speech-a-key-part-of-impeachment-trial?t=1650190616024](http://www.npr.org/2021/02/10/966396848/read-trumps-jan-6-speech-a-key-part-of-impeachment-trial?t=1650190616024) [letzter Zugriff: 19.04.2022].

<sup>4</sup> Editorial Board: „Every day is Jan. 6 now“, in: New York Times, 01.01.2022, [www.nytimes.com/2022/01/01/opinion/january-6-attack-committee.html?smid=tw-share](http://www.nytimes.com/2022/01/01/opinion/january-6-attack-committee.html?smid=tw-share) [letzter Zugriff: 19.04.2022].

<sup>5</sup> Benjamin Swasey/Connie Hanzhang Jin: „Narrow Wins In These Key States Powered Biden To The Presidency“, in: NPR, 02.12.2020, [www.npr.org/2020/12/02/940689086/narrow-wins-in-these-key-states-powered-biden-to-the-presidency](http://www.npr.org/2020/12/02/940689086/narrow-wins-in-these-key-states-powered-biden-to-the-presidency) [letzter Zugriff: 19.04.2022].

<sup>6</sup> Editorial Board: „Every day is Jan. 6 now“, a. a. O. (En. 4).

<sup>7</sup> Zitiert in Dana Milbank: „We are closer to civil war than any of us would like to believe“, new study says“, in: Washington Post, 17.12.2021, [www.washingtonpost.com/opinions/2021/12/17/how-civil-wars-start-barbara-walter-research/](http://www.washingtonpost.com/opinions/2021/12/17/how-civil-wars-start-barbara-walter-research/) [letzter Zugriff: 19.04.2022]; siehe auch: Barbara F. Walter: How Civil Wars Start. And How to Stop Them, Verlag Crown, New York 2022.

# Weg zur deutschen Einheit – international

Zu den Hintergründen und Wirkungen bis heute

#### STEFAN DONTH

Geboren 1968 in Dresden, 1999 Promotion mit einer Arbeit über die Politik von Sowjetischer Militäradministration und SED in Sachsen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen von 1945 bis 1952, seit 2016 Bereichsleiter an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, seit 2019 Stellvertretender Sprecher des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“.

Tim Geiger, Jürgen Lillteicher, Hermann Wentker (Hrsg.): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 23, Verlag De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2021, 251 Seiten, 24,95 Euro.

Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik ist hierzulande im öffentlichen Bewusstsein lange Zeit



weitgehend in Vergessenheit geraten. In seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2020 streifte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die internationale Dimension der Wiedervereinigung nur am Rande. Der ehemalige Bundesaußenminister erwähnte nicht einmal den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“, obwohl dessen Unterzeichnung durch die Bundesrepublik und die DDR einerseits sowie durch die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion andererseits die deutsche Einheit dreißig Jahre zuvor überhaupt erst ermöglicht hatte. Dabei ist dieser Weg zu Einheit inzwischen ein umstrittenes Thema, das die Interpretation aktueller Konflikte, vor allem des Kriegs gegen die Ukraine, maßgeblich und bis hin zur Geschichtsverzerrung beeinflusst.

Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass jetzt die Ergebnisse der Tagung zur Nachwirkungsgeschichte der deutschen Einheit auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen vorliegen, die das Allianzenmuseum Berlin und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin gemeinsam mit dem Kolleg Kalter Krieg am 5./6. Oktober 2020 veranstaltet haben. In vier Themenblöcke gegliedert, zeigen die Beiträge namhafter Autorinnen und Autoren die internationale Dimension der Wiedervereinigung und ihrer Folgewirkungen.

Der erste Teil behandelt den „Weg zur deutschen Einheit“. Diese Epochenäsur fußt auf den Veränderungen, die die internationalen Beziehungen seit dem NATO-Doppelbeschluss 1979 erfuhren. Hélène Miard-Delacroix nennt zwei wichtige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung: die Bemühungen des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow, die Sowjetunion zu reformieren, und die Politik des amerikani-

schen Präsidenten Ronald Reagan, der aus einer Position der Stärke heraus in Verhandlungen den Abbau der Blockkonfrontation ermöglichte. Die Autorin verlässt die europazentrierte Sichtweise und weitet die Perspektive auf weitere Umwälzungen in Asien, Afrika und Zentralamerika.

Das Ende des Warschauer Paktes belegt laut Helmut Altrichter, in welchem großem Ausmaß die Sowjetunion ihre Position als Hegemonialmacht in den im Zweiten Weltkrieg eroberten Gebieten aufgrund sinkender ökonomischer Leistungskraft aufgeben musste. Die eigene Schwäche zwang den Kreml, seinen Einflussbereich in Mittel- und Osteuropa zu räumen.

## DIE FRAGE DER NATO-ERWEITERUNG

Ein wesentlicher Bestandteil des Vereinigungsprozesses war die künftige Bündniszugehörigkeit Deutschlands, auf die Mary Elise Sarotte eingeht. Ende Januar/Anfang Februar 1990 schlugen US-Außenminister James Baker, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Helmut Kohl der Sowjetunion eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft gegen den Verzicht auf eine Osterweiterung des Bündnisses vor. Bei dem Spitzengespräch zwischen Gorbatschow und Kohl am 10. Februar 1990 in Moskau unterließ es der Generalsekretär jedoch, diese Position schriftlich zu fixieren. Stattdessen nutzte Kohl entschlossen die historische Chance und verpflichtete Gorbatschow geschickt auf die Formulierung, „dass die Entscheidung über die Einigung Deutschlands eine Frage sei, die

die Deutschen jetzt selbst entscheiden müssten“ (S. 60). Nach Intervention von US-Präsident George Bush formulierten die USA und die Bundesregierung zusätzlich die Forderung, dass ein vereinigtes Deutschland seine Bündniszugehörigkeit frei wählen könne, dafür allerdings keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der DDR stationiert werden sollten. Weitere Beschränkungen für eine NATO-Erweiterung wurden mit der sowjetischen Seite nicht vereinbart, sodass die mittel- und osteuropäischen Staaten danach souverän über ihren NATO-Beitritt entscheiden konnten. Doch die Kontroverse über die NATO-Osterweiterung wirkt bis heute fort: Der russische Präsident Wladimir Putin behauptet, „der Westen“ habe sein Versprechen von 1990 gebrochen, die NATO nicht auszudehnen – und versucht, auch mit dieser falschen Darstellung seinen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen.

Der zweite Teil des Bandes widmet sich den „Hypotheken der Vergangenheit“. Zu den kontroversen Themen gehörte, ob das wiedervereinigte Deutschland an die von Nazi-Deutschland überfallenen Staaten Reparationen zahlen sollte. Bis heute belastet dieses Problem beispielsweise die deutschen Beziehungen zu Griechenland und Polen. Jürgen Lillteicher zeigt, dass der „Zwei-plus-Vier Vertrag“ mit seiner „abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland“ eine friedensvertragliche Qualität besitzt. Deutschland konnte damit die Zahlung von Reparationen vermeiden, leistet jedoch freiwillig und ohne Anerkennung von Rechtsansprüchen Entschädigungszahlungen an die noch lebenden Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft.

Zu den großen Konflikten zählte auch die endgültige völkerrechtliche Fest-

schreibung der Oder-Neiße-Grenze. Heike Amos zeichnet die komplexe Gemengelage aus juristischen und innenpolitischen Motiven in den Verhandlungen nach, bis im Deutsch-Polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 eine für alle Seiten akzeptable Lösung herbeigeführt und eine Stärkung rechter Wählermilieus in Deutschland vermieden werden konnte.

## VOLLSTÄNDIGE SOUVERÄNITÄT

Der Frage, in welchem Umfang alliiertes Recht nach der Wiedervereinigung weitergilt, gehen Andreas Zimmermann und Jan Eiken nach. Beide Autoren belegen schlüssig, dass die Bundesrepublik Deutschland nach den Bestimmungen des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ nun „vollständig souverän ist“. Dieser Beitrag sollte zur Pflichtlektüre für sogenannte „Reichsbürger“ gehören.

Im Mittelpunkt des dritten Teils stehen „Ordnungsentwürfe für die Gegenwart“. Hermann Wentker untersucht die Chancen einer gesamteuropäischen Ordnung auf dem Fundament der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Hier trafen unterschiedliche Prämissen und Vorstellungen aufeinander: Die britische Premierministerin Margaret Thatcher verfolgte 1990 zwei Ziele. Deutschland sollte den Kontinent nicht dominieren und Großbritannien keinen weiteren Souveränitätsverzicht zugunsten der Europäischen Gemeinschaft (EG) leisten. Frankreich stellte sich Europa als lockeren Staatenverbund vor und versuchte, die Osteuropäer aus der EG herauszuhalten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hielt NATO und KSZE als Ordnungsmodelle für miteinander

vereinbar. Dagegen setzten die USA zur Einbindung Deutschlands und Stabilisierung Europas auf die NATO und behielten damit letztlich die Oberhand. Entsprechend verlor, wie Hermann Wentker überzeugend belegt, die KSZE an Bedeutung, weil der Gegensatz zwischen Ost und West verschwand und sie nicht mehr als Brücke benötigt wurde.

## RÜCKKEHR NACH „MITTELEUROPA“

In ihrer Bedeutung meist unterschätzt werden die Themenfelder Abrüstung und Rüstungskontrolle in Ost und West. Beides waren entscheidende Voraussetzungen für die deutsche Einheit – auf diesen Zusammenhang weist Tim Geiger hin. Zuerst erzielten die USA und die Sowjetunion Fortschritte beim Abbau ihrer nuklearen und chemischen Waffen. Ab 1990 kam auch die konventionelle Abrüstung voran – nachdem in den 1980er-Jahren der Westen aus einer Position der Stärke heraus die bis dahin zu konstatierende konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes gebrochen hatte: „Neue konventionelle Waffensysteme der NATO, wie eine verbesserte Panzerabwehr, Minenwerfer und Streumunition verwandelten die bislang so gefürchtete Panzerwaffe des Warschauer Pakts mehr oder weniger in rollende Särgen“ (S. 151). Der Osten konnte nicht mehr mithalten. Die bei der konventionellen Abrüstung erzielten Fortschritte – so die auf eine breite Quellenbasis gestützte Argumentation Tim Geigers – erleichterten es der Sowjetunion, der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zuzustimmen. Damals zeigte sich: Militä-

rische Stärke bildet das Fundament der Abschreckung und der Verteidigung freiheitlicher und demokratischer Werte. Daran erinnert aktuell und für den Westen durchaus schmerzhaft die Aggression Putins gegen die Ukraine.

Die Opposition in den „mittelosteuropäischen“ Staaten verstand ihren Kampf gegen den Kommunismus und die Vorherrschaft der Sowjetunion als Rückkehr nach „Mitteleuropa“. Wanda Jarzabek betont, dass die mühsam errungene Selbstständigkeit als hohes Gut gilt und die Anbindung an die Europäische Union nicht als Verzicht auf Souveränität verstanden wurde. Dabei realisierten weite Teile der ehemaligen Oppositionsbewegungen und der neuen politischen Eliten nicht, dass die europäische Integration mit einem Verlust der gerade erkämpften Souveränitätsrechte einhergeht.

## DEUTSCHLANDBILDER NACH 1990

Im Mittelpunkt des vierten Teils stehen die „Bilder von Deutschland nach 1990“. Der britische Blick auf das wiedervereinigte Deutschland wurde von starken Gefühlen beeinflusst, wie Dominik Geppert herausarbeitet. Die Deutschlandpolitik Großbritanniens seit 1990 wird bestimmt von den Schatten zweier Weltkriege, in denen Deutsche und Briten gegeneinander gekämpft hatten, der Sorge vor einer Vorherrschaft Deutschlands auf dem Kontinent und dem in der britischen Tradition verwurzelten Gleichgewichtsdenken.

Wolfgang Mueller setzt sich mit den Stimmungen und dem Diskurs in Russland auseinander. Dort prägt das Narrativ

der Deutschen Einheit als sowjetischer Niederlage die Debatten und führt zu großer Polarisierung. Dazu kommt ein geringer Kenntnisstand über die historischen Ereignisse 1989/90 und die Ergebnisse der Verhandlungen. Einen Hoffnungscharakter auf einen weniger emotionalen Umgang mit dem Thema bietet lediglich der Inhalt vieler Schulbücher, in denen die Zusammenhänge, wenn auch knapp, aber relativ objektiv dargestellt werden.

Die Deutschlandbilder in den USA nach 1990 stehen im Zentrum des Beitrags von Konrad H. Jarasch. Nach ihrem großen Engagement während der Wiedervereinigung erwarteten republikanische und demokratische Administrationen ei-

nen stärkeren Beitrag Deutschlands bei Konflikten in vielen Teilen der Welt. Sie wurden durch die Bundesregierungen von Helmut Kohl und Gerhard Schröder immer wieder enttäuscht.

Die Zurückhaltung auf der internationalen Bühne ist allerdings auch ein Ergebnis des langjährigen amerikanischen Einflusses auf die Innenpolitik der alten Bundesrepublik.

Der Band schließt mit seinen fundierten, multiperspektivischen und interdisziplinären Beiträgen eine Forschungslücke. Er setzt hohe Maßstäbe für die weitere Untersuchung der internationalen Folgen der Wiedervereinigung. Den Beiträgen ist eine breite Leserschaft zu wünschen.

**PUBLIKATIONEN**

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz war der politische Versuch, die Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu verbessern. Dies ist nur teilweise gelungen. Einerseits legt das Wissenschaftssystem besonderen Wert auf „Exzellenz“, andererseits vernachlässigt es seine wichtigste Ressource – junge, engagierte Wissenschaftler. Woran das liegt und warum es so kompliziert ist, Lösungen zu finden, erörtert das am 31. Mai 2022 erschienene Papier *Stimmen die Rahmenbedingungen für den „wissenschaftlichen Nachwuchs“?*

Das deutsche Rentensystem steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Mittelfristig ist insbesondere der demografische Wandel für Finanzierungsprobleme verantwortlich. Die am 30. Mai 2022 veröffentlichte Analyse *Ist die Rente wirklich sicher?* identifiziert wirksame Reformansätze, um die Debatte um eine kapitalgedeckte Altersvorsorge neu anzustoßen.

Wie steht die Bevölkerung zu Innovationen im digitalen Bereich? Dieser Frage geht die am 20. Mai 2022 publizierte repräsentative Umfrage *Digitale Innovationskultur: offen oder kritisch?* nach und erkundet die Offenheit für digitale Innovationen und die Sorge um den Datenschutz.

Die *Wahlanalysen der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen*, erschienen am 9. Mai 2022 und am

16. Mai 2022, erläutern die Ergebnisse im Vergleich zu den Vorwahlen, die Wanderungen und die Bestimmungsgründe der Wahlergebnisse. Ausgehend von Wahltagsbefragungen und Umfragen im Vorfeld der Wahl, werden unter anderem die Bedeutung der Einschätzungen von Spitzenkandidaten, Parteikompetenzen sowie die Beurteilung von Leistungen der Regierung für das Wahlergebnis erörtert.

Die Corona-Pandemie verdeutlicht, wie wichtig Wissenschaft und Forschung sind, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Doch die Wissenschaft kann nur im Zusammenspiel mit Gesellschaft und Politik zur Problemlösung beitragen – dazu ist eine gute Kommunikation notwendig. Die Studie *Erfolgreiche Wissenschaftskommunikation*, die am 17. Mai 2022 veröffentlicht wurde, analysiert die dazu nötigen Bedingungen.

**PERSONALIA**

Seit Mai 2022 ist Petra Scholz Leiterin Haushalt im Dienstleistungszentrum, Bereich Finanzen; Peter Girke leitet die Personalabteilung Ausland.

Christina Krause ist seit Juni 2022 Leiterin der Abteilung Internationale Politik und Sicherheit in der Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Im August 2022 übernimmt Nils Wörmer die Leitung des Teilprojekts Sicherheitspolitischer Dialog im östlichen und südlichen Afrika mit Sitz in Uganda.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2022 zum Thema

**Zeitenwende?**

**Alte Gewohnheiten, neue Einsichten**

Mit Beiträgen unter anderen von Serap Güler, Christoph Heusgen, Sönke Neitzel und Johann Wadepuhl.

**IMPRESSUM**

Nr. 575, Juli/August 2022, 67. Jahrgang, ISSN 0032-3446

**DIE POLITISCHE MEINUNG**



**Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von** Norbert Lammert und Bernhard Vogel

**Begründet 1956 von** Otto Lenz und Erich Peter Neumann

**Redaktion** Bernd Löhmann (Chefredakteur) Ralf Thomas Baus (Redakteur) Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

**Geschäftsführung** Konstantin Otto Jenny Kahlert (Assistenz)

**Anschrift** Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92 ralf.baus@kas.de cornelia.wurm@kas.de www.politische-meinung.de

**Redaktionsbeirat** Stefan Friedrich, Ulrike Hospes, Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

**Verlag und Anzeigenverwaltung** Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Postfach 19 48, 49009 Osnabrück Telefonnummer: (05 41) 310-333 kas@frommrasch.de

**Herstellung** Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

**Konzeption und Gestaltung** Stan Hema GmbH, Berlin www.stanhema.com

**Coverfoto** © iStock/Hindenberg

**Bezugsbedingungen** Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





## CATWALK DER AVATARE

Tonangebende Modelabels bieten demnächst virtuelles Prêt-à-porter im Metaversum zum Verkauf an. Als Auftakt gaben digital animierte „Ichs“ von Mark Zuckerberg und der Instagram-Modechefin Eva Chen die Models. Sich angesagt zu kleiden, muss offenbar kein physisches Erlebnis mehr sein.

Koppelt sich der Luxus nun endgültig von der realen Welt ab, oder wird er so für Menschen zugänglich, die ihn sich im wahren Leben nicht oder nicht mehr leisten können? Die Preise für die digitalen Outfits sind zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht bekannt.

Foto: © META





